

Das Parlament

Berlin, 02. Februar 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 6 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Europa in Aufruhr

Alexis Tsipras Er hat Europas Politiker vergangene Woche gehörig in Aufregung versetzt. Der neue griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras kündigte nach dem triumphalen Wahlsieg seiner linken Syriza-Partei nicht nur radikale Änderungen im eigenen Land an. Der 40-Jährige will auch einen weiteren Schuldenerlass bei den Euro-Partnern und dem IMF durchsetzen. Und das bei massenweiser Wiedereinstellung entlassener Beamter und Aufstockung von Mindestrenten wie Mindestlöhnen. Die „bevormundende Troika-Herrschaft“ soll beendet werden und obendrein widersetzt sich die neue Athener Regierung aus Linken und Rechten auch weiteren Sanktionen gegen Russland. Hektische Betriebsamkeit ist im düpierten Europa ausgebrochen. Am Donnerstag sondierte EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) bei dem früheren kommunistischen Aktivist, einen Tag darauf Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem (Seite 9).



© picture-alliance/dpa

ZAHL DER WOCHE

320

Milliarden Euro beträgt die Schuldenlast Griechenlands. Das entspricht 176 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und liegt somit deutlich über den in der Währungsunion erlaubten 60 Prozent. Rund 260 Milliarden der Schulden Athens werden inzwischen von öffentlichen Gläubigern wie den EU-Rettungsfonds getragen.

ZITAT DER WOCHE

»Ich werde sicherlich Tacheles mit ihm reden.«

Martin Schulz (SPD), EU-Parlamentspräsident, vor seinem Besuch beim neuen griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras in der vergangenen Woche in Athen.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Führungspositionen Frauenquoten in der Wirtschaft und beim Staat Seite 4

INNENPOLITIK
U-Ausschuss Zeugen stützen Aussagen von Sebastian Edathy Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Regierungserklärung Minister Gabriel präsentiert Wirtschaftsbericht Seite 10

KEHRSEITE
Bundestag Ein Planspiel erklärt Berliner Schülern den Parlamentsbetrieb Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Klasse statt Masse

VERTEIDIGUNG Von der Leyen will Soldatenberuf attraktiver machen. Bundestag berät Gesetzesvorlage

Sie ist deutlich kleiner geworden und dennoch mangelt es ihr an Nachwuchs. In der Nacht auf den 3. Oktober 1990 wuchsen die deutschen Streitkräfte durch die Eingliederung der Nationalen Volksarmee der DDR in die Bundeswehr auf 585.000 Soldaten an. Gut 25 Jahre später hat Deutschland hingegen nur noch rund 180.000 Männer und Frauen unter Waffen stehen. Gemäß der Neuausrichtung sollen es zwar 5.000 Soldaten mehr sein, doch es mangelt an geeignetem Nachwuchs. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will den Soldatenberuf deshalb attraktiver machen, um im Wettbewerb mit zivilen Arbeitgebern nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Am vergangenen Freitag debattierte der Bundestag über den von ihr vorgelegten Entwurf eines Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetzes (18/3697). Hinter dem sperrigen Namen verbergen sich insgesamt 22 Einzelmaßnahmen zu Arbeitszeiten, Besoldung, Beförderungen und zur sozialen Absicherung. Die Kosten des Gesetzes beziffert das Verteidigungsministerium auf rund eine Milliarde Euro allein bis 2018.

Konkret sieht das Gesetz die Einführung der 41-Stundenwoche im Regelbetrieb und den Ausbau von Teilzeitmöglichkeiten nach dem Vorbild des öffentlichen Dienstes vor, die Erhöhung des Wehrgelds um zwei Euro pro Tag, die Zahlung von höheren Erschwerungszulagen und die Einführung einer Verpflichtungsprämie für jene Truppenteile, die länger als sechs Monate über weniger als 90 Prozent des benötigten Personals verfügen. Verbessert werden sollen die Beförderungsmöglichkeiten von Mannschaftsdienstgraden durch eine Streichung der Planstellenobergrenzen und Zeitsoldaten sollen eine erhöhte Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Zudem soll der Stichtag für Entschädigungszahlungen für Soldaten, die in Auslandseinsätzen verletzt wurden, vom 1. Dezember 2002 auf den 1. Juli 1992 vorverlegt werden.

„Niemand kauft mehr die Katze im Sack, das gilt auch für den Arbeitsmarkt“, sagte die Ministerin. Berufseinsteiger würden sehr genau prüfen, wie attraktiv ein Arbeitgeber sei. Dies sei wegen der hohen Zahl offener Stellen für Höherqualifizierte der Normalfall. Die Bundeswehr aber wolle den besten Nachwuchs und sie brauche ihn auch. Vor allem in den Bereichen Medizin, Technik, Logistik und Informationstechnologie stünde die Truppe in einer harten Konkurrenz mit der Wirtschaft beim Werben um Bewerber.



Nicht nur Gleichschritt: Die Anforderungen an die Soldaten sind deutlich gestiegen. Um so schwieriger ist es, geeigneten Nachwuchs zu finden.

© picture-alliance/dpa

Beifall bekam die Ministerin aus den Reihen der Koalition. Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU), sagte, der Gesetzesentwurf verdiene die Note „Sehr gut“. Gerade weil der Soldatenberuf kein Beruf wie jeder andere sei, müsse der Gesetzgeber seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Soldaten gerecht werden. Dazu gehöre aber auch, dass den Soldaten das zugesagte moderne Gerät zeitnah zur Verfügung gestellt werde, forderte Otte mit Blick auf Lieferungsverzögerungen etwa beim Transportflugzeug „A 400 M“. Die Industrie müsse in die Pflicht genommen werden, ihre Zusagen verlässlicher einzuhalten.

»Wir wollen die Besten, wir brauchen die Besten«

Ursula von der Leyen (CDU),
Verteidigungsministerin

Auch der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, lobte von der Leyen. Die Ministerin habe bislang ungelöste Knoten gelöst. Mit der Einführung der 41-Stunden-Woche könne die hohe Zahl der Überstunden zurückgeführt und der Dienst in der Bundeswehr familienfreundlicher gestaltet werden. Arnold erinnerte

daran, dass die Soldaten „Anerkennung und Wertschätzung“ verdienen.

Doris Wagner, Verteidigungs- und Familienpolitikerin von Bündnis 90/Die Grünen, bezweifelte allerdings, dass das Gesetz die gewünschte Wirkung erreichen wird. Es reiche eben nicht aus, den Soldaten einen höheren Sold und höhere Zulagen zu zahlen. So seien die mittleren und unteren Dienstgrade zufrieden mit ihrem Einkommen. Die Soldaten wünschten sich vor allem eine familienfreundlichere Armee. Die Einführung der 41-Stunden-Woche und ein zu starres Teilzeitmodell nützen nichts, wenn diese wegen des Personalmangels in vielen Bereichen gar nicht zu realisieren seien, argumentierte Wagner. Zudem sei es unverständlich, dass Unteroffiziere noch immer mit 54 Jahren automatisch in den Ruhestand geschickt würden. Die Bundeswehr müsse ihr Personal länger halten. Wagner forderte zudem, dass auch Soldaten die Möglichkeiten des Pflegezeitgesetzes

in Anspruch nehmen können. Auch dies gehöre zur Familienfreundlichkeit. Die Linksfraktion will das Gesetz hingegen aus prinzipiellen Gründen nicht mittragen. Letztlich ginge es der Ministerin nicht darum, den Soldaten eine bessere Berufsperspektive zu bieten, sondern die Einsatzfähigkeit der Armee zu erhalten, kritisierte deren sicherheitspolitische Sprecherin Christina Buchholz. Das eigentliche Kernproblem für die Attraktivität der Bundeswehr seien die Auslandseinsätze. Diese lehne ihre Fraktion aber ebenso ab wie eine Mehrheit der Bevölkerung. Die Einführung der 41-Stunden-Woche sei zwar ein überfälliger Schritt, aber sie gelte eben nicht für Soldaten auf See oder im Auslandseinsatz, monierte Buchholz. Diese Einsätze stellten zudem die größte Belastung für die Familien der Soldaten dar.

Während der Bundestag die Gesetzesvorlage zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwie, lehnte er einen Antrag der Grünen (18/2874) zur Vorverlegung des Stichtags im Einsatzversorgungsgesetz mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Linken ab. Diese Forderung sei im Gesetzesentwurf bereits erfüllt, sagte Henning Otte. Alexander Welein

EDITORIAL

Höchste Zeit

VON JÖRG BIALLAS

Die Bundeswehr soll attraktiver werden. Dagegen wird niemand, der den Stellenwert von nationaler und internationaler Sicherheit begriffen hat, etwas einzuwenden haben. In den vergangenen Jahren gab es in der deutschen Armee zwar viele, aber viel zu wenige wirklich effektive Reformen.

Höchste Zeit also, das Soldatenleben modernen Standards anzupassen. Wer will, dass die Armee im Vergleich zu anderen Berufsgruppen auf Augenhöhe als Arbeitgeber anerkannt wird, muss soziale Bedingungen ebenso wie Karriereaussichten aufwerten. Es wird nicht einfach werden, das Image der Bundeswehr nachhaltig zu verbessern. Zu lange dominierte das Bild von einer bürokratisch schwerfälligen, unflexibel agierenden und zudem nicht hinreichend einsatzfähigen Truppe die öffentliche Wahrnehmung. Nicht immer aus Willkür oder Unkenntnis. Denn leider gab es über die Jahre auch regelmäßig Nachrichten, die genau dieses Bild bestätigt haben.

Wer ehrlich resümiert, wird dennoch zugeben, dass die Bundeswehr trotz dieser mitunter schwierigen Umstände selbstbewusst darauf verweisen kann, die an sie herangetragenen Aufgaben souverän erfüllt zu haben. Das gilt zuvorderst für die zahlreichen Auslandseinsätze, in denen Soldatinnen wie Soldaten Leib und Leben für ein von der Politik als wichtig, mithin als durchsetzbar definiertes Mandat riskieren.

Gewiss, diese Pflichterfüllung ergibt sich aus der Logik des Prinzips von Befehl und Gehorsam. Es ist aber keineswegs selbstverständlich, dass sich Staatsbürger freiwillig diesem Prinzip unterwerfen und sich damit weitgehend bedingungslos in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Wenn jetzt darüber nachgedacht wird, für Frauen und Männer den Dienst in der Bundeswehr angenehmer und zukunftssicherer zu gestalten, ist das nur recht und billig. Und obendrein notwendig, will die Armee im Wettstreit um qualifizierte Kräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht dauerhaft das Nachsehen haben und somit zwangsläufig an Leistungsfähigkeit verlieren.

Es sollte gelingen, mit diesen Maßnahmen aktive Soldaten wie zukünftige Rekruten zu motivieren, ihren Dienst engagiert und gewissenhaft zu versehen. Profitieren würden wir davon letztlich alle.

Truppe wandelt auf einem schmalen Grat

WEHRBEAUFTRAGTER Zahl der Eingaben bleibt auf hohem Niveau. Königshaus warnt vor Überbelastung der Soldaten

Die Zahl der Eingaben von Soldaten und Soldatinnen an den Wehrbeauftragten des Bundestags bewegt sich mit 4.645 im Jahr 2014 weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Dies sind zwar 450 Eingaben weniger als im Jahr zuvor, allerdings sank im gleichen Zeitraum auch die durchschnittliche Truppenstärke der Bundeswehr von 184.000 auf 173.000 Soldaten. Die Eingabenquoten von 26,8 je tausend Soldaten im Jahr 2014 und 27,7 im Jahr 2013 stellen historische Höchstwerte in der Geschichte der Bundeswehr dar. Dies geht aus dem Jahresbericht 2014 (18/3750) hervor, den der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus in der vergangenen Woche an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und den Verteidigungsausschuss übergab. Der Ausschussvorsitzende Hans-Peter Bartels (SPD) übernimmt im Mai das Amt des Wehrbeauftragten von Königshaus, dessen fünfjährige Amtszeit dann endet.

Wie bereits im Vorjahr bemängelt Königshaus auch in seinem aktuellen Jahresbericht die Doppelbelastungen für die Soldaten durch Auslandseinsätze und die Neuausrichtung der Streitkräfte. „Die Bundeswehr wandelt durch die hohe Einsatzbelas-



Königshaus bei der Übergabe seines Berichts an Bundestagspräsident Norbert Lammert und den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Hans-Peter Bartels. © Bundestag/Melde

tung auf einem schmalen Grat“, erklärte er gegenüber der Presse. Als besonders kritisch bewertet er den alterungsbedingten Ausfall von Material und den verspäteten Zulauf von Ersatzteilen, Betriebsstoffen und vor allem neuem Gerät. Dies werde sich negativ auf die personelle Einsatzfähigkeit und den Ausbildungsstand der Truppe auswirken. Nicht viel besser sieht

es nach Ansicht des Wehrbeauftragten beim „maroden Zustand“ vieler Bundeswehrliegenschaften aus: 269 von 3.000 Gebäuden seien derzeit „eigentlich nicht nutzbar, aber dennoch teilweise bewohnt“. Die derzeit im Haushalt bereitgestellten Mittel für den Erhalt und den Neubau von Kasernen hält Königshaus für „bestenfalls ausreichend, die Dynamik des Verfalls auf-

zuhalten“. Aus der Truppe werde zunehmend die Kritik laut, dass bei der Umsetzung des neuen Stationierungskonzeptes aufwändig sanierte Liegenschaften geschlossen und gleichzeitig Liegenschaften mit einem großen Sanierungsbedarf in räumlicher Nähe weiterhin genutzt würden. Für ihn sei nicht erkennbar, moniert Königshaus, dass die Evaluation der Neuausrichtung genutzt worden wäre, um das Stationierungskonzept in Einzelfällen nochmals zu überprüfen.

Kritisch beurteilt Königshaus auch das Festhalten am „Prinzip Breite vor Tiefe“ bei der Neuausrichtung der Bundeswehr. Dies führe zu „unzumutbaren Überforderungen“ einzelner Truppenteile, da deren Fähigkeiten in den vielen kleinen Auslandseinsätzen immer wieder angefordert würden, ohne dass diese Bereiche gezielt verstärkt worden wären.

aw

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

WIRD DIE BUNDESWEHR ATTRAKTIV GENUG?

Lohnender Versuch

PRO



Ulrike Winkelmann
Deutschlandfunk

Das Attraktivitätsgesetz Ursula von der Leyens bietet Anlass für Häme: „Bundeswehr familienfreundlich machen?! Wie zynisch, als wäre der Krieg familienfreundlich!“, und so weiter. Doch diese Kritik ist, mit Verlaub, billig. Die Bundeswehr muss jetzt um fitten Nachwuchs konkurrieren, und das Gesetz ist geeignet, ihre Chancen dabei zu verbessern. Nicht umsonst fällt auch der letzte Bericht des Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus an dieser Stelle wohlwollend aus. Von der Leyen wirbt für den Arbeitgeber Bundeswehr nicht nur mit anstrengenden Kita-Fotos. Sondern sie dreht mit ihrem Gesetz an zwei entscheidenden Schrauben: Zeit und Geld. Die Arbeitszeit wird beschränkt, Teilzeit gefördert, und gerade die qualifizierten Jobs werden besser bezahlt. Nun ist die soziale Absicherung bei der Truppe bereits ausgesprochen gut. Doch öffnet das Gesetz auch andere Schleusen: Künftig dürfen die im Schnitt mit 54 Jahren verrenteten Soldaten ohne Abstriche in der Privatwirtschaft Geld verdienen. Und Familienfreundlichkeit wird zu Ende gedacht: Im Scheidungsfall werden Belastungen reduziert. Klar: Vom Arbeitgeber Bundeswehr lässt sich niemand überzeugen, den es vor Bürokratie, Umzügen und Pendelei graut. Dass Auslandseinsätze zur Jobbeschreibung gehören, ist allen bekannt. Doch eben deshalb sind die Vorräte des Soldatendaseins zuletzt etwas unterbelichtet gewesen. Wird nun die Botschaft der finanziellen und sozialen Polsterung wieder stärker verbreitet, lassen sich vielleicht Leute anlocken, denen – bei vollem Bewusstsein der Gefahren eines Auslandseinsatzes – die Bundeswehr interessanter scheint als die Karrieremühen und unsicheren Rentenaussichten des freien Arbeitsmarkts. Den Versuch ist es wert.

Unzureichend

CONTRA



Gordon Repinski
»Der Spiegel«

Es ist richtig, dass die Verteidigungsministerin mit ihrer Attraktivitätsoffensive neue Anreize schaffen will, sich bei der Bundeswehr zu bewerben. Denn die Bedingungen, unter denen Soldaten teilweise ihren Dienst ableisten, sind eines modernen Arbeitgebers unwürdig. Ein besserer Wohnstandard, mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten und höhere Zulagen (wenigstens für ausgewählte Soldaten) sind überfällig. Aber reicht das, um Jahr für Jahr ohne Wehrpflicht tausende junge Menschen für den Dienst an der Waffe zu gewinnen? Kaum. Abgewohnte Stuben zu modernisieren entspricht eher der Fürsorgepflicht des Dienstherren als dem großen Wurf, der die Bundeswehr zu einem modernen Arbeitgeber macht. Hier etwas zu tun, ist die notwendige Bedingung, um im demografischen Wandel überhaupt noch eine stattliche Anzahl junger Menschen für die Truppe zu begeistern. Hinreichend ist es nicht. Denn trotz der Attraktivitätsoffensive muss in der Bundeswehr vieles zeitgemäßer gestaltet werden. Die vielen, teils unverstärkten Versetzungen. Unzeitgemäße Einschränkungen wie der „Tattoo-Erlass“, in der Hitze der Einsatzgebiete teilweise die Haut abzudecken. Erst wenn diese bürokratische Haltung überwunden wird, kann sich die Bundeswehr als „moderne Arbeitgeber“ sehen. Am Ende entscheidet ein potenzieller Rekrut aber vor allem, ob er bereit ist, mit der Waffe das eigene Land zu verteidigen. Diese Grundsatzentscheidung ist eine Gewissensentscheidung. Dabei geht es auch um das Ansehen des Soldaten und die Akzeptanz des Berufes in der Gesellschaft. Würden die verbessert, dürfte das für viele Bewerber weit motivierender sein als eine hübsche, neue Stube.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Königshaus, Sie mahnen den maroden Zustand vieler Kasernen an. Nun hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) – sicherlich nicht zufällig – einen Tag vor der Veröffentlichung Ihres Jahresberichts angekündigt, in den nächsten drei Jahren 750 Millionen Euro in die Sanierung der Kasernen zu investieren. Wird das reichen?

Rund 38 Prozent der Liegenschaften sind sanierungsbedürftig und neun Prozent eigentlich unbewohnbar. Und eine Sanierung ist, wenn ein Gebäude so heruntergewirtschaftet ist, dass es unbewohnbar ist, in der Regel genau so teuer wie ein Neubau. Hinzu kommt das Ziel der Ministerin, neue Standards für die Unterkünfte einzuführen, das heißt in der Regel Einzelbelegung der Stuben mit jeweils eigenem Sanitärbereich. Wir haben ein so großes Maßnahmenpaket vor uns, dass die 750 Millionen Euro sicherlich nicht reichen werden.

Sie kritisieren, dass die Evaluierung der Neuausrichtung der Bundeswehr nicht für eine Überprüfung des Standortkonzeptes genutzt worden sei. Wiegens bei der Standortauswahl die Begehrlichkeiten von Kommunen und Bundesländern schwerer als die Bedürfnisse der Truppe?

Natürlich ging es auch darum, die Neuausrichtung und das Stationierungskonzept politisch möglichst geräuschlos umzusetzen. Deshalb hat man versucht, die Länder alle gleich zu behandeln bei der Frage, welche Standorte geschlossen und welche erhalten werden. Das ist aber mit Blick auf eine Abfederung der Belastungen für die Soldatinnen und Soldaten keine zielführende Herangehensweise. Das habe ich schon bei der Vorstellung des Stationierungskonzeptes gesagt. Man hätte versuchen müssen, innerhalb der Verwendungsbereiche Cluster zu bilden, um die Zahl der Versetzungen von Soldaten quer durch die Republik zu verkleinern und ihnen damit die Pendelei zwischen Dienst- und Wohnort zu ersparen. Dort, wo es möglich ist, sollte zum Wohle der Soldatinnen und Soldaten nachgesteuert werden.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr hat sich an der Maßgabe orientiert, einen großen Auslandseinsatz wie in Afghanistan stemmen zu können. Nun ist sie aber eher in vielen kleinen Einsätzen engagiert. Darauf sei die Struktur nicht ausgelegt, warnen Sie. Muss an der Reform nachgebessert werden?

Bei der Neuausrichtung gilt das Prinzip „Breite vor Tiefe“. Das heißt, man wollte der Bundeswehr ein möglichst breites Fähigkeitspektrum erhalten, auf alles vorbereitet sein, aber möglichst nicht zu lang andauernde Einsätze durchhalten müssen. Das funktioniert aber nur dann, wenn ich mich international auf Partner als Ablösung stützen kann. Oder aber ich nehme in Kauf, dass die eingesetzte Truppe regelrecht verbraucht wird, weil die Regenerationszeiten der Soldaten zwischen ihren Einsatzzeiten nicht eingehalten werden können. Das erleben wir beispielsweise beim Einsatz der Flugabwehrtruppe in der Türkei. Es ist ja der Sinn der Evaluation der Neuausrichtung zu prüfen, an welchen Stellen nachgesteuert werden muss. Dieses Nachsteuern muss jetzt erfolgen.

Ist das Modell „Breite vor Tiefe“ nicht prinzipiell falsch?

Diese Entscheidung war eine politische und dies habe ich als Wehrbeauftragter nicht zu kritisieren. Wenn dies jedoch dazu führt, dass die immer gleichen Glieder aus einer breiten Kette von Fähigkeiten beansprucht werden, dann führt dies letztlich zu deren Bruch. Dies betrifft beispielsweise immer wieder den Sanitätsdienst, den Lufttransport, die Logistik oder wie gesagt aktuell die „Patriot“-Truppe in der Türkei.

»Das wird nicht reichen«

WEHRBEAUFTRAGTER Hellmut Königshaus warnt vor überlasteten Soldaten und fordert eine langfristige Personalplanung



© picture-alliance/dpa

Wir sind auf dem besten Weg, die Soldaten zu überfordern. Und dies kritisiere ich als Wehrbeauftragter. Um dies zu vermeiden, müssen diese Bereiche entweder personell verstärkt werden oder wir benötigen ein mit unseren Verbündeten abgestimmtes Konzept für Ablösung nach einer bestimmten Einsatzzeit.

185.000 Soldaten soll die Truppe umfassen. Doch dies ist schon jetzt kaum zu halten. Muss die Zahl nach unten korrigiert werden, weil der Nachwuchs fehlt?

Die Bundeswehr benötigt etwa 40.000 Bewerber pro Jahr, um ihren Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs an Soldatinnen und Soldaten decken zu können. Selbst wenn das Ziel von einem Frauenanteil von 15 Prozent erreicht wird, werden 85 Prozent des Truppenkörpers weiterhin von Männern gebildet. Bei einer derzeitigen Alterskohorte von etwa 315.000 jungen Männern pro Jahrgang, müsste sich fast jeder zehnte bei der Bundeswehr bewerben. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, um es vorsichtig auszudrücken. Vor allem weil sich das

demographische Problem weiter vergrößert und die Bundeswehr in einem scharten Wettbewerb mit der freien Wirtschaft steht, die unter dem gleichen Problem leidet. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen wird die Bundeswehr ihren Nachwuchsbedarf nicht decken können, dafür muss sie attraktiver werden.

Was muss vorrangig getan werden? Zunächst müssen alle Faktoren abgebaut werden, die zu vermeidbaren Überlastungen der Soldaten etwa in den Einsätzen führen. Aber auch im Grundbetrieb müssen Belastungsfaktoren beseitigt werden, die in der Wirtschaft so nicht vorhanden sind. Das fängt bei der Qualität der Liegenschaften an und reicht bis zu einer vernünftigen Personalplanung. Ich plädiere dafür, dass die sogenannten Stehzeiten in einer Funktion und einem Standort zu verlängern. Es kommt bei der Bundeswehr zu häufig zu Versetzungen in kurzen Abständen. Wir haben eine wachsende Zahl von Soldatinnen, die wiederum mit Soldaten verheiratet sind und Kinder haben. Die sind auf eine langfristige und verlässliche Personalplanung angewiesen.

Sie haben den von der Ministerin vorgelegten Gesetzentwurf zur Attraktivitätssteigerung begrüßt.

In seiner Zielsetzung unterstütze ich den Gesetzentwurf. Aber die geplanten Maßnahmen müssen finanziell unterfüttert werden. Das Gesetz macht nur Sinn, wenn es sich dauerhaft und auskömmlich auch im Bundeshaushalt widerspiegelt.

Gleichzeitig mahnen Sie, nicht alle Probleme würden angepackt. Was fehlt?

Vor allem fehlt die Möglichkeit für die Soldaten, zwischen Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld wählen zu können. Diese Wahlmöglichkeit ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart worden, wird jetzt aber doch nicht umgesetzt. Es ist schon kurios, dass der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) diesen Punkt in die Koalitionsverhandlungen eingebracht hat, dies nun als Innenminister aber ablehnt.

Hat sich die aktuelle, hitzige Debatte über Migranten negativ auf die Stimmung in der Truppe ausgewirkt?

Nein, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat in der Bundeswehr eher gut funktioniert. Wenn Probleme auftauchen, war dies auf konkrete Personen zurückzuführen. Wenn etwa ein Vorgesetzter seine Stellung ausnutzt, um seiner persönlichen Abneigung gegen Migranten auszuweichen, dann ist es Vorgesetzter nicht tragbar. Die Bundeswehr ist genau wie die Wirtschaft vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung auf Migranten angewiesen. Klar ist aber auch, dass Migranten deutsche Staatsbürger sein müssen, um in der Bundeswehr dienen zu können.

Im Mai dieses Jahres endet Ihre Amtszeit als Wehrbeauftragter. Haben Sie für Ihren Nachfolger Hans-Peter Bartels einen Ratschlag?

Ja, aber den werde ich ihm auch persönlich mitteilen.

Das Interview führte Alexander Weinlein. |

Hellmut Königshaus zog im August 2004 erstmalig für die FDP in den Deutschen Bundestag ein. Im Mai 2010 übernahm er das Amt des Wehrbeauftragten.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Mariner: Ingo Gädechens

Die Bundeswehr als „Wohlfühlzone“ mit WLAN-Anschluss im Zimmer, perfekter Kita-Betreuung, geregelter Arbeitszeit und kräftigem Aufschlag beim Sold? Der Abgeordnete Ingo Gädechens, Unions-Obmann im Verteidigungsausschuss, kann mit solcher Kritik an den Attraktivitätssteigerungs-Vorhaben von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (beide CDU) wenig anfangen. „In Zeiten des demografischen Wandels muss sich die Bundeswehr an die heutigen Standards anpassen, denn es werden junge Bewerber gebraucht“, sagt Gädechens. Die Truppe konkurriert im harten Wettbewerb um den knapperen Nachwuchs gegen die Wirtschaft und den übrigen öffentlichen Dienst. In vielen Feldern wie dem IT-Bereich oder Sanitätsdienst sei es schwer, Leute zu gewinnen. Da komme man an Themen wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, besserer Bezahlung oder Computern in den Kasernenstuben nicht vorbei. „Die Bundeswehr als Großarbeitgeber von 185.000 Soldaten ist darauf angewiesen, ein gutes Arbeitsklima zu schaffen“, sagt Gädechens. Geht all das womöglich zulasten der Kampfkraft? Die moderne Wehrtechnik und die Waffensysteme hätten heute Hightech-Standard und dazu brauche man gute Leute, mahnt er. „Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere. Im Kampf um die besten Köpfe darf die Bundeswehr nicht hinterstehen.“ Deshalb steht der holsteinische CDU-Abgeordnete voll hinter dem Attraktivitätssteigerungs-Programm von der Leyens und ihrem Maßnahmenpaket, das am Freitag im Bundestag beraten wurde. Die Finanzierung der bis 2018 auf knapp eine Milliarde Euro veranschlagten Kosten

hält Gädechens bei einem jährlichen Wehretat von 33 Milliarden Euro für gesichert. Das ganze gehe auch nicht zulasten dringend nötiger Investitionen. Gleichwohl weiß niemand, ob die Bundeswehr beim „Kampf um die besten Köpfe“ mithalten kann. War also die Suspendierung der Wehrpflicht durch Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) 2011 nicht doch ein großer Fehler, weil man nun nicht mehr so einfach automatisch neues Personal gewinnen kann? Ingo Gädechens, der vor seinem Bundestags-



»Im Kampf um die besten Köpfe darf die Bundeswehr nicht hinterstehen.«

einzug als Berufssoldat bei der Marine jahrzehntelang diente und die Wehrpflicht mit der Muttermilch aufgesogen hatte, wehrt ab: „Als die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, hatten wir schon seit Jahren keine Wehrgerechtigkeit mehr, weil aufgrund der verkleinerten Armee nur noch ein geringer Teil der jungen Männer einberufen wurde.“ Zudem: Was habe der Truppe ein sechsmonatiger Kurz-Wehretat am Schluss noch gebracht, fragt er. Muss aber die Bundes-

wehr eines Tages nicht vielleicht doch wie Spanien Ausländer aufnehmen, um die Kasernen zu füllen? Da ist Gädechens strikt dagegen: „Wir sind eine Armee mit deutschen Hoheitsabzeichen und deshalb ist die deutsche Staatsbürgerschaft eine Grundvoraussetzung, wenn man Soldat bei der Bundeswehr werden möchte.“ Bei der Debatte um das Bundeswehrkonzept vertritt der 54-Jährige trotz erheblicher Personalschrumpfung nach diversen Reformen die Idee „Breite vor Tiefe“. „Die Truppe benötigt ein breites Fähigkeitspektrum“, sagt er. „Mit den Stationierungsentscheidungen bleibt die Bundeswehr auch in ländlichen Regionen präsent und damit in der Gesellschaft verankert.“ Gädechens weiß, wovon er redet. Nach der Mittleren Reife ging der gebürtige Lübecker 1977 als Zeitsoldat zur Marine und blieb dort als Berufssoldat bis zum Bundestagszug 2009 – zuletzt als Stabsbootmann. Die See und das Wasser sind Gädechens Lebenselixier geblieben. Mit Ostseewasser evangelisch getauft, wuchs er an der Ostsee auf und war schon als Schüler Hilfsmatrose auf Bäderschiffen und Fischkuttern. Seit langem lebt er mit seiner Ehefrau in Burg auf der Insel Fehmarn. So war der Weg in den Verteidigungsausschuss vorgezeichnet, als Gädechens 2009 der SPD das Direktmandat des Wahlkreises Ostholstein-Stormarn-Nord abstritt und 2013 erneut holte. In dieser Legislaturperiode wurde er zum Obmann und stellvertretenden verteidigungspolitischen Sprecher der Unionsfraktion im Verteidigungsausschuss gewählt. Was bleibt Gädechens als Hobby? Spazieren mit dem neuen Yorkshire Terrier, Werken am Haus und für einen Marinemann natürlich – Segeln.

Hans Krump |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
30. Januar 2015

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501-42 53
Telefax (069) 7501-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501-43 75
Telefax (069) 7501-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501-42 74
Telefax (069) 7501-45 02
E-Mail: anzeigen@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtsverwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Zulagen und Verpflichtungsprämien sollen den Dienst in der Bundeswehr attraktiver machen – zum Beispiel im Sanitätsdienst, beim Kommando Spezialkräfte oder bei den Minentauchern.

© picture-alliance/dpa

Den Nachwuchs im Visier

VERTEIDIGUNG Nach dem Ende der Wehrpflicht muss die Bundeswehr ihre Soldaten auf dem freien Arbeitsmarkt suchen

Von einem „annus horribilis“, einem schrecklichen Jahr, würde Großbritanniens Königin Elisabeth II. wohl sprechen. Hellmut Königshaus, Wehrbeauftragter des Bundestages, formuliert es weniger dramatisch aber treffend, wenn er 2014 als „ein Jahr der Wahrheit“ für die Bundeswehr bezeichnet. „Alterungsbedingte Ausfälle bei Bewaffnung und Material machten ebenso wie der zunehmende Sanierungsstau bei der baulichen Infrastruktur deutlich, wie dringlich nach den Jahren der notwendigen Schwerpunktsetzung zugunsten der Ausstattung und Ausrüstung in den Einsatzgebieten nunmehr eine Konzentration auf die Situation im Grundbetrieb geworden ist“, schreibt er im Vorwort zu seinem Jahresbericht (18/3750) nüchtern, den er in der vergangenen Woche präsentierte. „2014 war ein Jahr, in dem die Probleme massiv auf den Tisch gekommen sind“, räumte dann auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ein.

Alte Probleme Neu sind all diese Probleme nicht, zum großen Teil sind sie seit Jahren bekannt. Ihre Massierung allerdings kam zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Denn die Ministerin will die Bundeswehr „zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland“ machen, wie sie im Frühjahr 2014 bereits ankündigte. Wo sie ansetzen muss, um dieses Ziel zu erreichen, konnte sie unter anderem in den jährlichen Berichten des Wehrbeauftragten nachlesen. Auch im vergangenen Jahr rangierten unter den Eingaben aus der Truppe an den Wehrbeauftragten neben den Klagen über Mängel bei der Menschenführung jene Probleme ganz oben, die den Soldatenberuf derzeit eben wenig attraktiv erscheinen lassen: Mangelnde Vereinbarkeit von Dienst und Familienleben, Beförderungstau und schlechte Aufstiegschancen sowie Mängel in der Verwendungs- und Urlaubsplanung.

Beifall für ihr Maßnahmenpaket „Agenda Attraktivität“ und ihren Gesetzentwurf „zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr“ (18/3697), über das der Bundestag in der vergangenen Woche in erster Lesung beriet, bekommt von der Leyen deshalb auch von Königshaus. Eine „Vielzahl“ seiner Anregungen „zu den seit Langem bekannten Problemen bei der Vereinbarkeit von Dienst und Familien- beziehungsweise Privatleben“ seien aufgegriffen worden. Damit verbinde sich die Hoffnung, „dass die viel beschworene Entwicklung hin zu einer modernen und attraktiven Bundeswehr im Wettstreit um die ‚geschicktesten Köpfe‘ und die ‚geschicktesten Hände‘ nunmehr Fahrt aufnimmt“, schreibt Königshaus in seinem Bericht. Dies wird auch nötig sein, wenn die Streitkräfte im Wettbewerb mit zivilen Arbeitgebern zukünftig genügend Nachwuchs rekrutieren wollen.

Personalstrukturmodell Die vom damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zur Guttenberg (CSU) auf den Weg gebrachte und durch seinen Nachfolger Thomas de Maizière (CDU) überarbeitete Neuausrichtung der Bundeswehr geht von einem Streitkräfteumfang von 185.000 Soldaten aus, 15 Prozent von ihnen sollen Frauen sein. Das sogenannte „Personalstrukturmodell 185“ sieht dabei 45.000 Berufs- und 125.000 Zeitsoldaten vor. Hinzu kommen sollen bis zu 12.500 Freiwillig Wehrdienstleistende und 2.500 Reservisten. Doch schon jetzt tut sich die Truppe schwer, diese Vorgaben in allen Bereichen zu erreichen. Ende vergangenen Jahres umfasste die Bundeswehr nach eigenen Angaben insgesamt rund 180.000 Soldaten. Davon waren 171.000 Berufs- und Zeitsoldaten und 9.300

Freiwillige. Frauen stellten mit 19.000 etwas mehr als zehn Prozent der Truppe. So konnte beispielsweise der Bedarf an 16.000 neuen Zeitsoldaten im Jahr 2013 nur zu 87 Prozent gedeckt werden. Die Nachwuchssorgen gestalten sich jedoch höchst unterschiedlich. Während der Bedarf an Offiziersnachwuchs 2013 gedeckt werden konnte, gelang dies bei den Unteroffizieren und Mannschaftsdienstgraden nur zu 85 Prozent.

»Das Jahr 2014 war für die Bundeswehr ein Jahr der Wahrheit.«

Hellmut Königshaus, Wehrbeauftragter

Freuen darf sich die Bundeswehr über das gestiegene Interesse der Frauen an einer militärischen Karriere. So konnte Ministerin von der Leyen in der vergangenen Woche melden, dass der Frauenanteil bei den Freiwillig Wehrdienstleistenden in den vergangenen zwei Jahren von zehn auf 14 Prozent gestiegen sei. Unter den 3.500 Freiwilligen, die 2011 erstmals einrückten, seien gerade mal 55 Frauen gewesen. Dass der Dienst an der Waffe für Frauen seit 2001 durch ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs erst erzwungen werden musste, hat sich für die Bundeswehr längst als Glücksfall erwiesen. Ohne sie wäre das Nachwuchsproblem nicht in den Griff zu bekommen. Allein 7.400 der Soldatinnen dient zwar im Sanitätsdienst, der schon 1975 für Frauen geöffnet wurde, aber ohne sie wäre das personell unterbesetzte Sanitätswesen der Bundeswehr schon längst nicht mehr denkbar. Aber auch bei Heer, Marine, Luftwaffe und der Streitkräftebasis kann man auf die Frauen nicht mehr verzichten. Ebenso spielt das Thema Zuwanderung für die Bundeswehr wie für die Wirtschaft angesichts des demographischen Wandels eine immer wichtigere Rolle. Laut einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr haben etwa zwölf Prozent aller

deutschen Soldaten einen Migrationshintergrund. Der Dienst in der Truppe ist jedoch an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden. Zu Zeiten der Wehrpflicht konnten sich in Deutschland Migranten mit einem Doppelpass entscheiden, in welchem der beiden Länder sie ihren Wehrdienst ableisten wollen – zumindest, wenn Deutschland entsprechende bilaterale Abkommen geschlossen hatte. Diese Möglichkeit ist im Fall der Türkei weggefallen, da diese den Freiwilligen Wehrdienst in Deutschland nicht anerkennt.

Um den jährlichen Bedarf an neuen männlichen Zeit- und Berufssoldaten zu decken, die trotz des steigenden Frauenanteils weiterhin das Gros der Armee bilden, müsste sich jeder zehnte junge Mann eines Geburtsjahrganges bewerben. Ob dies angesichts der vergleichbar guten Arbeitsmarktsituation vor allem für höher qualifizierte gelingen kann, ist fraglich. So bereitet es schon jetzt besonders große Probleme, genügend Bewerber für die Laufbahn des Feldwebels für den Fachdienst zu gewinnen, insbesondere in den Bereichen Informationstechnologie und Elektronik sowie im Sanitätsdienst. Dort fehlt es aber auch an Ärzten und Offizieren.

Der Sanitätsdienst leidet seit Jahren an Personalmangel, und alle Bemühungen, Abhilfe zu schaffen, etwa durch die Zahlung von Verpflichtungsprämien oder die Aufnahme von zivilen Ärzten als Seiteneinsteiger, waren nur bedingt erfolgreich. So fehlen etwa bei Chirurgen, Augenärzten und Psychiatern rund 300 Sanitätsoffiziere, um die Vorgaben der Personalstruktur zu erfüllen.

Falsche Erwartungen Auffällig ist, dass etwa zehn Prozent aller durch die Bundeswehr ausgebildeten Sanitätsoffiziere nachträglich den Kriegsdienst verweigern und aus der Truppe ausscheiden. Diese hohe Quote legt nahe, dass viele Bewerber für eine Offizierslaufbahn im Sanitätsdienst „sich im Vorfeld offenbar nicht ausreichend damit auseinandergesetzt haben, welche hohen Anforderungen dieser militärisch geprägte Beruf durch seine Aufgabenstellung insbesondere in Bezug auf Auslandseinsätze stellt“, vermutet Königshaus in seinem Jahresbericht. Dieses Phänomen ist auch bei der Rekrutierung der Freiwillig Wehrdienstleistenden zu beobachten. Bislang fanden sich zwar annähernd genügend Bewerber, um den sechs- bis maximal 23-monatigen freiwilligen Dienst an der Waffe abzuleisten. Allerdings brechen rund 20 Prozent der Freiwilligen ihren Dienst in der sechsmonatigen Probezeit auf eigenen Wunsch vorzeitig wieder ab. Weitere drei Prozent wurden im vergangenen Jahr aufgrund mangelnder Eignung entlassen. Die Vorstellungen der Freiwilligen ließen sich „nicht immer mit den Realitäten der Bundeswehr in Übereinstimmung bringen“, meint Königshaus. „Wunsch und Wirklichkeit gingen vielfach auseinander.“

Es sei Aufgabe der Karrierecenter, „die Bewerber umfassend zu informieren und Versprechungen zu vermeiden, die nicht eingehalten werden können“, mahnt der Wehrbeauftragte.

Werbung Bundesweit gibt es 16 dieser Karrierecenter, denen weitere 110 Karriereberatungsbüros sowie bis zu 200 mobile Büros zugeordnet sind. Diese Beratungs- und Auswahlstellen haben die früheren Kreiswehersatzämter abgelöst. Während bis zur Aussetzung der Wehrpflicht sich jeder junge Mann durch die Ämter muster lassen musste, sind die Karrierecenter darauf angewiesen, dass potenzielle Bewerber ihren Weg von alleine dorthin finden. Die Bundeswehr setzt in den vergangenen Jahren deshalb verstärkt auf Werbung, sei es nun in Form von Fernseh- und Kinospots, durch Anzeigen in Printmedien oder durch Plakatwerbung. Zudem präsentiert sich die Truppe auf Messen, Ausstellungen und anderen Großveranstaltungen und sponsert gar Sportvereine im Amateurbereich. Nicht immer stoßen diese Bemühungen auf Gegenliebe. So sind etwa der Linksfraktion seit Jahren die Vorträge von Jugendoffizieren

und Karriereberatern an deutschen Schulen ein Dorn im Auge. Allein im Jahr 2013 haben Karriereberater mit 8.700 Vorträgen rund 189.000 Schüler erreicht. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken (18/912) mit. Eine heftige Debatte löste auch die umstrittene Verleihung des Aachener Friedenspreis an zwei Schulen aus, die sich für „militärfrei“ erklärt und der Bundeswehr den Zugang verwehrt hatten. Welchen Stellenwert die Nachwuchsgewinnung erreicht hat, verrät auch einen Blick in den Verteidigungshaushalt. Mehr als 35 Millionen Euro will Ministerin von der Leyen in diesem Jahr dafür ausgeben. Das ist eine Steigerung von fast 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Kaum ein anderer Ausgabenposten im Wehretat verzeichnete in den vergangenen Jahren einen solchen Zuwachs. Seit 2008 haben sich die Ausgaben für Nachwuchsgewinnung verdreifacht. Nimmt man das Wort vom Bundeshaushalt als „Schicksalsbuch der Nation“ wörtlich, so scheint der Bundeswehr das Nachwuchsproblem auf den Nägeln zu brennen.

Alexander Weinlein



Anzeige

Zwangsheirat in Deutschland



Die Bekämpfung der Zwangsheirat in Deutschland
Eine juristische Betrachtung der gesetzgeberischen Maßnahmen im Lichte des Opferschutzes
Von Lena Hildebrand
2015, 398 S., brosch., 98,- €
ISBN 978-3-8487-1856-6
(Schriften zur Kriminologie, Bd. 2)
www.nomos-shop.de/23718

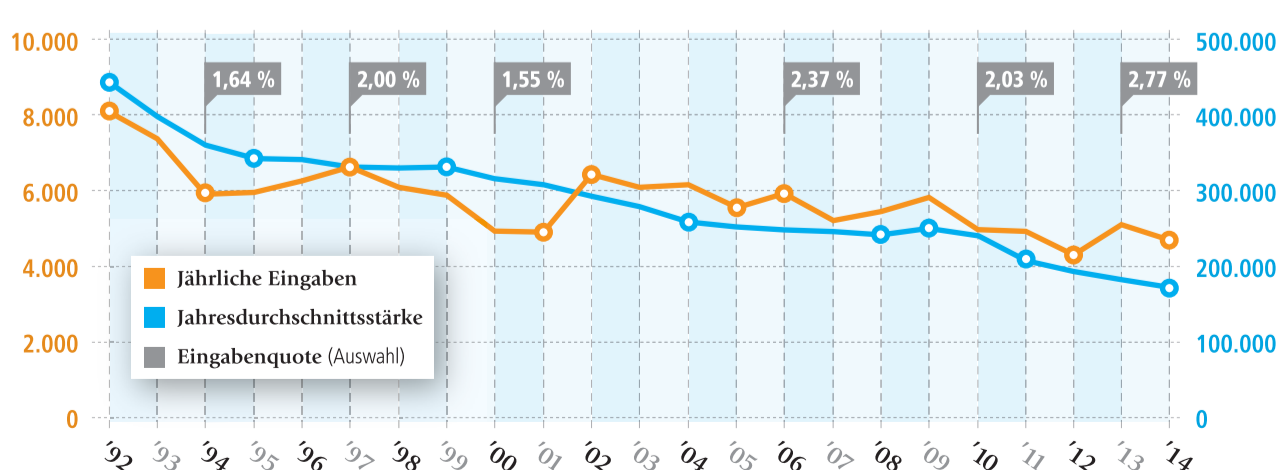
Die Arbeit bietet dem Leser einerseits tiefe und instruktive Einblicke in die empirischen Zusammenhänge der Zwangsheirat und andererseits eine hierauf gründende kritische Auseinandersetzung mit einem ganzen Strauß gesetzgeberischer Maßnahmen. Sie beschäftigt sich zunächst mit einer Zusammenstellung und Auswertung der bisher gewonnenen empirischen Erkenntnisse zu dem Phänomen Zwangsheirat. Weiterhin wird untersucht, ob die vom Gesetzgeber ergriffenen Maßnahmen geeignet sind, den erforderlichen Schutz zu gewährleisten und wo noch gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Eingaben von Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten

Vergleich der jährlichen Eingaben mit der Jahresdurchschnittsstärke der Bundeswehr (Anzahl der Soldatinnen und Soldaten)



Quelle: Jahresbericht 2014 des Wehrbeauftragten Stand: 27.01.2015 Grafik: Stephan Roters

Es fehlt an Frauen in den Aufsichtsräten deutscher Konzerne. Lediglich 18,4 Prozent der Aufsichtsratspositionen bei den 200 größten deutschen Unternehmen waren nach

Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Ende 2014 von Frauen besetzt. Das soll anders werden. Die Bundesregierung plant eine gesetzliche Quote für die Besetzung von Führungspositionen in der Privatwirtschaft und der Bundesverwaltung mit Frauen.

Der dazu von Familienministerin Manuela Schwesig und Justizminister Heiko Maas (beide SPD) vorgelegte Gesetzentwurf (18/3784) sieht eine Frauenquote von 30 Prozent für die Aufsichtsräte börsennotierter und mitbestimmungspflichtiger Unternehmen vor. Diese soll ab 2016 sukzessive umgesetzt werden. Zudem sollen Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind, dazu verpflichtet werden, Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und den oberen Managementebenen festzulegen. Von dieser (Selbst-)Verpflichtung sollen etwa 3.500 Unternehmen betroffen sein.

Im Bundestag traf der Entwurf vergangene Woche weitgehend auf Zustimmung. Die Regelung sei ein Meilenstein und in einer Reihe mit der Schaffung des Wahlrechtes für Frauen zu sehen, sagte Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU). Von einer „historischen Zäsur“ sprach auch Carola Reimann (SPD). Frauen und Männer aus allen politischen Lagern und aus den Reihen der Zivilgesellschaft hätten dafür gekämpft.

Katja Dörner (Grüne) befand hingegen, dass „bei aller Freude“ konstatiert werden müsse, dass das Gesetz viele Pferdefüße habe. So gelte die gesetzliche Verpflichtung zu der Quote lediglich für 108 Unternehmen. Caren Lay (Die Linke) bemängelte ebenfalls, das Gesetz sehe lediglich ein „Quöthen“ vor. Dafür habe sich der Aufwand nicht gelohnt.

Mehr Chancen Schwesig sieht das ganz anders. Das Gesetz werde einen Kulturwandel in den Unternehmen einleiten. Allein die Diskussion über den Gesetzentwurf habe in den Unternehmen für Bewegung in dieser Frage gesorgt, sagte die Ministerin. Mit mehr Frauen in Führungspositionen würden auch „gleiche Chancen in Unternehmen und Verwaltungen selbstverständlicher“.

Es brauche Gesetze, um dies voranzubringen, weil die Gleichstellung eben noch nicht verwirklicht sei. Im Zusammenhang mit der Quote von einer Belastung der Wirtschaft zu sprechen, sei falsch. Vielmehr handele es sich um ein „Innovationsgesetz“. Schließlich sei bekannt, „dass Unternehmen mit gemischten Teams erfolgreicher sind“.

Lay befand hingegen, Selbstbeweihräucherung sei völlig fehl am Platz. Angesichts des vorgelegten Gesetzentwurfs erscheine es völlig lächerlich, dass sowohl die Union als auch die Wirtschaft dagegen auf die Barrikaden gegangen seien, sagte die Linke-Abgeordnete. Statt mit einer Quote von 50 Prozent gebe sich die Bundesregierung mit 30 Prozent zufrieden. Zudem seien davon nur wenige Unternehmen betroffen. Für alle anderen gälten nach wie vor frei-

Frauen fördern

GLEICHBERECHTIGUNG In der freien Wirtschaft werden Frauen oft noch benachteiligt. Das soll sich ändern



Frauen sollen nicht länger abseits stehen, wenn es um Führungspositionen in der Wirtschaft geht.

© picture-alliance/Westend61

willige Selbstverpflichtungen, die schon in der Vergangenheit nichts gebracht hätten. Völlig absurd sei es jedoch, die bislang im öffentlichen Dienst geltende 50 Prozent-Quote auf 30 Prozent zurückzuführen, wie es durch die Neuregelung geplant sei. Die CDU-Abgeordnete Winkelmeier-Becker nannte die Regelung hingegen ausgewogen. Es sei etwas geändert worden, „ohne über das Ziel hinauszuschießen“. Aus ihrer Sicht ist es richtig, „nicht zu hohe Hürden aufzubauen, die die Akzeptanz verhindern würden“.

Ihr Fraktionskollege Markus Weinberg (CDU) wehrte sich gegen Vorwürfe, die Union wolle Frauen nicht fördern. Schließlich stelle die CDU die erste deutsche Kanzlerin. Eine Aussage, die Renate Künast

von der Grünen-Fraktion aufgriff. Es stimme, dass mit Angela Merkel die erste Kanzlerin aus den Reihen der CDU stamme. „Sie wurde es aber nicht, weil Sie mutig gefordert haben, es soll eine Frau werden.“ Vielmehr habe es seinerzeit in der Führungsetage der CDU keinen Mann gegeben, der nicht mit dem Spendenskandal der Partei belastet war.

Spatz in der Hand Künasts Fraktionskollegin Katja Dörner nannte die im Gesetz festgeschriebenen 30 Prozent einen „anständigen Spatz in der Hand“, auch wenn ihre Fraktion eine 40-prozentige Quote gefordert habe. Problematisch sei jedoch, dass nur 108 Unternehmen von der Pflicht zur 30-Prozent-Quote betroffen seien. „Man

hätte auch die 3.500 Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind, mit ins Boot nehmen sollen“, sagte Dörner.

Mit dem Gesetz werde die männliche Monokultur in den Führungsetagen der Unternehmen beendet, freute sich Carola Reimann. Dass Frauen künftig selbstverständlich in Top-Positionen zu finden seien, sorgte für einen Modernisierungsschub bei den Firmen, sagte die SPD-Abgeordnete. Sie machte zugleich deutlich, dass das Gesetz von Frauen, die angeblich eine Belastung für die Unternehmen darstellten, „in empörender Weise unverschämte und dumme“ ist. Von der künftigen Quotenregelung profitierten zuallererst die Unternehmen selbst.

Götz Hausding

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Ghetto-Renten auch in Polen

SOZIALES Seit Jahren haben sich Opferverbände dafür eingesetzt, nun steht eine Lösung kurz bevor: Ehemalige Ghetto-Beschäftigte mit Wohnsitz in Polen sollen eine Rente nach dem Gesetz über die Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) erhalten. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/3787) vor, den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung beraten hat.

Das ZRBG regelt die Anerkennung von Beitragszeiten aufgrund einer Beschäftigung, die von NS-Verfolgten in einem von den Nationalsozialisten eingerichteten Ghetto ausgeübt wurde. Wegen eines rentenrechtlichen Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Polen von 1975 sind Menschen mit Wohnsitz in Polen jedoch bisher von Zahlungen nach dem ZRBG ausgeschlossen. Im Dezember 2014 ha-

ben Deutschland und Polen nun ein Abkommen geschlossen, das den Weg dafür frei macht und dessen Umsetzung der Gesetzentwurf regelt.

In der Debatte mahnte Gabriele Lösekrug-Möller (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, die Berechtigten seien hochbetagt, deshalb müsse ihnen schnell geholfen werden. Azize Tank (Die Linke) kritisierte, eine Lösung sei zu lange verschleppt worden. Peter Weiß (CDU) betonte, unmittelbar nach der Ratifizierung müsse die Rentenversicherung das Abkommen umsetzen. Volker Beck (Grüne) mahnte ebenfalls zur Eile. Die deutsche Entschädigungspolitik sei kein Ruhmesblatt. Waltraud Wolff (SPD) betonte, das Abkommen sei ein überfälliges Zeichen der Anerkennung des Schicksals der Ghetto-Beschäftigten. che

Stärkung der Betriebsräte

ARBEIT Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag (18/2750), die Position der Betriebsräte in Unternehmen zu stärken und deren Wahl zu erleichtern. Am vergangenen Donnerstag diskutierte der Bundestag dieses Vorhaben in erster Lesung.

Die Grünen verlangen ein vereinfachtes Wahlverfahren bei der Erstwahl eines Betriebsrates auch für Betriebe mit bis zu 100 Wahlberechtigten. In Kleinbetrieben gilt dieses Verfahren bereits. Die Mitglieder des Wahlvorstandes sollen für die Zeit bis zur nächsten Betriebsratswahl in die Schutzbestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes aufgenommen werden. Außerdem sollen auch befristet Beschäftigte, die in einen Betriebsrat gewählt werden, gesonderte Schutzrechte erhalten. Ferner soll eine Meldepflicht eingeführt werden, um betriebliche Interessenvertretungen statistisch besser erfassen zu können. Beate Müller-Gemmeke (Grüne) begründete den Antrag damit,

dass die Arbeit von Betriebsräten immer häufiger behindert werde. Die Mitbestimmung der Beschäftigten sei aber deren „verbrieftes Recht“, argumentierte sie. Dem stimmte auch Die Linke zu. Deren Abgeordnete Jutta Krellmann sagte: „Gute Arbeit verlangt demokratische Bedingungen. Demokratie darf nicht am Werkstor enden.“

Uwe Lagosky (CDU) bezeichnete es dagegen als fraglich, ob durch eine Ausweitung des vereinfachten Wahlverfahrens mehr Betriebsräte gegründet würden. Außerdem seien diese durch das Betriebsverfassungsgesetz schon heute gut geschützt.

Bei Bernd Rützel (SPD) stieß der Grünen-Antrag dagegen auf offene Ohren. Die Quote der Beschäftigten, die nicht durch einen Betriebsrat vertreten werden, sei erschreckend hoch, gab er zu bedenken. Hierüber müsse es eine breite politische und gesellschaftliche Debatte geben, forderte er. che

Streit um Datschengrundstücke

RECHT Koalition und Bundesrat streiten über die Abbruchkosten auf sogenannten Datschengrundstücken. Während die Regierungsfaktionen daran festhalten wollen, dass die Kosten nach einem bestimmten Stichtag von den Nutzern zu tragen sind, plädiert die Länderkammer dafür, die Eigentümer, meist die Kommunen, für den Abbruch der von Nutzern selbst errichteten Datschen bezahlen zu lassen. Die Koalitionsfraktionen sperren sich nun gegen eine Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes, mit dem zu DDR-Zeiten geschlossene Nutzungsverhältnisse von Datschen- und Campingplatzgrundstücken in die bundesdeutsche Rechtsordnung überführt werden sollen. Dem Gesetz zufolge unterliegen Alt-Nutzer noch bis zum 3. Oktober 2015 einem Sonderkündigungsschutz. Bis Oktober 2022 müssen Nutzer zudem nicht für Abbruchkosten zahlen, ab 2023 dann aber komplett. Nach den Plänen des Bundesrates soll der

Kündigungsschutz um drei Jahre verlängert werden, die Abbruchkosten sollen generell vom Grundstückseigentümer getragen werden. Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs (18/2231) vergangene Woche verteidigten Koalitionsvertreter die jetzige Regelung. Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) sagte hingegen, es gebe noch eine halbe Million Nutzer von Datschengrundstücken. Das belege den „besonderen sozialen Stellenwert“ der Nutzung. Abbruchkosten seien vom Eigentümer zu tragen, da durch die Bauten ein Wertzuwachs entstanden sei. Katarina Barley (SPD) betonte, die Kommunen hätten als Eigentümer die Kosten zu tragen. Sebastian Steinke (CDU) erklärte, es sei „weder sachgerecht noch zeitgemäß, die Herstellung der Rechtsseinheit zu blockieren“. Beide haben zu dem verfassungssrechtliche Bedenken. Katja Keul (Grüne) sah in Hinblick auf die Fristenregelung Bedarf für mehr „Rechtsklarheit“. scr

KURZ NOTIERT

Digitales Gesundheitsnetz soll sicher und schnell sein

Die im Aufbau befindliche elektronische Vernetzung des deutschen Gesundheitssystems stößt nach Darstellung der mit dem Projekt befassten Experten noch auf technische Schwierigkeiten. Die mit der Umsetzung beauftragte Industrie habe die Komplexität des Vorhabens unterschätzt, erklärten die Sachverständigen vergangene Woche im Gesundheitsausschuss. Sie gaben sich aber zuversichtlich, dass die Telematikinfrastruktur (TI) mit dem gebotenen hohen Sicherheitsstandard und zum Nutzen der Verbraucher in absehbarer Zeit in die Erprobung gehen kann. Als Experten geladen waren die Gesellschafter der Betreiberfirma gematik. Die neue elektronische Gesundheitskarte (eGK) ist bereits gültig. pk

Bundestag stimmt deutsch-polnischem Polizeivertrag zu

Deutschland und Polen wollen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität enger zusammenarbeiten. Dazu verabschiedete der Bundestag vergangene Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/3696) zu dem deutsch-polnischen Polizeiabkommen vom 15. Mai 2014. Damit sollen verbesserte Grundlagen zur Kooperation der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden geschaffen werden. sto

Hinsehen, zuhören, reagieren

KINDESMISSBRAUCH Alle Fraktionen wollen eine unabhängige Aufarbeitungskommission

Die Zahlen sind alarmierend: Im Jahr 2013 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 14.639 Kinder in Deutschland Opfer sexuellen Missbrauchs, das sind 40 Fälle täglich. Verglichen mit dem Jahr 2010 (14.432 Fälle) haben sich die Zahlen also kaum verändert. Dabei erschütterte vor fünf Jahren ein Skandal um sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in kirchlichen und staatlichen pädagogischen Institutionen das Land. Der Bericht eines Schulrektors brachte eine Lawine ins Rollen, in deren Folge nicht nur ein Runder Tisch, sondern auch das Amt des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des Kindesmissbrauchs eingerichtet wurde. Auch verschiedene Gesetzesprojekte zum Schutz der Opfer von sexuellem Missbrauch wurden verwirklicht.

„Alle diese Initiativen haben nicht dazu geführt, dass sexuelle Gewalt nicht mehr stattfindet“, stellte Caren Marks (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Familienministerium, nüchtern fest. Sie zeigte sich in der Bundestagsdebatte über einen Antrag (18/3833) der Koalitionsfraktionen am vergangenen Donnerstag jedoch zuversichtlich für die Zukunft. Der Grund dafür: Union und SPD wollen die Einrichtung einer unabhängigen Aufarbeitungskommission finanziell unterstützen. Die Initiative dafür ging vom Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, Johan-



Opfer sexueller Gewalt schweigen oft Jahrzehnte über ihr Leid. © picture-alliance/blickwinkel

nes-Wilhelm Rörig, aus. Voraussichtlich 2016 wird die Kommission ihre Arbeit aufnehmen. „Eine solche Kommission, die Empfehlungen ausspricht und systematisch Fehler benennt, bringt Erkenntnisse, die auch zu einem besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen beitragen“, sagte Marks. Im Grundsatz waren sich alle Fraktionen einig, dass eine solche Kommission nötig ist. Strittig waren von Seiten der Opposition letztlich die konkreten Rahmenbedingungen für die Kommission. Die Linke wie auch Bündnis 90/Die Grünen forderten zum Beispiel, dass das Gremium auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird. So könne dessen Handlungsspielraum im Hinblick auf Möglichkeiten der Akteneinsicht und Zeugenbefragung erweitert werden, hieß es aus den Oppositionsfraktionen. Auch die bisherigen Aussagen zur Finanzierung sind für Katja Dörner (Grüne) zu vage. „Wir brauchen dafür zusätzliche Mittel und dürfen diese nicht

aus dem Etat des Familienministeriums heraus-schneiden“, forderte sie.

Norbert Müller (Die Linke) beklagte, dass viele Institutionen die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen in ihren eigenen Reihen verweigerten. Er machte sich dafür stark, die Arbeit der Kommission nicht bis 2019 zu befristen, wie derzeit geplant, sondern sie dauerhaft einzurichten. Marcus Weinberg (CDU) betonte, die Opfer bräuchten einen Raum, um über ihre Missbrauchserfahrungen zu reden. Aber auch die Gesellschaft insgesamt brauche eine Debatte, um die Erinnerungskultur aufrechtzuerhalten. Deshalb sei die Aufarbeitungskommission wichtig: „Entscheidend ist, dass dort Betroffene angehört werden und nichts verschleiert wird. Auch die Institutionen müssen beteiligt werden“, sagte Weinberg.

Susann Rührich (SPD) äußerte die Hoffnung, dass die Kommission zeigen werde, „wo wir unsere Möglichkeiten besser ausnutzen können, um sexuelle Gewalt an Kindern zu verhindern“. Auch wenn die Arbeit der Kommission bis 2019 befristet sei, „haben wir es mit einer Daueraufgabe zu tun. Deshalb brauchen wir dauerhaft einen Missbrauchsbeauftragten, forderte sie. Die Debatte darüber geht nun in den Ausschüssen weiter. Claudia Heine

Bittere Pille für Größe

GESUNDHEIT Die »Pille danach« wird künftig rezeptfrei

Für Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) war die Nachricht aus Brüssel sicher wenig erfreulich. Er hätte die „Pille danach“ gerne in der Rezeptpflicht behalten, aber die EU-Kommission entschied Anfang Januar, die Notfallverhütung mit dem Wirkstoff Uliipristalacetat (Handelsname „ellaOne“) freizugeben. So blieb Gröhe keine Wahl, als nachzuziehen, weshalb künftig beide gängigen Wirkstoffe, also auch das schon länger verfügbare Levonorgestrel (LNG), rezeptfrei zu haben sein werden. Die Fachwelt ist sich weitgehend einig, dass mit LNG ein gut erforschter Wirkstoff ohne unerwünschte Nebenwirkungen zur Verfügung steht. Nur die Ärzte sehen in der Vergabe ohne fachkundige Beratung ein Risiko für Frauen. Befürworter weisen darauf, dass es bei einer fehlgeschlagenen Verhütung vor allem auf Zeit ankomme und der direkte Weg in die nächste Apotheke oft der kürzeste sei. Die

Opposition hatte der Regierung seit längerem Druck gemacht und Anträge eingebracht mit dem Ziel, LNG freizugeben, die im Gesundheitsausschuss auch auf Drängen der SPD lange hinausgeschoben und vergangene Woche im Bundestag abgelehnt (18/1617; 18/2630; 18/492) oder für erledigt erklärt (18/303) wurden.

Nachdem nun die Entscheidung auf EU-Ebene gefallen ist, reklamierten in der Debatte alle Fraktionen einen politischen Erfolg für sich. Karin Maag (CDU) verkündete, es sei der Union immer nur um gleiche Rahmenbedingungen für die Pillen gegangen. Das Ringen dafür habe sich gelohnt. Martina Stamm-Fibich (SPD) erklärte, ihre Fraktion habe 2012 als erste die Freigabe der Pille verlangt und sprach von „einem Erfolg unserer Hartnäckigkeit“. Die Opposition reagierte mit Spott. Der „plötzliche Erkenntniszuwachs“ Gröhes sei „nicht vom Himmel gefallen“, befand Kathrin Vogler (Linke), und Ulla Schauws (Grüne) assistierte: „Die EU-Kommission musste den Minister erst zur Vernunft zwingen.“ Einigkeit besteht darin, dass junge Frauen die Pillen weiter kostenfrei bekommen sollen, obwohl rezeptfreie Medikamente von den Kassen eigentlich nicht erstattet werden. Die Grünen schlagen in einem Gesetzentwurf (18/3834) vor, die Frauen wählen zu lassen: entweder Beratung, Rezept und ein kostenloses Medikament, oder die Pille in der Apotheke selbst kaufen. Auch die Koalition will mit einer gesetzlichen Ausnahmeregelung erreichen, dass rezeptfreie Notfallkontrazeptiva für Frauen unter 20 Jahren kostenlos bleiben. Daneben sollen, wie Maag sagte, Apotheken eine „standardisierte Beratung“ anbieten. Mit der Freigabe beider Medikamente über eine geänderte Verordnung sei Anfang März zu rechnen. Claus Peter Kosfeld



Die Pille „ellaOne“ gilt als wirkungsstark. © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



S tatt „Edathy-Ausschuss“, wie der 2. Untersuchungsausschuss des Bundestages der Prägung wegen gemeinhin genannt wird, sollte vielleicht allmählich die Bezeichnung „Hartmann-Ausschuss“ in Betracht gezogen werden. Denn die Rolle des SPD-Abgeordneten Michael Hartmann in der Edathy-Affäre gerät zunehmend in Zweifel. Bei der mehr als zwölfstündigen Sitzung des Ausschusses am vergangenen Donnerstag erschütterten gleich fünf von sechs Zeugen dessen Glaubwürdigkeit. Sie bestätigten Aussagen des ehemaligen SPD-Parlamentariers Sebastian Edathy oder widersprachen Darstellungen Hartmanns. Hartmann war vor Weihnachten von Edathy als der Informant benannt worden, der ihn vor laufenden Kinderporno-Ermittlungen gewarnt habe. Das hatte Hartmann entschieden zurückgewiesen.

Der Ausschuss vernahm zunächst in nicht-öffentlicher Sitzung zwei frühere Leiter von Edathys Bundestagsbüro, Dennis Nocht und Maik Schuparis. Danach kam der Obmann der Unions-Fraktion im Untersuchungsausschuss, Armin Schuster (CDU), bereits zu der Feststellung: „Die Version Edathys klingt immer glaubhafter“, und Grünen-Obfrau Irene Mihalic erklärte: „Es wird für Hartmann immer enger.“ Nach einhelliger Darstellung aller Fraktionen waren die Aussagen der beiden übereinstimmend und glaubhaft. Demnach hat Edathy die zwei am 25. November 2013 darüber informiert, dass im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen einen kanadischen Kinderporno-Vertrieb sein Name auf einer Kundenliste aufgetaucht sei. Der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, habe Innen-Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche sowie Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) davon in Kenntnis gesetzt habe, auch die SPD-Spitze wisse Bescheid. Das alles habe er von Hartmann erfahren, habe Edathy ihnen mitgeteilt.



Der SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs (links) und der Mainzer LKA-Präsident Wolfgang Hertinger sagten vergangenen Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuss aus.



© picture-alliance/dpa

Wachsende Erklärungsnot

EDATHY-AFFÄRE Die Rolle des SPD-Abgeordneten Hartmann gerät zunehmend in Zweifel

LKA-Chef bestätigt Anruf Am 14. November 2013 hatte die kanadische Polizei ihren Schlag gegen den Kinderporno-Vertrieb und die weltweiten Ermittlungen gegen dessen Kunden publik gemacht, worüber auch deutsche Medien berichteten. Am 15. November hatten Edathy und Hartmann am Rande eines SPD-Parteitag darüber gesprochen. Wer dabei allerdings wem was gesagt haben soll, darüber widersprachen sich ihre Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss. Die Aussagen der beiden Ex-Büroleiter legen es nach Ansicht der Ausschussmitglieder aber nun nahe, dass Edathy damals tatsächlich von Hartmann informiert worden war. Der Obmann der Fraktion Die Linke, Frank Tempel, gab zu bedenken, dass Edathy zu dieser Zeit noch kein Interesse gehabt haben könne, eine solche Geschichte zu erfinden. SPD-Obmann Uli Grötsch verwies allerdings darauf, dass die Zeugen zwei zentrale Aussagen Edathys nicht bestätigt hätten: Nämlich, dass Hartmann seine Informationen von BKA-Chef Ziercke erhalten habe und dass Edathy durch Hartmann über den weiteren Fortgang der Ermittlungen auf dem Laufenden gehalten worden sei. Vielmehr hätten die Zeugen den Eindruck gewonnen, dass Hartmanns Anwalt Erkundigungen über den Ermittlungsstand einholte. Bei seiner letzten Vernehmung am 15. Januar hatte Edathy ausgesagt, Hartmann habe ihm von ergebnislosen Erkundigungen bei einem Bekannten im Landeskriminalamt (LKA) Rheinland-Pfalz berichtet. Das

»Die Version Edathys klingt immer glaubhafter.«
Armin Schuster (CDU)

führte den Ausschuss zum nächsten Zeugen. Hartmann hatte nämlich zuvor in seiner Vernehmung erklärt, sich nur um Edathys gesundheitlichen und seelischen Zustand gesorgt zu haben. Nach Edathys Aussage teilte Hartmann aber auf Nachfrage dem Ausschussbüro mit, dass es sich bei seiner Kontaktperson um LKA-Präsident Wolfgang Hertinger handele. Beide hatten einige Jahre gemeinsamer Dienstzeit im Mainzer Innenministerium verbracht. Hertinger, der als öffentlicher Funktionsträger in öffentlicher Sitzung aussagen musste, bestätigte, Ende Januar 2014 einen Anruf Hartmanns erhalten zu haben. Dieser habe sich nach dem „Verfahren, über das in der Presse berichtet wurde“, erkundigt und Interesse am Umgang mit den unterschiedlichen Kategorien kinderpornografischer Darstellungen geäußert. Er sei konsterniert gewesen und habe Hartmann zunächst hingehalten. Nach zwei weiteren Anrufen innerhalb weniger Tage habe er Hartmann schließlich mitgeteilt, dass er ihm keine Auskunft geben werde. Hartmann bringe mit seinen Fragen „sich und mich in Schwierigkeiten“. Wenige Tage danach sei dann Edathy zurückgetreten, was ihn zu der Vermutung gebracht habe, dass Hartmanns Anrufe damit zu tun hätten. Auf Nachfrage erklärte Hertinger, er habe das

Gefühl gehabt, dass Hartmann wusste, wozu es in dem Verfahren ging. Der SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs berichtete als zweiter Zeuge im öffentlichen Sitzungsteil von einem Gespräch über Edathy. Kahrs ist einer der Sprecher des Seeheimer Kreises innerhalb der SPD-Fraktion, dem auch Edathy angehört. Edathys Ex-Büroleiter Nocht ist seit Oktober 2012 Geschäftsführer der „Seeheimer“. Ende November oder Anfang Dezember 2013, erzählte Kahrs, habe er mit Nocht über Postenbesetzungen gesprochen, die nach der Regierungsbildung anstanden. Dabei habe Nocht ihm mitgeteilt, dass Edathy keine Führungsposition wolle, weil es „da irgendwelche Probleme“ gebe. „Ich glaube, er sprach von rechtlichen Problemen“, berichtete Kahrs und ergänzte auf Nachfrage, dass es „etwas mit Internet“ gewesen sei. Von Kinderpornografie sei aber nicht die Rede gewesen. Auf zahlreiche Nachfragen der Ausschussmitglieder nach Gesprächen über oder mit Edathy kamen aber von Kahrs kaum präzise Antworten, was dieser mit den vielen Gesprächen in der „bewegten Zeit“ der Koalitionsbildung begründete. Er sprach von einer „Gerüchteküche“ in der Fraktion wegen Edathys langer Abwesenheit und sagte, „ab Anfang Januar konnte man es ja von allen Seiten hören“. Danach gefragt, was

»Es wird für Hartmann immer enger.«
Irene Mihalic (Grüne)

mit „es“ gemeint war und welche Gerüchte es gab, verweigerte Kahrs unter Berufung auf fehlende Erinnerung eine Antwort. In der danach wieder nichtöffentlichen Vernehmung stellte sich Teilnehmern zufolge die ehemalige niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete Bärbel Tewes-Heiseke als gute Freundin Edathys dar. Edathy habe sie am 15. oder spätestens 16. November 2013 angerufen und ihr von seiner Befürchtung berichtet, ins Visier von Ermittlungen zu geraten. Allerdings habe sie wenig Details berichten können, und ihre Vernehmung war auch schon nach kurzer Zeit beendet. Umso länger saß dafür Jens Jessen hinter verschlossenen Türen, am Ende sogar, nach einem Umzug des Ausschusses, in einem abhörsicheren Sitzungssaal, weil Fragen nach dem persönlichen Verhältnis zu Edathy als vertraulich eingestuft wurden. Jessen, ehemaliger studentischer Mitarbeiter Hartmanns und SPD-Kommunalpolitiker, stand bis vor kurzem in engem persönlichen Kontakt zu Edathy. Jessen berichtete Ausschussmitgliedern zufolge, Hartmann habe ihm am Abend des 15. November 2013, noch vor dessen Gespräch mit Edathy, am Rande des SPD-Parteitag mitgeteilt, dass dieser auf einer Verdächtigenliste im Zusammenhang mit Kinderpornografie

stehe und die SPD-Spitze informiert sei. Vertreter aller Fraktionen waren sich einig, dass diese Aussage im Widerspruch zur Aussage Hartmanns stand. Die Ausschussvorsitzende Eva Högl (SPD) kam allerdings zu dem Schluss, dass „weder Hartmann noch Edathy hier die Wahrheit gesagt haben“. So habe Jessen gesagt, dass in keinem seiner Gespräche mit Edathy der Name Ziercke gefallen sei, wohingegen Edathy dem Ausschuss gesagt hatte, Hartmann habe ihm mehrfach Ziercke als seinen Informanten genannt. SPD-Obmann Grötsch ergänzte, Jessen habe „die Geschichte Edathys an mehreren Stellen erschüttert“. Sowohl die Vertreter der Opposition als auch der Union sehen es nun als wichtigste Frage, woher Hartmann seine Kenntnisse gehabt habe. Nach Einschätzung von

CDU-Mann Schuster konnten die Informationen „nur von Ziercke oder Oppermann“ kommen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann gerät damit zunehmend ins Visier der anderen Fraktionen. Nach Ansicht der Grünen-Obfrau Mihalic kommt nicht nur Hartmann, sondern „auch die SPD-Spitze in gravierende Erklärungsnot“. Für die nächste Ausschusssitzung am 5. Februar ist Hartmann erneut als Zeuge geladen und wird mit den neuen Vorwürfen konfrontiert werden. Ebenfalls geladen ist Edathys Rechtsanwalt Christian Noll, an den Edathy alle von Hartmann erhaltenen Informationen unverzüglich weitergegeben haben will. Darunter wären auch solche, die von den am Donnerstag befragten Zeugen nicht bestätigt wurden. Peter Stützel

STICHWORT

Mitglieder des 2. Untersuchungsausschusses

- > **CDU/CSU:** Michael Frieser (stv. Vorsitzender), Rechtsanwalt; Armin Schuster (Obmann), Polizeidirektor a.D.; Helmut Brandt, Rechtsanwalt; Barbara Woltmann, Verwaltungsjuristin
- > **SPD:** Eva Högl (Vorsitzende), Ministerialrätin a.D. (Foto rechts); Uli Grötsch (Obmann), Polizeibeamter
- > **Die Linke** Frank Tempel (Obmann), Kriminalbeamter
- > **Bündnis 90/Die Grünen:** Irene Mihalic (Obfrau), Polizeibeamtin



© picture-alliance/dpa

Prüfverfahren ohne Testbetrieb

NSA-AUSSCHUSS BSI-Zertifizierung von Überwachungsgerät klärt zentrale Frage nicht

Der Separator ist ein zentrales Gerät bei der Überwachung der Telekommunikation durch den Bundesnachrichtendienst (BND). Zertifiziert wurde ein Prototyp vor zehn Jahren durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Doch was wirklich in Separatoren steckt und wie sie eingesetzt werden, weiß das BSI nicht. „Erschütternd“ fand das Christian Ströbele (Grüne) vergangene Woche im NSA-Untersuchungsausschuss. „Der Prüfmodus irritiert mich“, sagte Martina Renner (Linke). Allerdings: So sind nun mal die Vorgaben für das BSI-Prüfverfahren. Jedenfalls berichtete dies der damals zuständige Ingenieur Martin Golke als Zeuge vor dem Ausschuss. Gesehen habe er das Gerät am Ende des Prüfverfahrens vor Ort in einem BND-Labor. Kabel seien da herausgekommen und LED-Lampen hätten geblinkt. Einen Testbetrieb bekam er nicht zu sehen, es gab keine Simulation. PowerPoint-Infos und Handbücher – vom BND bereitgestellt – waren neben Gesprächen mit Technikern des Geheimdienstes offenkundig die wesentliche Basis der Zertifizierung. Wusste Golke denn, ob es sich um ein Gerät des BND oder womöglich der NSA handelte? Er vermeinte die Frage von Roderich Kiesewetter (CDU). Die Inneren des Separators nahm das BSI ohnehin nicht unter die Lupe.

Aufhören im Ausschuss: Durfte das BSI dies vielleicht gar nicht? Immerhin stecken in dem Separator Bauteile von US-Firmen, wie der BND-Ingenieur A.S. aussagte – wenngleich nach seiner Darstellung kein Zubehör von der NSA. Haben die US-Lieferer verboten, ihre Teile genauer unter die Lupe zu nehmen? Nein, beschied A.S. Er selbst habe den Separator aufgeschraubt und das Innere genau inspiziert.

Heikles Geschäft Er, der BND-Mann. Aber eben nicht das BSI. Dessen Zertifizierung – das machten die Fragen der Abgeordneten deutlich – helfen also wenig weiter bei der Beurteilung einer zentrale Fragen im Ausschuss: Stellte der BND sicher, dass bei der umstrittenen Überwachung eines Internet-Knotens in Frankfurt am Main (Projekt Eikon) keine innerdeutschen Kontakte ins Visier kamen und keine Daten, die zwischen Deutschland und dem Ausland ausgetauscht wurden? Deren Überwachung ist dem Auslandsgeheimdienst untersagt. Und alles überlagernd die Frage: Was schöpfte die NSA dabei ab?

Um Lehren für den Gesetzgeber ging es Christian Fliesek (SPD). Ob eine laufende Kontrolle der Überwachungsapparaturen nicht sinnvoll sei? „In der Tat“, sagte Golke. Aber: „Da müsste ich einen anderen Hebel haben.“ Tatsächlich ist das Separie-



Durch jedes Kabel laufen tausende Daten.

ren, wie er es schilderte, ein heikles Geschäft. Per T-Stück würden die Daten beim Provider aus dem normalen Telekommunikationsverkehr ausgeleitet. Der Separator habe zwei Ausgänge. Einen für die „Routine“, wie es im BND-Jargon heiße: reine Auslandsaufklärung, also Daten, auf die er zugreifen dürfe. Und einen getrennten Ausgang für Datenverkehr mit Deutschland bezug. Nur das dies per Gerät und Software möglich ist, hat das BSI laut Golke geprüft. Franz-Ludwig Averdunk

Wider den Terroristen-Export

INNERE SICHERHEIT Opposition lehnt Regierungspläne zu Personalausweis-Entzug ab

Die Pläne der Großen Koalition zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises stoßen bei der Opposition auf klare Ablehnung. Dagegen verteidigten Vertreter der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion vergangene Woche das Vorhaben. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach bei der ersten Lesung des entsprechenden Gesetzentwurfes der Regierungskoalition (18/3831) von einem „wichtigen Baustein“ bei den Maßnahmen gegen die Bedrohung durch den Terrorismus. Mit dem Ersatz-Personalausweis sollen nach dem Willen von Schwarz-Rot Ausreisen insbesondere von Dschihadisten effektiv verhindert werden können. De Maizière betonte, man wolle nicht, „dass aus Deutschland der Terrorismus nach Syrien und in den Irak exportiert wird“ und „dass Menschen, die dort in Kämpfe verwickelt waren, unerkannt wieder einreisen und gegebenenfalls hier Anschläge planen oder verüben“. Nach bisheriger Rechtslage könne der Staat deutschen Bürgern der Reisepass entzogen und die Ausreise untersagt werden. Viele reisten aber trotz einer solchen Untersagung mit einem Personalausweis zu den Kampfgebieten. Daher sehe der Gesetzentwurf vor, dass künftig auch der Personalausweis entzogen werden kann und dafür ein Ersatz ausgestellt werden soll. Auf diesem Ersatzausweis, mit

dem man sich in Deutschland ausweisen könne, sei auch vermerkt, dass der Inhaber die Bundesrepublik nicht verlassen darf. Für Die Linke argumentierte ihr Abgeordneter Frank Tempel, Terroristen wollten „Angst schüren, um uns unsere Freiheit Stück für Stück zu nehmen“. Reagiere man darauf mit Gesetzen, die die Freiheit einschränken, sende man „das Signal, dass Terror erfolgreich ist“. Bei Einschränkungen von Bürger- und Grundrechten müsse ein „deutlicher, nachvollziehbarer Sicherheits-

gewinn für die Allgemeinheit zu erzielen sein“. In einer Welt, in der illegale Aus- und Einreisen möglich seien, führe aber der Entzug des Ausweises zu keiner Beschränkung. Die Grünen-Parlamentarierin Irene Mihalic kritisierte, der „Ersatzausweis für Terroristen“ sei nicht nur „sicherheitspolitisch vollkommen nutzlos und rechtstaatlich fragwürdig“, sondern auch gefährlich. Fordere man einen mutmaßlichen Terroristen zur Abgabe seines Personalausweises auf, werde dieser doch versuchen, seine Ausreisebehörde vor einem Zugriff der Sicherheitsbehörden in die Tat umzusetzen. Der CDU-Abgeordnete Clemens Binninger entgegnete, dass es bei dem Gesetzentwurf auch um die Umsetzung einer UN-Resolution gehe, die fordere, Reisebewegungen von Terrorverdächtigen zu verhindern. Die SPD-Abgeordnete Gabriele Fograscher betonte, wenn es mit dem Gesetzentwurf gelinge, nur einen Anschlag zu verhindern und Menschenleben zu retten, „dann ist er gerechtfertigt.“ sto



Bundesinnenminister Thomas de Maizière



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Hundert Jahre Bauhaus

KULTUR Bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen hat der Kulturausschuss in der vergangenen Woche den Antrag der Koalitionsfraktionen zum 100. Bauhaus-Jubiläum im Jahr 2019 (18/3727) angenommen. In ihrem gemeinsamen Antrag fordern die CDU/CSU- und SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, sich an der Organisation des Jubiläums zu beteiligen und die Feierlichkeiten als ein „Ereignis von nationaler und weltweiter Strahlkraft hervorzuheben und zu würdigen“.

Die Fraktion Die Linke bedauerte, dass kein fraktionsübergreifender Antrag zustande gekommen sei und kritisierte, dass der Antrag sich ausschließlich auf die Kulturstätten Weimar, Dessau und Berlin beschränke. Dieser Kritik schloss sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Zudem warnte sie davor, dass das geplante Bauhaus-Archiv in Berlin nicht wie vorgesehen bis 2019 fertiggestellt werden könnte. Den Vorwurf der Opposition, nicht an der Antragsformulierung beteiligt worden zu sein, wies die Unionsfraktion zurück. Das Thema sei nicht vom Himmel gefallen und alle Fraktionen hätten genügend Zeit gehabt, ihre Interessen vorzutragen.

Auch eine Vertreterin der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters (CDU), betonte die große Bedeutung des Jubiläums. In den kommenden Monaten werde es die Aufgabe von Bund und den sieben beteiligten Bundesländern sein, die notwendigen Organisationsstrukturen zu schaffen. Dazu gehöre auch der Aufbau einer dem Bauhaus-Verband übergeordneten Geschäftsstelle. *joj*



Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) mit dem israelischen Künstler und Auschwitz-Überlebenden Yehuda Bacon (links unten) bei der Ausstellungseröffnung; Künstler Manfred Bockelmann in seinem Atelier (oben)



Erhalt des Welterbes

UNESCO Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) will als Vorsitzende der 39. Sitzung des Unesco-Welterbekomitees sich verstärkt für den Erhalt bedrohter Welterbestätten einsetzen. Vor allem müsste die Verteilung der Gelder im Welterbefonds überdacht werden, sagte Böhmer am vergangenen Freitag in Berlin. Derzeit seien lediglich 20 Prozent der Gelder für den Erhalt eingeplant, 80 Prozent hingegen für die Evaluierung der Nominierungen für das Welterbe. Der Fonds, der aus den Mitgliedsbeiträgen der Länder gespeist wird, erreicht derzeit knapp fünf Millionen US-Dollar. Ziel sei es, bei den Vertragsstaaten weitere Gelder einzuwerben, sagte Böhmer. Zwar seien die Staaten prinzipiell selbst für den Erhalt ihrer Welterbestätten verantwortlich, in Krisengebieten wie dem Irak oder Syrien greife der Welterbefonds jedoch unterstützend ein.

Böhmer, im Auswärtigen Amt zuständig für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, war im vergangenen Jahr zur Vorsitzenden der 39. Komitee-Sitzung gewählt worden, die in diesem Jahr in Deutschland stattfindet. Zu dem elftägigen Treffen Ende Juni in Bonn werden mehr als 1.200 Delegierte und Beobachter aus 191 Staaten erwartet. Während der Sitzung soll über die Aufnahme von 40 nominieren Stätten in das Welterbe entschieden werden. Zudem soll über eine Reform der geltenden Regeln für die Evaluierung und Nominierung der Welterbestätten beraten werden. Die Entscheidungen in den vergangenen Jahren seien einer zunehmenden Politisierung geprägt gewesen, dies müsse verhindert werden, monierte Böhmer. *aw*

Augen-Öffner

KUNST Doppelausstellung im Bundestag präsentiert Reflektionen zum Holocaust

Was vermag die Kunst? Diese Frage ist eigentlich immer aktuell, doch gewinnt eine besondere Dringlichkeit angesichts des Schreckens der Shoah. Bundestagsvizepräsident Peter Hintze (CDU) stellte sie vergangene Woche anlässlich der Eröffnung einer vom Deutschen Bundestag konzipierten Doppelausstellung zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“.

In der Auseinandersetzung mit dem „größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte“, sagte Hintze, dienen die Geschichtswissenschaften dazu, Ereignisse zu beschreiben und einzuordnen; Recht und Ethik helfen, das Geschehene angemessen zu beurteilen. „Kunst vermag all dieses nicht. Doch vermag Kunst viel mehr“, sagte Hintze. Die Kommu-

nikation zwischen Werk und Betrachter vermöge es, Augen zu öffnen und Emotionen zu wecken. „Kunst fordert unser Herz, aber auch unseren Verstand“, betonte Hintze.

Kunst als Sinnstifter Kunst vermag sogar noch mehr als das. Für den israelischen Künstler Yehuda Bacon war das Zeichnen ein Weg, das Erlebte zu verarbeiten. Werke von ihm sind in einem Teil der Ausstellung, „Der Tod hat nicht das letzte Wort – Niemand zeugt für den Zeugen“, zu sehen. Bacon, der in Ostrava in der heutigen Tschechischen Republik aufwuchs, wurde im Alter von 13 Jahren erst ins Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt, später nach Auschwitz-Birkenau. Seine Eltern und seine Schwester überlebten den Holocaust nicht. Seinen Vater sah er 1944 in die Gaskammer gehen. Nach der Befreiung und der Emigration 1946 in das spätere Israel habe er ver-

sucht, das Erlebte in Gesprächen zu vermitteln, berichtete der Künstler bei der Eröffnung der Ausstellung. Doch zwischen Überlebenden und „Normalen“ sei eine Mauer gewesen. „Niemand konnte die Geschichten ertragen“, erinnerte sich Bacon. Er widmete sich dem Zeichnen, zunächst für sich. Zur Kunst im eigentlichen Sinne sei er erst später gekommen. Doch das half: „Ich hatte das Glück, mich mit dem Problem durch Kunst auseinanderzusetzen. Ich spürte die Kraft, dass man auch so ein Thema überwinden und einen Sinn geben kann“, sagte Bacon. Und der Sinn sei es, dem Leben einen positiven Sinn zu geben.

Genealogie Das Zeichnen lernte Bacon bereits in Theresienstadt. Sein Lehrer dort war Peter Kien, ein tschechisch-jüdischer Künstler. Kien starb 1944 in Auschwitz. Auch seine Bilder – eindringliche Portraits seiner

Schicksalsgenossen in Theresienstadt – sind in der Ausstellung zu sehen. Die Genealogie geht sogar noch weiter. Gezeigt werden – neben Bildern von unter anderem Leo Haas und Michel Kichka – auch Werke von Sigalit Landau. Die 1969 geborene, israelische Künstlerin lernte an der Bezalel Akademie bei Yehuda Bacon das Zeichnen. Sie gilt als eine der bedeutendsten zeitgenössischen Künstlerinnen ihres Landes. Gezeigt wird zum Beispiel eine Plastik, die von Salzkruze umschlossene Schuhe zeigt – sie hatte die Schuhe vorher im Toten Meer versenkt. Landau stellt damit einen Bezug zu den Millionen Schuhen der Opfer her, die in Konzentrations- und Vernichtungslagern der Deutschen gesammelt wurden.

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) gab sich bei der Einführung in diesen Teil der Ausstellung als großer Fan der israelischen Künstlerin zu erkennen: „Sie öffnet mein Herz und bringt meine Seele zum Weinen.“ Die Kunst der Ausstellung mit der Linie aus den Konzentrationslagern hin zur nachgeborenen Generation habe die Shoah zum Kern, auch wenn es nicht in jedem Werk zu sehen sei, sagte Roth. Die Ausstellung sei eine Dokumentation des Überlebens – nicht nur von Menschen, sondern „des Lebens selbst, der Kreativität, der Kunst und Kultur“. Die Werke seien aber mehr als Zeugnisse der Zeit „oder gar Verarbeitungstücke einer Traumabearbeitung der Opfer, welche die Hölle gesehen haben“, sondern „echte, große Kunstwerke“, betonte die Bundestagsvizepräsidentin.

Zeichnen gegen das Vergessen Die Bilder des österreichischen Künstlers Manfred Bockelmann – sie sind im zweiten Teil der Ausstellung, „Zeichnen gegen das Vergessen“, zu sehen – haben, wie der Titel schon andeutet, ebenfalls eine über sich selbst hinausweisende Intention. Die Kohlezeichnungen zeigen Bilder von deportierten Kindern. Grundlage für Bockelmanns Arbeiten sind erkennungsdienstliche Fotografien von SS, Gestapo und Ärzteschaft. Im Akt der Fotografie seien Kinder vom Subjekt zum Objekt geworden, sagte Peter Hintze in seiner Würdigung des Künstlers. Die Fotos seien ein „stummes Sinnbild für die totale Entwürdigung des Menschen“ durch die Nationalsozialisten. Bockelmann schaffe es, den Kindern ihre Würde und ihre Sprache zurückzugeben, lobte der Bundestagsvizepräsident. Der Künstler selbst, auch er war bei der Eröffnung zugegen, richtet seine Werke vor allem an die jungen Menschen. Mit den Bildern der Kinder und Jugendlichen wolle er die heutige Jugend aufrütteln. Seine Werke sollen die jungen Menschen an ihre eigenen Freunde erinnern – und zum Nachdenken anregen: „Wie ist es möglich, dass ein Souverän so junge Menschen zur Vernichtung freigibt?“

Seine Bilder, so Bockelmann, seien daher auch ein Verweis auf die Menschen selbst. „Wir sind dazu in der Lage, solch schreckliche Dinge zu tun“, sagte der Österreicher. Dies sei ein immer noch aktuelles Thema in einer Welt, die auch jetzt „voller Grausamkeit“ sei. *Sören Christian Reimer*

Die Ausstellung im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages kann nur nach vorheriger Anmeldung besucht werden. Sie ist noch bis zum 27. Februar 2015 zu sehen: montags von 9 bis 15 Uhr, dienstags bis donnerstags von 9 bis 16 Uhr, freitags von 9 bis 13 Uhr. Anmeldung telefonisch unter (030) 227 38883 oder per E-Mail an info-ausstellungen-plh@bundestag.de.

Literatur zur Ausstellung: Jürgen Kaumkötter, „Der Tod hat nicht das letzte Wort: Kunst in der Katastrophe“, Galiani, Berlin 2015, 384 Seiten, 39,99 Euro

KURZ NOTIERT

Henry Kissinger:
Weltordnung
C. Bertelsmann, München 2014; 478 S., 24,99 €

Der Friedensnobelpreisträger (1973) und frühere US-Außenminister, Henry Kissinger, gehört zu den qualifiziertesten Kennern der Weltpolitik. Seinen Ruf verdankt der Harvard-Professor für Politikwissenschaft vor allem seinen Studien über die Theorien der internationalen Beziehungen. Gleichwohl enthält sein aktuelles Plädoyer für eine neue Weltordnung zahlreiche Widersprüche. Insbesondere blendet er Fehlschläge der US-Sicherheitspolitik nach den Terroranschlägen des 11. Septembers aus. Nach dem Kalten Krieg entstanden eine Reihe neuer Krisen, die Samuel Huntingtons Theorie vom Kampf der Kulturen in Teilen bestätigen: Staatliche und nicht-staatliche Akteure verhindern durch Terror und die Rückkehr zur Machtpolitik die Schaffung einer neuen friedlichen Weltordnung. Laut Kissinger müssen die USA diese Probleme lösen. Wegen der „Einzigartigkeit der eigenen historischen Erfahrung“ sei Amerika verpflichtet, die universalen Menschenrechte weltweit zu verbreiten.

Kissinger stellt nicht weniger als das Konzept des Gleichgewichts der Kräfte zur Disposition: Das Westfälische System der Nichteinmischung und der Souveränität der Staaten habe Diktaturen geschützt und deren Bollwerke gegen Menschenrechte, rechtsstaatliche Prinzipien und die Gleichberechtigung der Frau verstärkt. Deshalb müsse das Westfälische System „modernisiert“ werden, schreibt Kissinger. Die USA müssten ihre „unverzichtbare“ Führungsrolle nutzen, um eine Weltordnung auf zwei Ebenen zu etablieren: Zum einen müssten die USA selbst die universellen Prinzipien befolgen und gleichzeitig die „historischen Realitäten anderer Regionen und Kulturen respektieren“. Während also autoritäre Regime unbehelligt blieben, müssten sie sich parallel „eine zweite Kultur“ aneignen.

Henry Kissingers Idee ist ein Kompromissangebot an nichtdemokratische Staaten, sich in die friedliche Staatengemeinschaft einzufügen, ohne in ihrer Existenz bedroht zu werden. *Aschot Manutscharjan*

Werner Weidenfeld:
EUROPA
Europa. Eine Strategie
Kösel-Verlag, München 2014; 128 S., 12 €

Der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld will mit seinem Buch zu neuen Fundamenten der Europäischen Union beitragen. Die Baustelle Europa brauche nichts dringender als eine geistige Ordnung. Europa gebe keine Antworten auf die Grundfragen unserer Epoche und die alten Antworten aus den Gründerzeiten seien heute nicht mehr tragfähig. Europa sei von Anfang an nicht nur ein geografisches Gebilde, sondern eine Kombination aus territorialer Expansion und kulturellen Werten sowie aus Auffassungen und normativen Elementen gewesen.

Für Weidenfeld muss die europäische Integration selbstverständlicher Bestandteil politischer Debatten werden, weil die Bürger sie erst dann als Teil ihrer eigenen Umwelt begreifen und die Union akzeptieren und legitimieren. Europa sei Teil der Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung, werde aber so nicht verstanden. Eine europäische Identität könnte mit Originalität, Ideenreichtum, Toleranz, Zusammenarbeit und Frieden verbunden sein.

Weidenfeld vermisst den europäischen Diskurs, der ebenso selbstverständlich wie der nationale, regionale oder lokale sein müsse. Daher werde die europäische Konstruktion nicht verstanden. Zur Handlungsfähigkeit Europas gehörten aber eine europäische Öffentlichkeit, seine Akzeptanz und seine Legitimation. Allerdings entzögen die Bürger der Politik zunehmend das Vertrauen. Deshalb müssten sie in jedes Thema früher und direkt einbezogen werden, wofür Internet-TV, Facebook und Twitter Möglichkeiten eröffneten. Weidenfelds Bekenntnis ist klar: Nur die EU kann schlüssige Antworten auf die Globalisierung liefern und den einzelnen Staaten Schutz, Ordnung und Individualität garantieren. Dabei sei eine strategische Partnerschaft mit den USA erforderlich, weil eine weltpolitische Mitgestaltung nur gemeinsam gelingen könne. Mitunter bleiben die von Weidenfeld aufgeworfenen Fragen ohne konkrete Antworten. Sein Buch regt zum Nachdenken an. Es ist an den Gestaltern der europäischen Politik, aus seinen Analysen Konsequenzen zu ziehen. *Otmar Philipp*

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

Aufruf an alle Sammler

RAUBKUNST Stiftungsrat des Deutschen Zentrums für Kulturgutverluste nimmt Arbeit auf

Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) übernimmt die Leitung des 15-köpfigen Stiftungsrates des neugegründeten Deutschen Zentrums für Kulturgutverluste (DZK). Grütters wurde am vergangenen Donnerstag bei der konstituierenden Sitzung im Bundeskanzleramt zur Vorsitzenden gewählt.

Hauptaufgabe des Zentrums ist es, öffentliche Einrichtungen bei der Suche und Rückgabe von NS-Raubkunst zu beraten und finanziell zu unterstützen. Getragen wird die Stiftung von Bund, Ländern und den drei kommunalen Spitzenverbänden. Finanziert wird sie aus dem Stiftungskapital und jährlichen Zuschüssen von Bund und Ländern. Der Bund stellt in diesem Jahr sechs Millionen Euro für die Suche nach NS-Raubkunst zur Verfügung. Die praktische Arbeit des neuen Zentrums wird von einer Doppelspitze verantwortet. Zum ehrenamtlichen Vorstand wurde der frühere Direktor der Hamburger Kunststiftung, Uwe Scheed, ernannt. Die Stelle des hauptamtlichen Vorstandes

wurde ausgeschrieben, aber bislang noch nicht besetzt.

Staatsministerin Grütters rief erneut alle öffentlichen Museen, Bibliotheken und Archive auf, die eigenen Sammlungen nach Kunst zu untersuchen, die während der nationalsozialistischen Diktatur ihren Besitzern entzogen worden ist. Es sei „un-erträglich“, dass bis heute diese Frage nicht zweifelsfrei geklärt ist. Der Stiftungsrat beauftragte das Zentrum zudem,

bis April diesen Jahres eine Konzept zu erarbeiten, um auch private Kunstsammler bei der Suche nach NS-Raubkunst zu unterstützen.

Am Freitag dieser Woche wird sich auch der Deutsche Bundestag mit dem Thema befassen. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (18/3046). Diese fordern weitestgehende Maßnahmen bei der Provenienzforschung. *aw*



Uwe Scheed, Staatsministerin Monika Grütters (CDU) und Sachsen-Anhalts Kultusminister Stephan Dorgerich (SPD, v. li.), der dem DZK-Stiftungsrat angehört. © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

»Deutsche Identität«

GEDENKEN Aus der Vergangenheit lernen: Auf der Gedenkveranstaltung des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus wirbt Bundespräsident Joachim Gauck für Mitmenschlichkeit und eine solidarische Gesellschaft



Bundespräsident Joachim Gauck (rechts oben) hielt vergangene Woche die Hauptrede bei der Gedenkveranstaltung des Bundestages für die NS-Opfer. © picture-alliance/ZUMAPRESS.com

Manche Sätze können sich tief in das kollektive Gedächtnis eines Landes einprägen. Das gilt etwa für den Satz „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“, den 1985 der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs sagte. Vergangene Woche, 70 Jahre nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee, sagte das heutige Staatsoberhaupt Joachim Gauck bei der Gedenkveranstaltung des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus auch so einen Satz, der noch vielfach zitiert werden dürfte: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ Er erteilte damit nicht nur jedweden „Schlussstrich“-Rufen eine Absage. Dass der von Deutschen in deutschem Namen begangene Völkermord mit Auschwitz als „Symbol“ nicht von diesem Namen abzukoppeln ist, bündelt dieser Satz ebenso wie die daraus folgende Verantwortung. „Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben. Er gehört zur Geschichte dieses Landes“, fügte der Präsident hinzu. Und: „Hier ist der Schrecken der Vergangenheit näher und die Verantwortung für Gegenwart und Zukunft größer und verpflichtender als anderswo.“ Doch wie sieht diese Verantwortung aus? Der Bundespräsident verwies auf den

Auschwitz-Überlebenden und späteren Richter am Internationalen Gerichtshof, Thomas Buergenthal, der einmal gefragt habe, was die Losung „Nie wieder“ – das „zentrale Versprechen nach Auschwitz“ – wert sei angesichts der späteren Völkermorde in Kambodscha, in Ruanda, in Darfur. Ergänzend nannte Gauck das Massaker in Srebrenica sowie „heute Syrien und Irak“. Auch wenn „hier die Verbrechen nicht die Dimension nationalsozialistischen Mordens erreichten und erreichen“, sei es doch „schrecklich entmutigend (...), wenn die Welt ‚Nie wieder‘ erkläre, aber ‚die Augen von dem nächsten Genozid verschließen“, zitierte der Bundespräsident Buergenthal, um nachzufragen: „Sind wir denn bereit und fähig zur Prävention, damit es gar nicht erst zu Massenmorden kommt? Sind wir überhaupt imstande, derartige Verbrechen zu beenden und sie zu ahnden? Fehlt manchmal nicht auch der Wille, sich einzusetzen gegen solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit?“

»Innerer Kompass« Weil man nicht allmächtig sei, „haben wir zu leben mit der Bürde, das Leben von Menschen nicht immer und überall schützen zu können“, gab Gauck eine Antwort auf seine Fragen. Auch wenn sich nicht „das ‚Nie wieder‘ gänzlich erfüllen“ werde, bleibe es „als moralisches Gebot, als innerer Kompass“ unverzichtbar, fügte er hinzu. Das Streben nach einem friedlichen und gerechten Zusammenleben von Menschen und Völkern sei

„wohl die wichtigste Richtschnur unseres Handelns“. Dann richtete der Bundespräsident den Blick auf das Einwanderungsland Deutschland. „Der Holocaust als Menschheitsverbrechen – diesen Weg der Annäherung haben auch Eingewanderte, selbst wenn sie sich nicht oder noch nicht als Deutsche fühlen“, sagte er. Dieser Weg sei nicht immer leicht. Manche Einwanderer kämen aus Ländern, in denen Antisemitismus und Hass auf Israel verbreitet sind. „Wo derartige Haltungen bei Einwanderern nachwirken und die Wahrnehmung aktueller Ereignisse bestimmen, haben wir ihnen beharr-

> STICHWORT

KZ AUSCHWITZ

> **Völkermord** Der ab 1940 im besetzten Südpolen errichtete Lagerkomplex war das größte NS-Konzentrations- und Vernichtungslager, in dem rund 1,1 Millionen Menschen ermordet wurden, zumeist Juden aus zahlreichen europäischen Ländern.

> **Gedenken** Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das KZ Auschwitz. 1996 proklamierte der damalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Jahrestag zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

lich die historische Wahrheit zu vermitteln und sie auf die Werte dieser Gesellschaft zu verpflichten“, mahnte das Staatsoberhaupt. Alle, die Deutschland ihr Zuhause nennen, trügen Verantwortung dafür, welchen Weg das Land gehen wird, unterstrich Gauck. Zugleich zitierte er eine junge Frau aus einer Einwandererfamilie mit den Worten, sie habe keine deutschen Vorfahren, werde aber deutsche Nachfahren haben, die sie zur Rechenschaft ziehen würden, „wenn heute Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten auf unserem Boden ausgeübt werden“. Hier sei, konstatierte Gauck, „jemand eingetreten in eine Verantwortungsgemeinschaft, die nicht aus einer Erfahrungsgemeinschaft herührt. Aber wir finden uns wieder in einem gemeinsamen Willen.“

»Moralische Pflicht« So lange er lebe, werde er „darunter leiden, dass die deutsche Nation mit ihrer so achtenswerten Kultur zu den ungeheuerlichsten Menschheitsverbrechen fähig war“, bekannte Gauck. Gleichwohl könne man „nach den dunklen Nächten der Diktatur, nach Schuld und Scham und Reue ein taghelles Credo“ formulieren. „Wir taten es, als wir dem Recht seine Gültigkeit und Würde zurückgaben. Wir taten es, als wir Empathie mit den Opfern entwickelten. Und wir tun es heute, wenn wir uns jeder Art von Ausgrenzung und Gewalt entgegenstellen und jenen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror zu uns flüchten, eine sichere Heimstatt bieten.“ Die „moralische Pflicht“ erfülle sich nicht nur im Gedenken, betonte der Bundespräsident und rief dazu auf, Mit-

menschlichkeit und die Rechte jedes Menschen zu bewahren und zu schützen – ein Auftrag, der sich aus dem Gedenken ergebe. Dies sage er „gerade in Zeiten, in denen wir uns in Deutschland erneut auf das Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu verständigen haben. Die Gemeinschaft, in der wir alle leben wollen, wird nur dort gedeihen, wo die Würde des Einzelnen geachtet und wo Solidarität gelebt wird.“

Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) forderte, „historische Verantwortung“ anzunehmen. Er verwies zu Beginn der Gedenkveranstaltung darauf, dass man in einer Welt lebe, „die uns tagtäglich von neuem vor Augen führt, was der Mensch dem Menschen antun kann“. „Wir sehen furchtbares Leid, teils bestialische Gewalt, und wir müssen uns fragen, wie wir ihr begegnen, wie wir mit den Menschen umgehen, die dieser Hölle entfliehen und Schutz bei uns suchen“, sagte Lammert. Der Tag des Gedenkens an die NS-Opfer erinnere an eine hoffnungslose Zeit, könne aber „Anlass für Hoffnung“ sein, „indem wir uns im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung den drängenden humanitären Herausforderungen der Gegenwart stellen.“

Der Parlamentspräsident nannte Auschwitz den „Ort eines historisch beispiellosen, industrialisierten Völkermords“, der am 70. Jahrestag der Befreiung besonders ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücke. Darüber vergesse man aber nicht „das Netz von Lagern, das die Nationalsozialisten über Europa spannten, die enthemmte Brutalität bei der Unterwerfung großer Teile des Kontinents mit Hinrichtungen, Massenerschießungen, der Einrichtung von Ghettos und gnadenloser Hungerblockade“. Zugleich erinnerte Lammert daran, dass diesem „europaweiten Vernichtungskrieg in Deutschland bereits früh die schrittweise Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung“ vorausgegangen war – „für alle sichtbar, die sehen wollten“.

Für die Vergangenheit Deutschlands seien die Nachgeborenen nicht verantwortlich, wohl aber für den Umgang mit ihr, mahnte der Bundestagspräsident im Plenum. Der Opfer zu gedenken und die Täter und ihre Taten zu benennen, sei eine Bedingung, um „im staatlichen Auftrag konzipierte und organisierte Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie wieder geschehen zu lassen – nirgendwo, an keinem Platz der Welt“. (Die Rede im Wortlaut in der Beilage „Dokumentation“) Helmut Stoltenberg II

»Wir müssen fragen, wie wir mit Menschen umgehen, die Schutz bei uns suchen.«
Norbert Lammert (CDU)

Auschwitz macht einsam

JUGENDBEGEGNUNG 2015 78 junge Menschen fahren auf Einladung des Bundestages zum ehemaligen Vernichtungslager. Eindrücke einer Reise zu einem Ort des Grauens

Es schneit. Die Landschaft wird langsam weiß. Eine Gruppe jugendlicher Teilnehmer der Jugendbegegnung 2015 des Deutschen Bundestags, läuft wie verloren durch dieses Winterbild. Vorbei an Stacheldrahtzaun. Vorbei an Baracken. Vorbei an Resten von Baracken. Sie gehen mitten durch das ehemalige nationalsozialistische Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. In den Stunden davor sahen sie erst das Stammlager, dann das größere Lager Birkenau. Sie sahen den in Eisen gegossenen Zyklus „Arbeit macht frei“ am Eingangstor; sie sahen die Baracken, in denen hunderte Menschen auf engstem Raum eingepfercht wurden; sie sahen die Rampe, an der SS-Ärzte verschleppte Juden in Gruppen unterteilten: jene, die sie sofort umbrachten, und jene, deren noch verbliebene Kraft und Energie sie noch ausnutzen

wollten, um sie dann durch Zwangsarbeit oder durch Gas umzubringen; die Jugendlichen sahen, was von den Todgeweihten blieb: die abgeschorenen Haare, Puppen und Spielzeug, die Koffer. Inmitten dieser Hölle auf Erden sahen sie auch ein Stück Normalität: ausgestellte Familienfotos, Urlaubsschnappschüsse, Kinderbilder, die die Ankommenden bei sich trugen. Zum Schluss sahen sie einen Teich, in den die Asche jener geworfen wurde, die vorher vergast und verbrannt worden waren. Dort hielten sie inne und schwiegen für die mehr als eine Million Opfer, die in Auschwitz von Deutschen umgebracht wurden. Sie schwiegen für die Juden, für die Sinti und Roma, für die Homosexuellen, für die Zeugen Jehovas, für die politischen Dissidenten und Widerstandskämpfer, für die sowjetischen Kriegsgefangenen und für all

jene, denen die Nazis ihr Leben nicht gönnten. Die Führung endet, das Schweigen bleibt. Auf dem Weg zurück zu den Bussen reißt die Gruppe auseinander. Gesprochen wird nicht. Etwas müde und erschöpft, traurig, überwältigt, in Gedanken versunken treten sie durch diesen unheiligen Ort. Auschwitz macht einsam. Ortswechsel, etwas später am Tag. Die Jugendlichen sitzen in einem Arbeitsraum der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim, nicht weit von den Lagern entfernt. Stühle sind in einem Kreis aufgestellt. 90 Minuten haben die Jugendlichen jetzt Zeit, über das Gesehene, das Gefühlte, das Erfahrene zu sprechen. Das Schweigen bricht langsam, immer wieder lange Pausen. Die Gefühlslage: bedrückt. Leer, ausgebrannt seien sie, sagen die Jugendlichen. Tränen fließen, die Erschütterung sitzt bei vielen tief. Schlüsse zu ziehen, für die meisten ist das noch zu früh. Sie brauchen mehr Zeit. Andere versuchen es: Nie wieder! Nie wieder wegschauen bei Ausgrenzung. Nie wieder wegschauen bei Rassistismus! Flüchtlingspolitik wird thematisiert.

Sie hat überlebt Der nächste Tag, im Jüdischen Museum Galizien in Krakau sitzt Zofia Posmysz kerzengerade auf ihrem Stuhl vor den 78 Jugendlichen. Frau Posmysz hat Auschwitz überlebt. Die 91-Jährige hat Auschwitz erfahren. Anstatt sich mit



Mitten in Auschwitz-Birkenau © Deutscher Bundestag/von Saldern

dem bisschen Bildung, was die deutschen Besatzer der polnischen Bevölkerung zugehen wollten, abzufinden, lernte sie heimlich mit anderen weiter. Sie wurde erwisch, von der Gestapo gefoltert, landete in Auschwitz. Die junge Frau überlebte Strafkompagnie, Typhus und das Lager. Ihr Glaube gab ihr Halt, sie wollte nicht an einem Ort sterben, wo sie die Sakramente nicht empfangen hätte können. Andere hätten ihren Glauben verloren, sagt sie. Nach dem Krieg besuchte sie mit ihrer Mutter das Lager. Die Mutter war schockiert: „Du musst diesen Ort vergessen!“

Das tut sie nicht. Sie schrieb Bücher und spricht mit Jugendlichen über ihre Erfahrungen. Frau Posmysz sagt, sie habe viel darüber nachgedacht, zu welchen Taten Menschen fähig sind. Sie sei glücklich, dass junge Menschen ein Stück der Wahrheit erfahren wollen. Sie mahnt ihre Zuhörer: Lasst euch nicht von Ideologien blenden!

Das Schlimmste Erneuter Ortswechsel, einen Tag und einen Rückflug nach Berlin später. Im Europasaal des Bundestags sitzen die Jugendlichen zusammen mit geballter Politikprominenz: Bundespräsident

Joachim Gauck und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) haben sich Zeit genommen, um zu diskutieren. Zeit genommen hat sich auch Marian Turcki. Auch er, der polnische Jude, hat Auschwitz überlebt. Was das Schlimmste an Auschwitz gewesen sei, fragt der 88-Jährige rhetorisch. Nicht der Hunger, den sich ein satter Mensch niemals vorstellen könne. Nicht die „Wohnbedingungen“; nicht die Kälte; nicht die Läuse. „Das Schlimmste war die Demütigung, dass man nicht Mensch war“, sagt Herr Turcki. Daran sollen die Jugendlichen denken, wenn sie den Staffeln der Erinnerung übernehmen. Nicht sein eigenes Leid solle im Zentrum des Erinnerens stehen. „Denk nur daran: Schlimmer als physischer Schmerz, als das Töten, ist die Erniedrigung, die Demütigung.“ Wenn heute noch jemand andere erniedrige, ob nun einen Juden, Christen, Moslem, Atheisten, Russen, Israeli, Palästinenser, Türken oder Bosnier, „so ist das so, als würde er Auschwitz wieder aufbauen“, sagt Turcki. Da läuft die Veranstaltung erst 14 Minuten, und eigentlich ist alles gesagt. Sören Christian Reimer II

> STICHWORT

Jugendbegegnung 2015

> **Teilnehmer** Seit 1997 organisiert der Deutsche Bundestag zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ die Jugendbegegnung. 2015 reisten 78 Jugendliche aus Deutschland, Polen, Frankreich und anderen Ländern nach Oświęcim.

> **Programm** Themen der Jugendbegegnung waren Auschwitz und der Holocaust sowie die deutsche Besetzung in Polen. Auf dem Programm standen unter anderem ein Besuch der Lager, ein Zeitzeugengespräch und die Teilnahme an der Gedenkstunde im Bundestag.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Von den US-Behörden als Terroristen verdächtige Gefangene in Guantanamo

© picture-alliance/dpa

600 Millionen Euro für GAVI

ENTWICKLUNG Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller (CSU), sieht in den Ergebnissen der Geberkonferenz der Impfallianz GAVI einen „ausgesprochen positiven Auftakt“ für die diesjährige deutsche G7-Präsidentschaft. Mit den Geber-Zusagen im Umfang von knapp 7,54 Milliarden US-Dollar könnten weitere 300 Millionen Kinder weltweit geimpft werden, sagte Müller vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bis 2030 solle kein Kind mehr an einer vermeidbaren Krankheit sterben. Deutschland habe seine ursprünglich in Aussicht gestellte Zusage von 500 Millionen auf 600 Millionen Euro bis 2020 erhöht. Mit der GAVI-Konferenz habe man einen „Aufschlag“ für das Treffen der Staatsspitzen der G7-Länder im Juni im bayrischen Schloss Elmau gemacht, bei dem das Thema Gesundheit einen Schwerpunkt bilden soll, sagte Müller.

Die Impfallianz erreicht nach eigener Darstellung mit umfangreichen Bestellungen und Abnahmegarantien Preisnachlässe bei Impfstoffherstellern. Getragen wird die Initiative von Staaten, der Weltgesundheitsorganisation WHO, der Weltbank, UNICEF, Unternehmen sowie privaten Spendern. Bei der internationalen Geberkonferenz Anfang vergangener Woche in Berlin hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zudem eine Initiative zur Verbesserung des globalen Krisenmanagements im Gesundheitsbereich angekündigt, dazu solle unter anderem eine schnelle Einsatzgruppe aus Ärzten und medizinischem Personal („Weißhelme“) beitragen. *aha*

Geschwärtzte Grausamkeiten

USA Grüne scheitern mit Forderung auf Herausgabe des vollständigen Senatsberichts zur CIA-Folter

Es ist eine Warnung und zugleich ein Versprechen: „Wir werden nicht aufhören die Frage nach dem Bericht zu stellen – bis wir ihn haben“, sagte Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) vergangenen Freitag in einer Debatte, die erneut die Folterwürfe gegen US-Behörden im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus in den Mittelpunkt stellte.

Ein nur in Auszügen und an vielen Stellen geschwärzt veröffentlichter Bericht des Geheimdienstauschusses des US-Senats unter Vorsitz der Demokratin Diane Feinstein brachte im Dezember 2014 auf rund 500 Seiten an den Tag, mit welchen Methoden der Auslandsnachrichtendienst CIA Terrorverdächtige nach den Anschlägen vom 11. September 2001 behandelt hatte. Das US-Justizministerium gab demnach im Jahre 2002 der CIA grünes Licht für sogenannte „verschärfte Verhörmethoden“ und machte damit den Weg frei für „Techniken“, die nach der von 156 Staaten und auch von der USA selbst ratifizierten „Uni-

ted Nations Convention against Torture“ als Folter gelten. Die US-Senatoren schreiben in ihrem Bericht über „Schläge und Griffe ins Gesicht, Stresspositionen, Einsperren in enge Kästen, Lärmbeschallung und Schlafentzug“ – bis hin zur Folter durch das sogenannte „Waterboarding“, dem simulierten Ertrinken des Gefangenen.

Akteure der damaligen US-Regierung unter Präsident George W. Bush hatten nach Veröffentlichung des Berichts ihr Handeln verteidigt: Die Verhörmethoden seien nötig gewesen, um weitere Terroranschläge auf die USA zu verhindern. Der Senatsbericht kommt allerdings zum Schluss, dass die unter Folter erzwungenen Aussagen im Kampf gegen den Terror nicht hilfreich waren.

Konsens In der Frage, wie solche Praktiken zu beurteilen seien, passt eigentlich kein Blatt zwischen Opposition und Koalition im Bundestag: „Grausam“ und „inakzeptabel“ seien die im Bericht aufgeführten Praktiken – und zweifellos ein Fall für die Staatsanwaltschaften und Ge-

richte. Doch während die Grünen mit ihrem Antrag – unterstützt von der Linksfraktion – darauf drängen, dass der Senatsbericht „ungeschwärzt und vollständig“ an das deutsche Parlament übermittle wird, pochten Vertreter von Union und Sozialdemokraten auf die vorrangige Zuständigkeit der Justiz. Der Antrag der Grünen (18/3558) wurde mit den Stimmen der Koalition gegen das Votum der Oppositionsfaktionen abgelehnt.

Renate Künast warnte in der Debatte eindringlich davor, die Vorwürfe auf sich beruhen zu lassen. Es stehe nicht weniger auf dem Spiel als die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates. Künast erinnerte an das „Weltrechtsprinzip“: Jedes Land könne Folter – wo auch immer sie passiert – einem Strafverfahren unterziehen. Nur weil die US-Justiz untätig bleibe, „kann das für uns nicht heißen, dass das auch für uns gilt“. Aufzuklären seien zum Beispiel Taten mit Bezug zu Deutschland – womöglich bei der Überführung von Gefangenen durch die USA über deutsches Territorium, bei der Weitergabe von Informationen über Verdächtige durch deutsche Behörden und auch dann, wenn – wie im Falle Khaled al-Masri – deutsche Staatsbürger Opfer geworden seien. Frank Heinrich (CDU) nannte die im Senatsbericht aufgeführten „erweiterten Verhörmethoden“ eine „grobe Verharmlosung von Folter“. Wenn die westliche Welt

auch in Zukunft ihre Stimme bei Menschenrechtsverletzungen erheben wolle, dann müsse man zwingend „vor der eigenen Haustüre kehren“. Die Freundschaft mit den USA dürfe nicht dazu führen, dass die eigene Glaubwürdigkeit Schaden nimmt. „Wir brauchen einen vollständigen Zugang zu diesem Bericht“, sagte Heinrich. Er verwies allerdings darauf, dass die Generalbundesanwaltschaft bei den US-Behörden auf eine Übermittlung des gesamten Berichts dränge und bereits die veröffentlichte Kurzfassung daraufhin überprüfe, ob Ermittlungen aufzunehmen sind. André Hahn (Die Linke) erinnerte die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD daran, dass die Kontrolle der Exekutive nicht nur Aufgabe der Opposition, sondern des ganzen Parlaments sei. Mit geschwärtzten Regierungsdokumenten, die womöglich Rechtsverletzungen oder gar Straftaten verdunkeln sollen, könne sich ein Parlament nicht abspesen lassen. „Man muss kein Prophet sein, um davon auszugehen, dass die schlimmsten Verbrechen noch nicht einmal bekannt geworden sind“,

sagte Hahn. Die Einsicht in den vollständigen US-Senatsbericht sei nötig, um Folterwürfe „umfassend aufzuklären und strafrechtlich verfolgen zu können“.

Politisierung Angelika Glöckner (SPD) nannte die bekannt gewordenen Folterpraktiken „grauhaft und vollkommen inakzeptabel“. Der Senatsbericht zeige, in welchem Ausmaße sich der Sicherheitsapparat der USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 offenbar verselbständigt habe. Glöckner warnte jedoch vor einer „Politisierung und Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen“. Nur eine juristische Aufarbeitung führe zum Ziel. „Sie muss im Vordergrund stehen und nicht die politische Debatte.“ Auch wenn die Grünen in ihrem Antrag zusichern würden, „etwaige Maßgaben der USA zur Geheimhaltung zu beachten“, sei zu bezweifeln, ob eine Übermittlung des vollständigen Berichts an den Bundestag – statt an die Generalbundesanwaltschaft – zur juristischen Aufarbeitung wirklich beitragen könnte. *Alexander Heinrich*

© DBT/Achim Meide

»Nur weil die US-Justiz untätig bleibt, muss das nicht auch bei uns gelten.«
Renate Künast (Grüne)

© DBT/Stella von Selheim

»Die juristische Aufarbeitung muss im Vordergrund stehen, nicht die politische Debatte.«
Angelika Glöckner (SPD)

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unentgeltlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@ts-medien.de
www.dts-parlament.de

»Das ist der Tod auf Raten«

SAUDI-ARABIEN Fraktionen fordern Freilassung des Bloggers Raif Badawi. Linke: Sicherheitskooperation sofort stoppen

Die Bundestagsfraktionen haben in der vergangenen Woche die sofortige Freilassung des saudi-arabischen Bloggers und Internetaktivisten Raif Badawi (31) gefordert. Anlass der Debatte waren zwei Anträge der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (18/3835, 18/3832), über die das Plenum am Donnerstag in erster Lesung beriet.

Badawi war im Mai 2014 wegen „Beleidigung des Islams“ zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe, einer Geldstrafe und 1.000 Stockhieben – 50 Stück jeden Freitag – verurteilt worden. Nachdem die erste Einheit Anfang Januar öffentlich vollstreckt worden war, wurde die Folter wegen des schlechten Gesundheitszustandes Badawis vorerst ausgesetzt.

Die menschenrechtspolitischen Sprecher von Grünen und Linken, Tom Königs und Inge Höger, bezeichneten die Folterstrafe, wie viele Mediziner, als „einen Tod auf Raten“ und forderten eine Ende dieser „barbarischen Praxis“.

Badawi sei verurteilt worden, weil er unter anderem geschrieben habe, dass alle Menschen gleich viel wert seien, sagte Königs sichtlich aufgebracht. Das aber verbiete die „Freiheit“ in Saudi-Arabien. Neben der Presse- und Meinungsfreiheit würden dort auch Frauenrechte, politische Rechte und die Rechte von Gastarbeitern „mit Füßen getreten“, betonte der Grünen-Abgeordnete. Er kritisierte, dass Deutschland dennoch wirtschaftliche Zusammenarbeit und staatliche Wirtschaftsförderung mit Saudi-Arabien pflege, Bürgschaften gewähre und Waffenexporte erlaube. „Deutschland hoffiert königliche Diktatoren“, schloss er daraus und forderte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der in Kürze mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation nach Saudi-Arabien reisen wird, auf: „Gehen Sie zu den wenigen Demokraten! Gehen Sie zu den Menschen in die Gefängnisse! Gehen Sie zu den Bloggern!“ Im „allergrößten Notfall“ sollte Deutschland Menschen wie Raif Badawi Asyl anbieten. Ähnliche Forderungen erhoben auch die Linken. Inge Höger betonte: „Solange das Justizsystem in Saudi-Arabien nicht grundlegend geändert wird, ist es nicht akzeptabel, das saudische Unterdrückungssystem auch noch durch den Verkauf deutscher Überwachungstechnik und die Entsen-

dung deutscher Soldaten und Polizisten zu stabilisieren.“ Von der Bundesregierung verlangte sie, die Sicherheitskooperation mit Saudi-Arabien „umgehend“ zu stoppen.

Frank Heinrich (CDU) wollte das so nicht stehen lassen. Ja, Saudi-Arabien sei mit einem Handelsvolumen von elf Milliarden Euro für Deutschland ein wichtiger Wirt-

schaftspartner. Dabei gehe es nicht nur um Rüstungsgüter, sondern auch um Wirtschaftsfelder wie Maschinenbau und Eisenbahnen. Zudem sei das Land ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen die Dschihadisten vom „Islamischen Staat“. Aber, stellte Heinrich klar: „Gerade von einem solchen Partner muss Deutschland, müssen wir, die Achtung der Menschenrechte fordern.“

Achim Post (SPD) ergänzte, dass Saudi-Arabien in Syrien den Kampf gegen Diktator Assad unterstütze und eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten befürworte. Außerdem sei das Land einer der größten Geldgeber für die Flüchtlingshilfe. „Das sind alles Punkte, über die wir – bei aller massiven Kritik – mit Saudi-Arabien weiter im Gespräch bleiben sollten“, mahnte Post. Die Dialoge sollten daher nicht abgebaut, sondern im Gegenteil erweitert werden. „Ich hoffe, betonte Finck-Krämer, „dass sich das als wahr erweist.“ *Johanna Metz*



Proteste gegen die Inhaftierung Raif Badawis (hier in London)

Vorratsdaten unerlässlich

EUROPA Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), hat sich am vergangenen Mittwoch im Europaausschuss für eine europaweit einheitliche Regelung bei der Sammlung von Fluggastdaten sowie für eine neue EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Die Kommission sollte die bestehende Rechtsunsicherheit schnellstmöglich beseitigen, betonte Schröder. Die Vorratsdatenspeicherung sei ein für die Bekämpfung des Terrorismus notwendiges Instrument und insbesondere bei der Aufdeckung terroristischer Netzwerke unerlässlich. Die rechtlichen Grundlagen und Schranken einer neuen EU-Richtlinie hätten die Urteile des Europäischen Gerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichtes eindeutig festgelegt.

Schröder zeigte sich optimistisch, dass die EU-Mitgliedstaaten sich bald auf eine Regelung zu den Fluggastdaten einigen werden. Darüber hinaus forderte er, die Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten zu intensivieren und die EU-Polizeibehörde Europol zu stärken. Außerdem müsse es systematische Kontrollen an den EU-Außengrenzen geben. Europa stehe im Fadenkreuz des Terrors, betonte Schröder. Es müsse daher Handlungsfähigkeit beweisen. *juh*

Es war ein Blitzstart: Am Sonntag vor acht Tagen wurde das Bündnis der radikalen Linken (Syriza) bei der Parlamentswahl in Griechenland stärkste Kraft (siehe „Stichwort“-Kasten). Schon am Montag verkündete die neue Regierungspartei die Bildung einer Koalition mit den rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ (Anel). Am Dienstag wurde das Kabinett vorgestellt, am Mittwoch fand die erste Regierungssitzung statt. Am Donnerstag empfing der neue Ministerpräsident Alexis Tsipras EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD), am Freitag folgte Jeroen Dijsselbloem, der niederländische Finanzminister und Chef der Euro-Gruppe.

Mit Dijsselbloem traf sich auch der neue griechische Finanzminister Giannis Varoufakis – und der ging sogleich auf harten Konfrontationskurs mit den europäischen Partnern. Nach dem Gespräch verkündete er, dass Griechenland künftig nicht mehr mit den Kontrolleuren der europäischen Geldgeber, der Troika, bestehend aus Internationalem Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission, zusammenarbeiten werde. Das aufgelegte Sparprogramm, urteilte er, sei nicht in die Tat umsetzbar. Auf ausstehende Hilfskredite in Höhe von 7,2 Milliarden Euro wolle das Land verzichten. „Wir wollen uns zusammensetzen und das ganze Programm überdenken“, erklärte Varoufakis und verlangte zugleich eine internationale Konferenz über einen (neuerlichen) Schuldenerlass für Griechenland. Dieses Ansinnen aber lehnte Dijsselbloem ab: „Es gibt bereits eine solche Konferenz und die heißt Eurogruppe“, konterte er. Die Griechen forderte er auf, ihre Zusagen einzuhalten.

Damit war nur sechs Tage nach der Wahl der erste große Krach zwischen Griechenland und den Euroländern da. Hatten Beobachter zuvor noch vermutet, dass die neue griechische Regierung zunächst um eine Verlängerung des Programms bitten werde, um mit der Troika verhandeln zu können, so wurden sie jetzt eines Besseren belehrt.

Zwar sind die beiden neuen Regierungsparteien in fast allen wichtigen politischen Fragen – etwa zur Trennung von Kirche und Staat oder zur Behandlung von Flüchtlingen – durch tiefe weltanschauliche Gräben voneinander getrennt. Doch sie eint die entschiedene Ablehnung der Spar- und Reformpolitik, an die Athen sich auf Verlangen der EU-Geldgeber schon seit Jahren halten muss und zumindest halten sollte. Aus dem Wahlkampf des neuen Finanzministers, einem parteilosen Akademiker, blieb vor allem eine in einem Interview mit einer französischen Internetzeitung gemachte Aussage in Erinnerung: „Was auch immer Deutschland macht oder sagt, es wird sowieso zahlen.“

Leere Staatskassen Sollte das Hilfsprogramm Ende Februar tatsächlich auslaufen, könnte Griechenland schon bald große Zahlungsschwierigkeiten bekommen. Tsipras hat von seinem Vorgänger Antonis Samaras und dessen Regierungspartei Nea Dimokratia leere Staatskassen geerbt. Nach der Niederlage der Nea Dimokratia bei der Europawahl im Mai 2014 gaben die Minister der Regierung Samaras, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Reformpolitik weitgehend auf. Doch die Schuldenuhr läuft weiter. Im März muss Athen dem IWF 2,5 Milliarden Euro an Krediten und Zinsen zurückzahlen. Im Juli und August werden für 6,6 Milliarden Euro griechische Staatsanleihen fällig, die von der EZB gehalten werden. 2016 sind nach jetzigem Stand sogar Forderungen von fast 22 Milliarden Euro zu begleichen.

Da die Regierung Tsipras gleichzeitig in einer ihrer ersten Amtshandlungen mit der Wiedereinstellung von Beamten begonnen und den Mindestlohn erhöht hat, stellt



Das Treffen des neuen griechischen Finanzministers Giannis Varoufakis (rechts) mit Euro-Gruppenchef Jeroen Dijsselbloem (links) endete im Eklat. Die Gräben zwischen den europäischen Gebern und dem klammen Griechenland werden tiefer.

sich umso dringlicher die Frage, wie der neue Ministerpräsident seine Politik finanzieren will. Oberstes Ziel, so bestätigen es alle Politiker von Syriza, sei eine Beendigung der Austeritätspolitik bei ausgeglichener Haushalt. Das sich daraus ergebende Dilemma hat die Wirtschaftsnachrichtengenerierung Bloomberg auf den Punkt gebracht: „Die Alternative zur Sparpolitik ist Geld, und das Geld muss von irgendwoher kommen. Genauso, wie Tsipras Schaden erlitt, wenn er versuchen wollte, mit leeren Händen zu den Griechen zurückzukehren, die ihn gewählt haben, so erging es auch Politikern in Ländern wie Deutschland, wenn sie versuchten, ihren Parlamenten und Wählern einen Schuldenschnitt zu verkaufen.“

Alte Bekannte Welchen Ausweg will Alexis Tsipras also wählen, wenn sich seine Wahlversprechen als undurchführbar erweisen? Christos Katsioulis, Leiter des Athener Büros der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, beschreibt in einer aktuellen Analyse die Gefahr, dass Tsipras „in

den dunklen Wald der Links- und Rechtspopulisten in Europa“ abdriften könnte. „Dort wird er schon sehlich erwartet: Marine Le Pen hat seinen Sieg als Anfang vom Ende Europas begrüßt. Sie wird sich freuen, ihn jetzt in Begleitung von alten Bekannten der französischen Rechtspopulisten anzutreffen.“

Varoufakis und Tsipras wollen zunächst eine „südliche Allianz“ gegen das vermeintliche „Spardiktat“ Berlins schmieden. Deshalb will der Finanzminister eine Tournee nach Paris, Rom und London antreten, um bei den Finanzministern dieser Staaten die Stimmung zu erkunden. Ein Besuch in Berlin ist nicht geplant.

Solidaritätsbekundungen kommen bereits aus einer ganz anderen Richtung: Varoufakis' russischer Amtskollege, Anton Siluanow, hat erklärt: Sollte Griechenland um Finanzhilfen bitten, werde Russland darüber nachdenken. *Michael Martens/joh*

Der Autor ist Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für die Türkei und Griechenland.

Vor die Tür gesetzt

GRIECHENLAND Die neue Regierung will nicht mehr mit der Troika kooperieren. Doch ihr geht das Geld aus

Große Mehrheit für umstrittenen Irak-Einsatz

AUSWÄRTIGES I Ausbildungsmission für kurdische Armee

Trotz rechtlicher Bedenken wird sich Deutschland im Nordirak an der Ausbildung kurdischer Soldaten für den Kampf gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) beteiligen. In namentlicher Abstimmung votierte eine große Mehrheit des Bundestags vergangenen Donnerstag für einen Antrag der Bundesregierung (18/3564), der die Entsendung von bis zu 100 Bundeswehrsoldaten ab Februar vorsieht.

Während die Bundesregierung argumentiert, „im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit“ und als Teil „der internationalen Anstrengungen im Kampf gegen die Terrororganisation ISIS“ zu handeln, hält die Opposition den Einsatz für verfassungswidrig: Die Mission finde nicht unter dem Dach der Vereinten Nationen oder im Rahmen von EU oder Nato statt, sondern in einer losen Allianz von rund 60 Staaten. Die Verankerung in einem verfassungsmäßig gebotenen „System kollektiver Sicherheit“ sei somit nicht gegeben.

Rolf Mützenich (SPD) bezeichnete den Mandatstext indes als „eine rechtlich einwandfreie Herleitung“ und verwies auf Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die den Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems bieten würden. Die deutsche Unterstützung werde zudem auf Bitten der irakischen Regierung geleistet.

Jan van Aken (Die Linke) nannte den Einsatz „politisch falsch“, weil er mit der Unterstützung der Kurden die Spaltung des Iraks vorantreibe und damit den IS letztlich stärken würde. Eine von der kurdischen Regionalregierung gewollte Abspaltung würde den kompletten Zerfall des Iraks bedeuten – „ein Desaster, von dem wir uns auf Jahre nicht erholen würden“.

Henning Otte (CDU) wertete den Einsatz als Gradmesser für die „Verlässlichkeit und die Verantwortung unseres Landes“. Es gehe um Sanitätsausbildung, Minenräumung, militärisches Know-how und die Verhinderung von Selbstmordanschlägen. „Es ist zynisch, den Menschen die Mittel zur Selbstverteidigung vorenthalten zu wollen“, sagte Otte.

Omid Nouripour (Grüne) stellte das Ansinnen nicht infrage, kritisierte jedoch den rechtlichen Rahmen des Mandats: Es formuliere kein klares Ziel und benenne nicht, wer konkret ausgebildet werden soll, zudem fehlten die Einsatzregeln für die Soldaten: „Das ist schlicht unverantwortlich“, sagte Nouripour. Keine Mehrheit fand ein Entschließungsantrag der Grünen (18/3863), in dem die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wurde, sich für die Einbindung der internationalen Bemühungen im Kampf gegen ISIS in ein UN-Mandat einzusetzen. *aha*

»Der Einsatz ist ein Gradmesser für die Verlässlichkeit unseres Landes.«

Henning Otte (CDU)

Bundeswehr bleibt an türkisch-syrischer Grenze

AUSWÄRTIGES II Bundestag verlängert »Active Fence«-Mandat

Die Patriot-Raketenabwehrsysteme der Bundeswehr werden auch weiterhin an der türkischen Grenze zu Syrien in Stellung bleiben. Der Bundestag beschloss am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung eine Fortführung der Beteiligung an der Mission „Active Fence“ unter Nato-Führung. Für den entsprechenden Regierungsantrag (18/3698, 18/3859) stimmten sämtliche anwesende Abgeordneten der Union sowie eine große Mehrheit von SPD und Grünen. Die Linksfraktion votierte geschlossen mit Nein. Katrin Kunert (Die Linke) forderte während der Debatte, die für den Einsatz eingeplanten 20,5 Millionen Euro der humanitären Hilfe in der Region zur Verfügung zu stellen. Niels Annen (SPD) betonte ebenso wie Andreas Nick (CDU), es gehe um die solidarische Hilfe für einen Nato-Partner. Zugleich übten sie jedoch Kritik an der Politik der Türkei, der sich auch Omid Nouripour (Grüne) anschloss.

Es gehe um Solidarität und die Sicherheit der Türkei, sagte Niels Annen. Der von den deutschen Patriot-Raketenabwehrsystemen gewährte Schutz helfe aber ebenso den vielen Flüchtlingen. Kritik übte Annen daran, dass die türkischen Behörden sehr wohlwollend mit ausländischen Dschihadisten umgehen würden. Weder die Einreise noch die

Ausreise der Kämpfer werde verhindert, kritisierte der SPD-Abgeordnete.

Aus Sicht von Katrin Kunert hat es weder zu Beginn des Patriot-Einsatzes Anfang 2013 eine Bedrohung für die Türkei gegeben, die den Bündnisfall gerechtfertigt habe, noch gebe es sie jetzt. „Die Türkei wird von Syrien nicht bedroht“, sagte die Linken-Abgeordnete. Die Bundesregierung riskiere mit dem Einsatz, dass Deutschland in den Konflikt hineingezogen wird. „Das lehnen wir ab“, sagte Kunert.

„Die Türkei ist weiterhin Bedrohungen ausgesetzt“, lautete hingegen die Einschätzung von Andreas Nick (CDU). Da das Land keine eigenen Fähigkeiten zur Abwehr ballistischer Raketen habe, sei es auf Unterstützung angewiesen, urteilte der Unions-Abgeordnete. Zugleich machte er deutlich, dass der Einsatz einen rein defensiven Charakter habe. „Er bedeutet keine Involvement Deutschlands oder der Nato in den syrischen Bürgerkrieg“, Omid Nouripour nannte es einen Skandal, dass verletzte Dschihadisten in türkischen Krankenhäusern „wieder fit gemacht werden für den Kampf“. Auch sei in der Türkei die Pressefreiheit inzwischen nicht mehr existent. „Über solche Missstände darf sich die Bundesregierung nicht ausschweigen“, forderte der Grünen-Abgeordnete. *Götz Hausding*

»Sie riskieren, dass Deutschland in diesen Konflikt hineingezogen wird.«

Katrin Kunert (Die Linke)

STICHWORT

Ergebnisse der Wahl am 25. Januar

> Klarer Sieger Mit 36,3 Prozent hat das „Bündnis der radikalen Linken“ (Syriza) des bisherigen Oppositionsführers Alexis Tsipras die Wahl mit Abstand gewonnen. 149 Sitze stehen der jungen Partei im neuen Parlament zu. Tsipras wurde gleich als neuer Premier vereidigt.

> Koalition Tsipras' Koalitionspartner, die rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ (Anel), kamen auf 4,7 Prozent und 13 Mandate.

> Verlierer Die bisher regierenden Konservativen von der Nea Dimokratia erreichten 27,8 Prozent (76 Sitze), ihr Junior-Koalitionspartner, die sozialistische Pasok, nur 4,7 Prozent (13 Sitze). Drittstärkste Kraft wurde die rechtsextremistische Goldene Morgenröte (6,3 Prozent, 17 Sitze).

Aufrüsten im Anti-Terrorkampf

FRANKREICH 2.700 neue Stellen will die Regierung schaffen, vor allem bei Polizei und Geheimdiensten. Kosten: 735 Millionen Euro – kein Pappenstiel für das hoch verschuldete Land

„Allgemeine Mobilisierung gegen den Terrorismus“ stand in großen Buchstaben über einem Foto von drei Soldaten mit Gewehren. Es war das Thema der Pressekonferenz, die der französische Premierminister Manuel Valls am 21. Januar im Elysée-Palast gab. Zwei Wochen nach der islamistischen Anschlagserie mit 17 Toten präsentierte die Regierung neue Maßnahmen, mit denen solche Attentate künftig verhindert werden sollen. Eines hatte Valls bereits vorab klargestellt: einen „Patriot Act“ wie in den USA, der die Bürgerrechte einschränkt, wird es in Frankreich nicht geben.

Der Sozialist war nicht alleine gekommen, um die neuen Mittel im Kampf gegen den Terrorismus vorzustellen. Hinter ihm saßen mit ernster Miene die Minister für Inneres, Justiz, Verteidigung und Außenpolitik. Sie alle wissen, dass sie vor einer großen Herausforderung stehen. „Eine Sache ist sicher: die Zahl der radikalisierten Menschen, die auf unserem Boden zur Tat schreiten können, steigt ständig“, warnte der Regierungschef.

Rund 3.000 Menschen müssen wegen terroristischer Aktivitäten überwacht werden. 1.100 neue Stellen sollen dafür in den kommenden drei Jahren allein bei den Geheimdiensten geschaffen werden. Dass es gerade an der Überwachung mutmaßlicher

Attentäter hapert, hatte Valls schon direkt nach den tödlichen Überfällen eingeräumt. So wurden die Angreifer auf die Satirezeitung „Charlie Hebdo“, die Brüder Kouachi, monatelang überwacht und abgehört, ohne dass die Beamten Hinweise auf Anschlagpläne fanden. Im Juni 2014 endete deshalb ihre Kontrolle – ein halbes Jahr vor dem Überfall. Der dritte Attentäter Amedy Coulibaly, der bei der Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt vier Menschen getötet hatte, wurde nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis im März 2014 dagegen gar nicht überwacht. Dabei hatte der 32-Jährige in Haft gesessen, weil er einem der Attentäter auf die Pariser Vorstadtbahn RER 1995 zur Flucht aus dem Gefängnis verhelfen wollte.

Eine eigene Datenbank für Entlassene, die wegen Terrorismus verurteilt wurden, soll künftig bei der Kontrolle helfen. Diejenigen, die darin aufgelistet sind, müssen regelmäßig ihre Adresse angeben und auch Auslandsaufenthalte melden. Damit Insassen wie Coulibaly nicht in der Haft zu Dschihadisten werden, wird zudem in den Gefängnissen aufgestockt. Die Zahl der muslimischen Gefängnisinsassen soll um knapp ein Drittel erhöht werden, um den Einfluss radikaler Prediger zu mindern. Auch der Gefängnis-Geheimdienst soll



Rund 3.000 Menschen müssen derzeit in Frankreich wegen terroristischer Aktivitäten überwacht werden. Die Zahl radikaler Islamisten steigt ständig.

mehr Personal bekommen. Insgesamt sind in den kommenden drei Jahren knapp 2.700 neue Stellen zur Terror-Bekämpfung geplant, die zusätzlichen Ausgaben liegen bei 735 Millionen Euro. „Diese Anstrengung ist gewaltig, aber sie ist unerlässlich, um die Sicherheit und den Schutz der Franzosen zu garantieren“, sagte Valls. Der konservativen Opposition gehen die Maßnahmen allerdings nicht weit genug.

„Die neuen Stellen auf drei Jahre zu verteilen, scheint mir ungeeignet angesichts des Ausmaßes der Bedrohung“, bemängelte der konservative Abgeordnete Eric Ciotti. Aber ein „Patriot Act à la française“, wie ihn die frühere Haushaltsministerin Valérie Pécresse gefordert hatte, geht selbst in ihrer eigenen Partei, der UMP, einigen zu weit: „Etwas überspitzt würde ich sagen, dass es nicht in Frage kommt, ein Guantanamo in

Frankreich einzurichten“, wehrte der ehemalige UMP-Innenminister Claude Guéant im Radio den Vorstoß ab.

Als „lächerlich“ kritisierte der rechtspopulistische Front National (FN) die Vorschläge von Valls. „So lange die Regierung sich weigert zuzugeben, dass der Islamismus auf unserem Boden direkt mit der Immigration zusammenhängt, solange sie die Grenzen nicht wieder einführt, so lange sie die Laschheit der Justiz nicht beendet, solange sie die Worte nicht durch Taten ersetzt, sind Frankreich und die Franzosen bedroht“, wiederholte FN-Generalsekretär Nicolas Bay die bekannten Positionen seiner Partei.

Die Nationalversammlung hatte erst im November ein neues Anti-Terror-Gesetz verabschiedet. Es sieht vor, Dschihadisten auf dem Weg in Kriegsgebiete wie Syrien die Ausreise zu verbieten. Webseiten, die den Terrorismus verherrlichen, können gesperrt werden. Ein weiteres Gesetz, das die Arbeit der Geheimdienste auf eine neue juristische Grundlage stellt, soll ab April in der Nationalversammlung beraten werden.

Den Vorschlag der UMP, Islamisten die Bürgerrechte abzuerkennen, will die Regierung zunächst prüfen lassen. Die Vorsitzenden der Justizausschüsse von Natio-

nalversammlung und Senat, Jean-Jacques Urvoas und Philippe Bas, sollen dazu in den nächsten sechs Wochen Vorschläge ausarbeiten, die dann dem Parlament vorgelegt werden. Der UMP dauert das so lang: „Sechs Wochen des Nachdenkens scheinen mir völlig unnützlich, wenn jeder damit einverstanden ist“, kritisierte Ciotti.

Nationalität entziehen? Klar ist dagegen bereits, dass Islamisten die französische Staatsbürgerschaft aberkannt werden darf, wenn sie einen Doppelpass besitzen. Der Verfassungsrat billigte die Entscheidung der Regierung, einem französisch-marokkanischen Dschihadisten die französische Nationalität zu entziehen. Im Fall der Attentäter von Paris wäre das allerdings nicht möglich gewesen: Sie hatten nur eine Staatsangehörigkeit: nämlich die französische. *Christine Longin*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.



Grüne gegen Mikroplastik

UMWELT Zahnpasten, Peelings oder Reinigungsmittel enthalten heute häufig Mikroplastikpartikel. In den Kläranlagen können sie nicht vollständig entfernt werden – sie bleiben im geklärten Wasser und gelangen auch in die Flüsse oder ins Meer. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt nun verhindern. In einem Antrag (18/3734), den der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung behandelt hat, fordert sie die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass ungebundene Mikroplastikpartikel geregelt entsorgt werden. Außerdem soll sie den Ausstieg aus der Verwendung von Mikroplastikpartikeln in Kosmetika und Reinigungsmitteln unterstützen und die Auswirkungen von Mikroplastik auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit intensiver erforschen. Die Grünen fürchten, dass die Partikel in der Umwelt noch jahrzehntelang ihre Wirkung entfalten. So zeigten Studienergebnisse, dass Meerestiere nach der Aufnahme von Mikroplastik verendeten. Die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit seien bisher kaum bekannt. *joh*

Freie Hand bei Nachtzügen

VERKEHR Die Deutsche Bahn AG muss ihren Rückzug bei Nacht- und Autoreisezügen nicht stoppen. Einen Antrag der Fraktion Die Linke (18/2494) lehnte der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur vergangene Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gegen das Votum der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ab. In dem Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, im Aufsichtsrat des Unternehmens darauf hinzuwirken, dass die angekündigten und im vergangenen Jahr bereits vollzogenen Einstellungen von Nacht- und Autoreisezugverkehren zurückgenommen werden und ein zweijähriges Moratorium beschlossen wird. Die Koalition begründete ihre Ablehnung vor allem damit, dass Teile der Forderungen bereits erfüllt seien und verwies auf das Aktienrecht, nach dem der Vorstand einer Aktiengesellschaft eigenverantwortlich handelt. Die Opposition wies vor allem darauf hin, dass die Auslastung der Nachtzüge ein Hinweis darauf sei, dass es für diese umweltfreundliche Reisemöglichkeit einen Bedarf gebe. *mik*

Linken-Vorstoß abgelehnt

HAUSHALT Der Verkauf der Bundesliegenschaften muss nicht reformiert werden. Einen Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke (18/2882) lehnte der Haushaltsausschuss vergangene Woche mit den Stimmen der Koalition ab. Die Linke fordert dabei die Einführung einer Ausnahmevorschrift, die einen Verkauf von bundeseigenen Grundstücken abweichend vom Vollwert-beziehungsweise Höchstpreisverfahren ermöglicht. Seit Jahren würde sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschärfen, heißt es zur Begründung. Deshalb komme dem im Bundesbesitz befindlichen Grundstücks- und Wohnungsbestand eine wichtige Steuerungsfunktion zu. Der Ausschuss lehnte ebenfalls einen Antrag der Grünen (18/3044) dazu ab. Darin fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, eine nachhaltige Liegenschaftspolitik für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu etablieren und mit der Aufnahme von Flüchtlingen in BImA-Liegenschaften die Kommunen und Länder zu unterstützen. *mik*

Besserer Schutz für Versicherte

FINANZEN Die Finanzaufsicht über Versicherungen wird verbessert. Der Finanzausschuss billigte in der vergangenen Woche den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen (18/2956, 18/3252), mit dem die Aufsicht über die Versicherungen gestärkt und dem Aufbau von Risiken im Bereich der Versicherungsunternehmen frühzeitig entgegen gewirkt werden soll. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD stimmten für den Entwurf, die Linksfraktion war dagegen. Die Grünen enthielten sich. *hle*



In der Wirtschaft läuft es rund. Auch der Haus- und Wohnungsbau hat derzeit in Deutschland Konjunktur.

© picture-alliance/dpa/Collage: Stephan Roters

Gut in Fahrt

WIRTSCHAFT I Niedriger Ölpreis und gesunkener Euro-Kurs bringen die Konjunktur in Schwung

Die Wirtschaft in Deutschland ist gut in Fahrt. Beschäftigungsrekord und geringe Arbeitslosigkeit sind die zentralen Botschaften des neuen Jahreswirtschaftsberichts 2015 (18/3840). Hinzu tritt, wie der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Hubertus Heil, in der Aussprache des Bundestages am Donnerstag formulierte, „das Glück des Tüchtigen“. Denn der niedrige Ölpreis und der schwache Kurs der Euro-Währung stimulieren die Wirtschaft zusätzlich. Die Opposition sah die Lage dagegen nicht so glanzvoll und verwies auf zu niedrige Löhne und zu geringe Investitionen. Erfreut zeigte sich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) bei der Vorstellung des Berichts über den stabilen industriellen Kern: „Während andere Länder über Reindustrialisierung diskutieren müssen, ist das Gott sei Dank in Deutschland nicht notwendig.“ Das Wachstum werde aktuell von einer starken Binnenkonjunktur getragen. Gabriel verwies auf die spürbar steigenden privaten Einkommen, wozu gute Tarifabschlüsse, der Mindestlohn und die Rentenreform ihren Beitrag leisten würden. So richtig viele Reformen der Agenda 2010 gewesen seien,

„die Entwicklung des Niedriglohnssektors ist eindeutig zu weit gegangen“, sagte Gabriel. Wenn Menschen in qualifizierten Berufen mit 1.200 Euro brutto auskommen sollen und Rentnern nach 40 Arbeitsjahren das Rentenniveau der Sozialhilfe erreichen, „dann spaltet das die Gesellschaft“, warnte Gabriel, der die Einführung des Mindestlohns verteidigte und Kritikern an den bürokratischen Pflichten riet, erst einmal abzuwarten.

»Ein großer Teil der Menschen ist von der Entwicklung abgehängt.«
Klaus Ernst (Linke)

Nationalismus Zur Lage nach den Wahlen in Griechenland sagte Gabriel, er hoffe sehr, „dass es der neuen Regierung gelingt, das System von Korruption, persönlicher Bereicherung und Vorteilsnahme, das sich ungeachtet der Reformprogramme hartnäckig hält, zu zerstören“. Griechenland habe Fortschritte gemacht, aber geben das, was Griechenland zu schultern gehabt habe und jetzt schultern müsse, sei die deutsche Agenda 2010 ein „laues Lüftchen“ gewesen. Allerdings kritisierte Gabriel auch die Zusammensetzung der neuen Regierung in Athen, der er eine „Rückkehr zum Nationalismus“ bescheinigte. Auf Deutschland übertragen entspräche die Koalition in Athen einem Bündnis von Linkspartei und Alternative für Deutschland (AfD). Gabriel bezeichnete den Ver-

bleib Griechenlands im Euro-Raum als alternativlos, „gleichzeitig aber erwarten wir, dass die neue griechische Regierung ihre Verpflichtungen einhält“. Die Bemerkung des Ministers zu Griechenland wollte Klaus Ernst (Linke) nicht auf sich beruhen lassen. Es seien die Partnerparteien der deutschen Koalitionsparteien, die sozialistische Pasok und die konservative Nea Demokratia gewesen, „die diesen Sausall verursacht haben“. Die neue Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras wolle „die Verhältnisse wieder vom Kopf auf die Beine stellen“. Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland verwies Ernst auf die unterschiedliche Entwicklung der Einkommen. Zwischen 2000 und 2013 seien die Unternehmensinkommen um ein Viertel gestiegen, die Löhne jedoch real um 3,1 Prozent gesunken. „Die Menschen nehmen nicht mehr gleich an der wirtschaftlichen Entwicklung teil, sondern ein großer Teil ist abgehängt“, warnte Ernst. Auch die Renten seien von 2000 bis 2013 real um 19 Prozent gesunken. Ernst warf der CDU/CSU-Fraktion vor, schon kurz nach Verabschiedung des Mindestlohngesetz zu sabotieren. Er verlangte außerdem mehr Investitionen. Das Investitionsdefizit betrage über eine Billion Euro.

Michael Fuchs (CDU) verwies auf die mit 6,7 Prozent besonders niedrige Arbeitslosigkeit in Deutschland. In vielen Regionen gebe es gar keine Jugendarbeitslosigkeit mehr. Das zeigt: „Wir haben Wirtschaftspolitik richtig betrieben“. Aber die gute Entwicklung sei kein Automatismus, sagte Fuchs, der kritisch anmerkte, im letzten Jahr sei etwas zu viel über Verteilungsungerechtigkeit gesprochen worden. Fuchs verlangte auch eine Deckelung der im Vergleich mit anderen Ländern hohen Energiekosten: „Es ist allerhöchste Zeit.“

»Klimaschutz ist ein Chancenfaktor und kein Kostenfaktor.«
Kerstin Andreae (Grüne)

Spatenstich-Politik Kerstin Andreae (Grüne) vermisste die ökologische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik und Investitionen. Gabriel präsentiere im Jahreswirtschaftsbericht „aufgewärmten Kaffee“ und setze die „Spatenstich-Politik“. Ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen wurde das Jahresgutachten 2014/15 zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (18/3265). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatte sich darin unzufrieden über die Politik der Bundesregierung geäußert und zum Beispiel einen Abbau der Kalten Progression bei der Einkommensteuer verlangt. Angesichts der sich verschlechternden konjunkturellen Lage erwartete der Sachverständigenrat für 2015 ein durchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von nur 1,0 Prozent. *Hans-Jürgen Leersch*

Die Energiewende bleibt eine Mammutaufgabe

WIRTSCHAFT II Stromnetze gelten als Achillesferse für eine zuverlässige Stromversorgung. Kraft-Wärme-Kopplung in Not

Der niedrige Ölpreis freut nicht nur Autofahrer und Mieter. Er ist laut dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht 2015 ein wichtiger Konjunkturmotor und sorgt für eine moderate Preisentwicklung. Doch konterkariert der Ölpreisanstieg nicht die Energiewende, Jobs und Investments in der Erneuerbare-Energien-Branche sowie den Klimaschutz? Welche Herausforderungen bringt dies für den postulierten Anspruch, „die Energiewende zum ökologischen und ökonomischen Erfolg zu führen“? Dieser Aspekt bleibt in dem gleichnamigen Kapitel zur Energiewende weitgehend ausgeklammert. Doch klar wird, dass das „Generationenprojekt einer umfassenden Umgestaltung der deutschen Energieversorgung“ eine politische Mammutaufgabe bleibt.

Marktintegration Mit dem in 2014 reformierten Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sei die Grundlage geschaffen worden, die erneuerbaren Energien effizient und marktgerecht auszubauen. Mit den im Februar startenden Pilotausschreibungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen würde diese Marktintegration nun weitergeführt. Ab Ende 2016 soll die Förderhöhe für alle erneuerbaren Technologien durch Ausschreibungen ermittelt werden.

Entscheidende Weichen für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit sollen in diesem Jahr mit einem neuen Strommarktdesign geschaffen werden. Denn mit dem Ausstieg aus zentralen, regelbaren Atom- und Kohlekraftwerken und einer zunehmend dezentralen Stromversorgung, vor allem aus fluktuierenden Wind- und Solarstromanlagen stellen sich hier neue Herausforderungen. Bis Anfang März laufen derzeit noch die öffentlichen Anhörungen zu einem Grün-

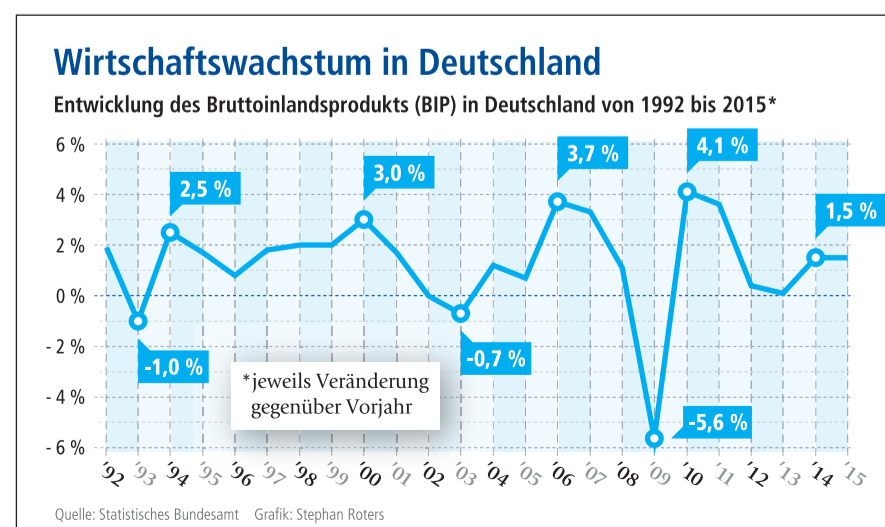
buch „Ein Strommarkt für die Energiewende“, das verschiedene Optionen aufzeigt. Im Mai soll ein Weißbuch folgen, als Grundlage für den weiteren Gesetzgebungsprozess. Neben einem neuen Marktdesign gelten die „Stromnetze als Achillesferse einer erfolgreichen Energiewende“. Gilt es doch, vor allem große Mengen Windstrom vom Norden in den verbrauchsstarken Süden der Republik zu transportieren. Die gesetzlichen Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Übertra-

gungnetze seien geschaffen worden, nun sei vor allem „eine stabile Unterstützung durch alle politischen Akteure gefordert“, heißt es in dem Bericht. Um verstärkte Investitionen in die Verteilernetze anzureizen und diese fit für die Energiewende zu machen, will die Regierung im Frühjahr eine Novelle der Anreizregulierungsverordnung vorlegen. Außerdem werden Verordnungen zum Einsatz intelligenter Messsysteme vorbereitet.

Baustein Energieeffizienz „Energie effizienter zu nutzen, ist ein weiterer zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende“, unterstreicht der Bericht. Als Rahmen für die laufende Legislaturperiode beschloss die Bundesregierung im Dezember den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE), der ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorsieht. Diese gelte es nun umzusetzen, so die Einführung von wettbewerblichen Ausschreibungen für Energieeffizienz, die Erhöhung des Förderumfanges für die Gebäudesanierung oder die gesetzliche Verpflichtung großer Unternehmen zur Durchführung von Energieaudits. Eine ambitionierte europäische und internationale Klima- und Energiepolitik hat für die Bundesregierung in diesem Jahr „hohe politische Priorität“, heißt es in dem Bericht. Sie möchte die laufende C7-Präsidentschaft da-

zu nutzen, um im Dezember bei der UN-Konferenz in Paris ein „ambitioniertes und verbindliches“ weltweites Klimaschutzabkommen auf den Weg zu bringen. Zudem soll die Reform des europäischen Emissionshandelssystems „rasch und strukturell“ angegangen werden. Denn die derzeit sehr niedrigen Preise für CO₂-Zertifikate setzen keine „hinreichenden Anreize für Investitionen in emissionsarme Technologien“. Deshalb setzte sich Deutschland dafür ein, dass die von Brüssel vorgeschlagene Marktstabilitätsreserve im Emissionshandel bereits 2017 gestartet wird. Allein die Umsetzung der in dem Bericht genannten Maßnahmen zur erfolgreichen Weiterentwicklung der Energiewende ist also anspruchsvoll. Was allerdings, neben den ausgeklammerten Effekten eines niedrigen Ölpreises, nur ganz am Rande erwähnt wird, ist das Potenzial und die notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Denn diese Effizienztechnologie steht aufgrund der niedrigen Großhandelsstrompreise so stark unter Druck, dass sich der Betrieb vor allem von hocheffizienten gasbetriebenen KWK-Anlagen derzeit nicht mehr rechnet. *Hans-Christoph Neidlein*

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Luxusgut Wohnung

BAUEN Die Linke will gegen explodierende Mietpreise vorgehen und mehr Sozialwohnungen schaffen. Die Koalition verweist auf die Zuständigkeit der Länder

Wohnungsbewerber in München: Zwölf Euro Kaltmiete muss ein Mieter in der Landeshauptstadt derzeit durchschnittlich pro Quadratmeter zahlen.

© picture-alliance/Sueddeutsche Zeitung Photo

In Deutschland geht es bergauf – mit den Mieten. In den Innenstädten von Hamburg, München oder Berlin eine bezahlbare Wohnung zu finden, kommt für Geringverdiener, Familien oder Rentner inzwischen einem Lottogewinn gleich. Auch sinkt die Zahl der Sozialwohnungen für finanzschwache Haushalte seit Jahren beträchtlich (siehe „Stichwort“ Kasten). Die Folge: Ganze Bevölkerungsschichten werden aus den Innenstädten verdrängt. Zudem ist die Zahl der Wohnungslosen in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen – zwischen 2010 und 2012 laut einer Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe um 15 Prozent. Wohnen, konstatiert die Fraktion Die Linke, ist für viele heute ein „Armutrisiko“. In zwei Anträgen (18/3744, 18/506) drängt sie daher auf Maßnahmen gegen die explodierenden Kosten. So soll der Bund seine Hilfen für die Bundesländer von derzeit 518 Millionen Euro jährlich auf 700 Millionen Euro erhöhen, damit 150.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr entstehen können. Die Mittel sollten auch über das Stichtag 2019 hinaus gewährt werden. Bundeseigene Immobilien sollen nach dem Willen der Linksfraktion zudem künftig nicht mehr zu Höchstpreisen an überwiegend private Investoren verkauft werden. „Es braucht eine wirkliche wohnungspolitische Offensive“, forderte die bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heidrun Bluhm, am Donnerstag in der Bundestagsdebatte zum Thema. Bezahlbare, barrierearme, kinder- und altersgerechte Wohnungen fehlten „massenhaft“. Zwar habe die Große Koalition die „Wie-

derbelebung des sozialen Wohnungsbaus“ in ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Doch habe der Bund die Höhe der Zahlungen an die Länder seit 2006 nicht erhöht. Zudem würden die Mittel ohne soziale Zweckbindung überwiesen. „Das ist keine Wiederbelebung, sondern allenfalls die Notbeatmung des Patienten sozialer Wohnungsbau, um ihm vor dem Tode zu retten“, urteilte Bluhm. Mit Blick auf die von der Bundesregierung geplante Mietpreisbremse drängte Bluhm zur Eile. Vermieter nutzten derzeit „jede Gelegenheit, um Mieterhöhungsmöglichkeiten auszuschöpfen, bevor das Gesetz kommt“, warnte sie.

»Längst aktiv« Den Antrag ihrer Fraktion zum sozialen Wohnungsbau (18/506) lehnte der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalitionen in dritter Lesung ab. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich. Den zweiten Antrag (18/3744), der auf eine sozialere Wohnungswirtschaft abzielt, überwiegt das Plenum zur Beratung an den zuständigen Umwelt- und Bauausschuss. »Die Große Koalition ist längst aktiv geworden«, entgegnete Kai Wegner (CDU) auf die Forderungen der Linksfraktion. Sie habe nicht nur die Mietpreisbremse und das Programm für altersgerechtes Wohnen, sondern auch das »Bündnis für bezahlbares Wohnen« auf den Weg gebracht. Ziel dieses Bündnisses sei es, die unterschiedlichen Akteure auf dem Bau- und Wohnungsmarkt – private Investoren, Bund, Länder und Kommunen – an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam Lösungen für die Probleme zu finden. Dies sei notwendig, betonte Wegner, schließlich seien dem

Bund gerade beim sozialen Wohnungsbau die Hände gebunden: Denn seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 liege dieser Bereich allein in der Verantwortung der Bundesländer. Dass die ihrer Verantwortung offenbar nicht immer gerecht werden, ließ Wegner aber auch durchblicken. »Es würde sehr helfen, wenn die Bundesmittel auch tatsächlich für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden würden«, mahnte er und fügte verärgert hinzu: »Es kann doch nicht sein, dass die Gelder in den Länderhaushalten versickern.« Auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Florian Pronold (SPD), sprach von einem »völlig unterschiedlichen Umgang der Länder« mit den Bundesmitteln und plädierte für die Einführung einer sozialen Zweckbin-

dung. Allerdings habe der Bund kein Druckmittel gegenüber den Ländern. Er könne »lediglich an ihre Einsicht appellieren«. Pronold vertrat die Ansicht, dass die Große Koalition das Thema bezahlbares Wohnen im Koalitionsvertrag so stark gemacht habe, »wie lange keine Regierung vor ihr«. Das Thema beschäftige die Menschen in Deutschland schließlich sehr. Er sprach sich dafür aus, kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften zu stärken. Weil sie, anders als private Investoren, auch die Gemeinnützigkeit im Hinterkopf hätten, würden sie günstigere Mieten gewährleisten. Die gleiche Forderung erhob Christian Kühn von der Grünen-Fraktion. »Wir brauchen Akteure auf dem Wohnungsmarkt, die keine reine Renditelogik haben«, betonte er. Statt wie die Linksfraktion vor allem mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau zu fordern, müsse eine Debatte darüber in Gang gesetzt werden, wie wieder mehr Gemeinnützigkeit in die Wohnungswirtschaft gebracht werden könne. Die Bundesregierung kritisierte Kühn, wie zuvor schon Heidrun Bluhm, für die seiner Ansicht nach viel zu langsame Umsetzung der Mietpreisbremse. Es sei ein »Ammenmärchen«, den Wählern zu erzählen, sie würde bis zum Sommer in Kraft treten. Schließlich seien die Hürden für die Umsetzung in den Bundesländern hoch. Es gebe außerdem viele Schlupflöcher und Ausnahmeregelungen. »Mit dieser Mietpreisbremse sind die wohnungs- und sozialpolitischen Herausforderungen nicht zu bewältigen«, konstatierte Kühn, und warnte: »Woche für Woche geht mehr bezahlbarer Wohnraum verloren.« Johanna Metz

> STICHWORT

Mangelware Sozialwohnungen

> Rückgang Gab es Ende der 1980er Jahre rund vier Millionen Sozialwohnungen in Deutschland, sind es heute nur noch 1,5 Millionen. Nur 11.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr entstehen derzeit. Gleichzeitig läuft jedes Jahr die Mietpreisbindung für über 100.000 dieser Wohnungen aus.

> Förderung Die Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau liegt seit der Föderalismusreform 2006 bei den Ländern. Der Bund unterstützt sie noch bis 2019 mit Kompensationszahlungen in Höhe von 518,2 Millionen Euro jährlich.

Das Ersparte bleibt sicher

FINANZEN I Der Einlagenschutz wird noch verbessert

Die Finanzmarktregulierung ist seit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank 2008, der das Weltfinanzsystem erschütterte, eine Daueraufgabe. Die Finanzmarktakteure sind hochgradig nervös, wie die starken Kursausschläge nach oben und unten zeigen, und die Sparer sind trotz aller Garantien verunsichert. Die Stellung der Sparer soll aber weiter gestärkt, der Schutz ihrer Vermögen verbessert werden. »Es geht darum, dass in Zukunft – ganz gleich, was in Europa passiert – die Sparer nicht in Schlangen vor den Banken stehen müssen«, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Michael Meister (CDU) am Donnerstag im Bundestag. Meister stellte den von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (18/3786) vor, der vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Damit sollen die Sparer besser geschützt werden und nach Zusammenbrüchen von Banken schneller als bisher an ihr Geld kommen. Im Entschädigungsfall sollen Spareinlagen innerhalb von sieben Tagen ausgezahlt werden. Bisher betrug diese Frist 20 Tage. Auch der Anlegerschutz wird in einigen Fällen über die Grenze von 100.000 Euro pro Institut ausgeweitet. So sind Gelder für einen Zeitraum von sechs Monaten nach Einzahlung über einen Betrag in Höhe von 100.000 Euro hinaus geschützt, soweit die Einzahlung mit bestimmten Lebensereignissen zusammenhängt. Genannt werden etwa der Verkauf einer Privatimmobilie

oder Auszahlungen aus Ansprüchen aus dem Sozialgesetzbuch. Meister sagte, es sei gelungen, in Europa gemeinsame Regeln für die Einlagensicherung zu schaffen, aber eine gemeinsame Haftung zu vermeiden. Axel Troost (Linke) forderte, dass große Krisen verhindert werden müssten. »Man muss das Finanzsystem so krisensicher machen, dass Massenpanik verhindert werden kann.« Die beste Einlagensicherung sei, ein Finanzsystem zu schaffen, »dass Banken davor bewahrt, nur aus Renditegier auf den Abgrund hin zu spekulieren«. Außerdem müssten die großen Banken wie die Deutsche Bank verkleinert werden, »sonst sind wir als Tiger losgesprungen und als Bettvorleger angekommen«. Manfred Zöllmer (SPD) sagte, in Deutschland gebe es Kunden-Einlagen von 2,9 Billionen Euro. Die jetzt geplanten Maßnahmen seien eine gute Nachricht für alle Sparer: »Sie können sich auf die Sicherheit ihrer Einlagen bei deutschen Banken verlassen.« Alexander Radwan (CSU) sagte, jetzt gehe es um den letzten Baustein der Bankenunion. Er begrüßte, dass es keine grenzüberschreitende Haftung gebe. Jeder Staat habe hier selbst Verantwortung für seine Banken. Gerhard Schick (Grüne) sagte, es sei in den letzten Jahren deutlich geworden, dass es in der Währungsunion unterschiedliches Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Bankensystems gebe. Ein Wettbewerb der Sicherungssysteme in Europa werde jetzt aber durch eine einheitliche Regelung unterbunden, auch wenn es kein gemeinsames System wie zum Beispiel in den USA gebe. Hans-Jürgen Leersch

»Sparer sollen nicht in Schlangen vor Banken stehen müssen.«

Michael Meister (CDU)

Hilfe mit Nebenwirkungen

FINANZEN II EZB-Kaufprogramm bringt auch Chancen

Nickelig die einen, die Grünen: Sie fragten am Donnerstag im Bundestag nach der »Haltung der Bundesregierung zum EZB-Anleiheaufkaufprogramm« – wohl wissend, dass die Regierung grüdnlich sauer ist, aber ihrem Unmut öffentlich keineswegs Luft machen darf. Ostwestfälischbauernschlau der andere, der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Steffen Kampeter (CDU): Er verteidigte zwar wortstark das »hohe Gut« der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB), deutete aber doch Kritik an mit dem dezenten Hinweis: »Die Unabhängigkeit endet nicht da, wo man einer Entscheidung der Institution zustimmt oder ihr nicht zustimmt.« Doch das war ohnehin nur der Auftakt einer handfesten kontroversen Debatte. Gerhard Schick (Grüne) stellte sich einerseits auf die EZB-Seite. Ihr sei gar nichts anderes übrig geblieben, als »dringend etwas zu tun«. Allerdings hätten ihre Maßnahmen »problematische Nebenwirkungen« wie stark steigende Aktienkurse, die zu »neuen Blasen« führen könnten. Andererseits: Die Regierungen hätten Investitionen anregen müssen. Die Bundesregierung betreibe aber eine »kurzsichtige Sparpolitik«. Wer sich jetzt über die EZB ärgere, solle seinen Protestbrief »nicht nach Frankfurt, sondern nach Berlin ans Bundeskanzleramt« schicken. Kampeter entgegnete, verstärkte Investitionen seien doch erklärtes Ziel der Bundesregierung: »Dazu bedarf es keine Mahnung der Opposition.« Michael Schlecht (Linke) sah die EZB auf »intellektuell höherem Niveau als den Staatssekretär«. Der habe zur Deflation

»kein einziges Wort« gesagt. Doch die »tendenziell sinkenden Preise, auch wenn man das Öl herausrechnet«, ließen im Euro-Raum »die Wirtschaft einbrechen« und verschärften damit die Misere. Der »Hoffnung« der EZB – »Banken schwimmen in Geld, Nachfrage steigt, alles wird gut« – mochte sich Schlecht nicht anschließen. Vielmehr machten die nun steigenden Aktienkurse nur »ein paar Banken und Spekulanten reicher«. Carsten Schneider (SPD) stufte EZB-Schelte aus Deutschland als »ungerecht« ein. Die Bank habe doch »immer wieder Kohlen aus dem Feuer geholt« und die »Spekulationen gegen Staaten gestoppt«. Jetzt nicht zu handeln, sei für die EZB keine Option gewesen. Er erwarte, dass die Banken nun ihre Aufgaben erfüllen und Kredite vergeben, damit investiert wird. Schneider wandte sich dagegen, »nur den Sparer in den Mittelpunkt« zu stellen und nicht Zukunftsinvestitionen in den Blick zu nehmen: Die Gründung von Firmen sei einfacher geworden, Familien könnten sich Häuser bauen: »Das sind Chancen.« Man dürfe »nicht nur Gefahren an die Wand malen«. Norbert Barthle (CDU) trieb die Sorge um, dass manche Staaten lieber das billige Geld kassieren als notwendige Strukturformen weiter zu betreiben. In Deutschland habe die Regierung »wirtschaftliche Spielräume durch konsolidierte Haushalte« geschaffen. Über die aktuelle Debatte in Griechenland wundere er sich schon, meinte Barthle. Für ihn stehe außer Frage, dass die Bedingungen für das zweite Hilfsprogramm eingehalten werden. Franz Ludwig Averdunk

»Wer sich über die EZB ärgert, sollte dem Kanzleramt seinen Protest schicken.«

Gerhard Schick (Grüne)

Mehr Geld für den Personennahverkehr

VERKEHR Gesetzentwürfe von Regierung und Bundesrat zu den Regionalisierungsmitteln

Zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sollen die Länder in diesem Jahr insgesamt einen Betrag von 7,41 Milliarden Euro erhalten. Dies sieht der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsmittelgesetzes (18/3785) vor, der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Das aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes stammende Geld sollen die Länder insbesondere zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) verwenden. Die Zuweisung an die Länder soll mit 1,5 Prozent dynamisiert werden. Damit werde der Gesetzauftrag während der Beratungen für die zukünftigen Regionalisierungsmittel gewährleistet. »Wie und in welcher Höhe der Bund die Länder ab 2016 finanziell unterstützen wird, bleibt den weiteren Verhandlungen

vorbehalten«, schreibt die Bundesregierung. Zu den Auswirkungen des Gesetzentwurfs heißt es, die Verbesserung der Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs bewirke eine Stärkung des umweltfreundlichen Verkehrsträgers Schiene. Außerdem werde die Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene verbessert. »Die Stärkung des SPNV wird eine Verlagerung von Verkehr auf die Schiene bewirken, wodurch Umweltschutz und Klimaschutz gefördert werden.« Der Bundesrat fordert dagegen in seinem Gesetzentwurf (18/3563) für dieses Jahr Bundesmittel in Höhe von 8,5 Milliarden Euro und eine anschließende jährliche Dynamisierungsrate von zwei Prozent. Zudem soll der Bund das Risiko von Steigerungen der Stations- und Trassenpreise über die Dynamisierungsrate übernehmen. Außerdem soll durch den Gesetzent-

wurf die horizontale Verteilung der Mittel zwischen den Ländern festgelegt und der Ausgleich der horizontalen Belastungsänderungen zwischen den Ländern geregelt werden. Die Übertragung der Aufgaben des Nahverkehrs auf die Länder bei der Bahnreform ist Teil einer Erfolgsgeschichte, schreibt der Bundesrat zur Begründung. Dadurch sei die Zahl der Fahrgäste in Bahnen und Bussen deutlich gestiegen. Um diese Erfolge fortzusetzen, bedürfe es einer leistungsge rechten Ausstattung der Länder und Aufgabenträger. Michael Klein

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Auswärtiges Amt

Ausstellung im Lichthof des Auswärtigen Amts

29.2.–2.4.2015

Montag–Freitag
10:00–19:00 Uhr

Eintritt frei

Werderscher Markt 1
10117 Berlin

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

DER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

EINE AUSSTELLUNG DER BUNDESSTIFTUNG ZUR AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR UND DES AUSWÄRTIGEN AMTS

AUFGEKEHRT

Als die Erde still stand

Früher haben wir ja gedacht, der Weltuntergang kommt so mit Krawumm, von oben, Bombe, Meteorit, irgendwas Hartes, Großes, Fieses. Na ja, das war unter uns ehemaligen Offlinern. Mittlerweile sind wir ja alle glücklich verkabelt und haben so weit alles im Griff: Handy immer dabei, 30 Grad Nackensteife, kurz mal für ein paar Stunden Mails checken, bisschen spielen, WhatsApp... was wollt ich noch gleich sagen?

Ach ja, Weltuntergang. Das war neulich, Dreiviertelstunde nur, aber eine echte Grenzerfahrung. „Facebook und Instagram in vielen Weltregionen zeitweise nicht erreichbar.“ WELTREGIONEN! Saubleres Gefühl im Magen, echte Krise sozusagen.

So ein Weltregionen-Weltuntergang hinterlässt ja Spuren. Was macht SPD-Chef Sigi Gabriel, wenn er auf Facebook nicht mehr aktuell darlegen kann, warum er zur Pegida-Sprechstunde hin ist oder der Edathy nicht mehr seine Unschuld in die Weltregionen befördert? Überhaupt, ein Leben ohne Facebook ist doch wie Bundestag ohne Plenarsaal. Ist aber auch quasi eine ganz neue Erfahrung, wenn das Kabel mal ab ist. Mutmaßte einer gleich via Twitter, das noch funktionierte: „Viele Schüler sehen jetzt zum ersten mal hoch und stellen fest, wie ihre Lehrer tatsächlich aussehen.“ Ja gut, wer will schon so genau wissen, wie Lehrer aussehen. Aber krass, ein anderer, quasi klare Kante im Büro: „Hab mich gerade schon gewundert, warum die Kollegin arbeitet, bis ich gemerkt habe, dass Facebook nicht geht.“ Das ist fies, oder? Jetzt Erleichterung, weil, wie die FAZ schreibt, der Ausfall bringt nur Gutes: Mehr Produktivität und steigende Geburtenraten. Durchatmen, Leute! *Claus Peter Kosfeld*

VOR 25 JAHREN...

Ein Ausschuss der Einheit

7.2.1990: Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ „Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr.“ Was als Ankündigung auf Plakaten der DDR-Bürger zu lesen war, wurde Anfang 1990 Realität. Die desolatte wirtschaftliche Lage der DDR und die steigende Übersiedlerzahl von Ost nach West bestimmten in diesen Tagen die politische Diskussion. Ob es tatsächlich



Horst Teltschik 1998

zu einer Wiedervereinigung kommen sollte, war indes noch unklar. Ein wichtiger Schritt dorthin wurde am 7. Februar 1990 getan: Die Bundesregierung bildete damals den Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ – und fasste eine weitreichende Entscheidung. Unter Vorsitz von Kanzler Helmut Kohl (CDU) richtete der Ausschuss sechs Arbeitsgruppen ein, die sich mit Themen wie der Angleichung der Arbeits- und Sozialordnung oder der Staatsstrukturen befassen sollten. Besondere Bedeutung hatte jedoch die Arbeitsgruppe „Schaffung einer Währungsunion, Finanzfragen“. Noch am Tag der konstituierenden Sitzung beschloss die Regierung im Beisein von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, der DDR unverzüglich Verhandlungen über eine Währungsunion anzubieten. Die Eile begründete Vizekanzler Horst Teltschik (CDU) mit dem anhaltenden Strom an Übersiedlern – und nahm dabei Bezug auf deren Transparente: „Wenn wir nicht wollen, dass sie zur D-Mark kommen, muss die D-Mark zu den Menschen gehen.“ Die D-Mark wurde am 1. Juli 1990 in der DDR eingeführt. Im Januar 1991 wurde der Kabinettsausschuss aufgelöst.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: PLANSPIEL IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Diskutieren, ausarbeiten, abstimmen – beim Planspiel des Deutschen Bundestages lernen die Schüler, wie Politik funktioniert.

© Deutscher Bundestag/ Inga Haar

Wenn der Frieden in der Koalition bricht

„Wer stimmt für den Änderungsantrag?“, fragt Volker Wagner. Auf der rechten Seite des Raumes heben sie die Hände. „Wer stimmt gegen den Änderungsantrag?“ Etwa zwei Drittel im Raum heben die Hände, von der Mitte bis ganz nach links. Wagner guckt verwundert in die Runde. Zu den Koalitionsfraktionen sagt er: „Ihr habt einen Änderungsantrag in das Plenum gebracht, bei dem ihr nicht mal in euren eigenen Reihen die Mehrheit habt?“

Seit neun Uhr morgens sind die Schüler der Berliner Clay-Schule in den Räumen des Paul-Löbe-Hauses, dort, wo in Sitzungswochen die Ausschüsse des Deutschen Bundestages tagen. Sie sind hier, um Parlament zu spielen. Dafür schlüpfen sie in die Rollen von Abgeordneten. Diese elf Jahre organisiert der Besucherdienst des Bundestages das Planspiel. Seitdem haben etwa 35.000 Schüler daran teilgenommen. Wagner, der gemeinsam mit Reinhard Steinhausen die Parlamentssimulation leitet, hängt vor die Räume Schilder, auf denen ungewöhnliche Abkürzungen stehen: CVP, AFP, ÖPD oder PSG. Die Schüler-Fraktionen sollen nicht mit den echten Fraktionen verwechselt werden. Ansonsten versucht der Besucherdienst, das Planspiel möglichst realistisch zu gestalten.

Das geht schon beim Thema los: Die Zwölfklassler beraten über einen Gesetzesvorschlag der Regierung, der die Anonymisierung von Bewerbungen auf ausgeschriebene Stellen des Bundes vorsieht. Nationalität, Geburtsort, Geburtsdatum und das Lichtbild sollen nicht mehr in den Bewerbungen auftauchen. Jeder Schüler wird einer Fraktion zugelost, streng nach den realen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag. „Sie werden mit Mitschülern eine Fraktion bilden, mit denen Sie normalerweise keine Schulhofzigarette teilen würden“, sagt Wagner.

In dem Ausschuss Arbeit und Soziales fordern die Abgeordneten der grünen ÖPS, auch den Name des Bewerbers und seine Adresse zu anonymisieren. Diese Daten könnten Rückschlüsse auf die soziale Herkunft des Bewerbers ermöglichen. Auch das Geschlecht soll raus aus den Bewerbungen. Die Abgeordneten der stärksten Fraktion, der CVP, sind sich nicht einig. „Dann geht halt alles weg aus der Bewerbung“, sagt Ali Erkan von der CVP. „Unterstützen wir doch einfach den Arbeitnehmer.“ So fließen alle Oppositionsforderungen in die Beschlussempfehlung des federführenden Innenausschusses. Das gefällt nicht allen aus der konservativen CVP. Per Änderungsantrag versucht

die Fraktion, wenigstens die Geschlechteranonymisierung noch zu verhindern. Doch ihr Koalitionspartner, die Arbeiterpartei APD, stellt sich quer. Es wird hektisch. Die Fraktionsvorsitzende der APD will den Koalitionsfrieden retten und spricht sich schließlich für den Änderungsantrag aus. Im Plenum ist es mit dem Koalitionsfrieden aber vorbei. Jannis Lampertius (AFP) kritisiert den Kompromiss, wirbt gegen die Geschlechtsangabe und stößt seine Parteiführung vor den Kopf. Viele seiner Genossen folgen ihm und stimmen gegen den Antrag. Die CVP steht alleine da.

„Dieses Ergebnis wäre ein politischer Skandal“, sagt Wagner. Positiv sieht er, dass die meisten Schüler mit viel Motivation an das Planspiel herangehen. Für den Lehrer der Schüler, Marcus Sonntag, hat sich der Exkurs gelohnt: „Es ist normal, dass viele Jugendliche noch Schwierigkeiten haben, über ihre individuelle Perspektive hinauszublicken. Bei dem Planspiel können sie das spielerisch erlernen.“ *Jonathan Josten*

Weitere Informationen zum Planspiel im Internet auf: www.bundestag.de/besuche/kinderundjugendliche

LESERPOST

Zur Ausgabe 4-5 vom 19. Januar 2015, Beilage „leicht erklärt!“ zu den Terroranschlägen von Paris:

In der Beilage heißt es: „Es gab noch einen Terroristen. Er hieß: Amedy Coulibaly. Und war der Schwager der zwei Männer. Er hat am 9. Januar 2015 einen Überfall auf ein Geschäft gemacht. Dabei hat er vier Menschen getötet.“ Amedy Coulibaly hat nicht irgendeinen Überfall auf ein Geschäft gemacht. Er hat Juden umbringen wollen und dies ist ihm auch gelungen. Ist es zu schwer, selbst in leichter Sprache zu erklären, dass man Juden nicht umbringen darf?

Rolf Schikorr, per E-Mail

Zur Ausgabe 46 vom 10. November 2014, „Stürmischer Herbst im Landtag zu Erfurt“ auf Seite 9:

Ein Linker wurde in Erfurt zum Landeschef gewählt. Man kann gespannt sein, ob jetzt der Hartz-IV-Satz in Thüringen auf 500 Euro steigt (Parteislogan: „Armut per Gesetz“) oder ob Bodo Ramelow Barack Obama mal richtig den Marsch bläst („Das Duckmäusertum gegenüber Amerika muss aufhören“, Gregor Gysi). Oder sind die Linken in Berlin Monopolisten und die in den Ländern Pragmatiker mit Augenmaß? Kann man mit den Linken „Staat“ machen?

Andreas Scheuer, Kerpen

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 9. Februar.

Frack für die Saaldniener

STILVOLL In der Bundestagsverwaltung gibt es eine Berufsgruppe, die jeder kennt, weil sie durch ihr Erscheinungsbild auffällt: Es sind die Saaldniener des Deutschen Bundestages. Zugegeben: An diesem Satz ist alles inkorrekt, denn es gibt längst auch weibliche Vertreter und zudem ist die amtliche Bezeichnung „Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Plenarassistenzdienstes“. Sie sind außer den Abgeordneten die einzigen, die sich während einer Plenarsitzung im Plenarsaal aufhalten.

Zur äußeren Unterscheidung wurde ihnen am 27. Januar 1955, also vor 60 Jahren, der Frack verordnet. Seitdem sind die Plenarassistenten die Berufsgruppe mit der vornehmsten Berufskleidung und stehen „pars pro toto“ für die Würde des Hohen Hauses. Mit der Einführung des Fracks für die Saaldniener wurde gleichzeitig für den Bundestagspräsidenten ein Cutaway eingeführt. Diesen trug der amtierende Sitzungspräsident zur Eröffnung der Sitzung. Der letzte amtierende Präsident, der bis 1998 den Cutaway trug, war Vizepräsident Hans Ulrich Klose (SPD) und das war in Bonn. Somit ist nur der Frack der Saaldniener in der „Berliner Republik“ erhalten geblieben. Für die Einführung von Saaldnienerinnen im Januar 1989 wurde ein Kostüm entworfen, das durch seinen Stoff und Schnitt an den Frack der Saaldniener angelehnt ist. *Michael F. Feldkamp*



Saaldniener 1956

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 2. – 6.2.2015

Aufsicht über Versicherungen (Do)
Zivile Krisenprävention (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de:
Tagesordnung sowie Livestream

PERSONALIA

->Karl-Heinz Narjes
Bundestagsabgeordneter 1972-1981, CDU

Am 26. Januar starb Karl-Heinz Narjes im Alter von fast 91 Jahren. Der promovierte Jurist trat 1955 in den diplomatischen Dienst, wurde 1967 Kabinettschef des EWG-Präsidenten Walter Hallstein und amtierte von 1969 bis 1973 als schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister. Von 1972 bis 1976 leitete Narjes den Wirtschaftsausschuss des Bundestags. Von 1981 bis 1989 war er Mitglied der EG-Kommission und von 1984 bis 1989 deren Vizepräsident.

->Hans Büchler
Bundestagsabgeordneter 1971-1994, SPD

Hans Büchler feiert am 2. Februar seinen 75. Geburtstag. Der Agraringenieur aus Hof trat 1964 der SPD bei und stand von 1972 bis 1994 an der Spitze des dortigen Unterbezirks. Von 1966 bis 1972 amtierte er als Referent des SPD-Landesverbands Bayern und der Landtagsfraktion und arbeitete eng mit dem bayerischen SPD-Vorsitzenden Volkmar Gabert zusammen. Von 1976 bis 1992 war Büchler Vorsitzender der deutsch-britischen Parlamentariergruppe. Der Deutschlandexperte engagierte sich überwiegend im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen, war dort Obmann seiner Partei und gehörte zu den wenigen Abgeordneten, die sich stets konsequent für die deutsche Wiedervereinigung eingesetzt hatten. Büchler ist Initiator des parlamentarischen Schüleraustauschs.

->Konrad Porzner
Bundestagsabgeordneter 1962-1981, 1983-1990, SPD

Am 4. Februar vollendet Konrad Porzner seinen 80. Geburtstag. Der Gymnasiallehrer aus Ansbach trat 1956 der SPD bei und gehörte von 1960 bis 1963 dem dortigen Stadtrat an. Von 1972 bis 1974 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen sowie von 1974 bis 1980 und von 1983 bis 1987 als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Porzner, 1981 kurzzeitig Berliner Finanzsenator und 1981/82 Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, stand von 1990 bis 1996 an der Spitze des Bundesnachrichtendienstes. Von 1987 bis 1990 war er Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

->Elke Holzapfel
Bundestagsabgeordnete 1997-1998, CDU

Elke Holzapfel wird am 4. Februar 70 Jahre alt. Die Industriekaufrau aus dem thüringischen Mühlhausen trat 1990 der CDU bei und stand von 1992 bis 1997 an der Spitze des dortigen Stadtverbands. Von 1994 bis 2009 war sie Stadträtin in Mühlhausen. Seit 1994 ist sie Kreistagsabgeordnete. Im Bundestag gehörte Holzapfel dem Umweltausschuss an. Seit 2008 ist sie Mitglied des Landtags von Thüringen und dessen Alterspräsidentin.

->Margot von Renesse
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Am 5. Februar begeht Margot von Renesse ihren 75. Geburtstag. Die Familienrichterin aus Bochum trat 1969 der SPD bei und gehörte dem Bezirksvorstand Westliches Westfalen an. Renesse, die stets im Rechtsausschuss mitarbeitete, hat sich darüber hinaus durch ihre sozialpolitischen Ehrenämter einen Namen gemacht. Von 1994 bis 1999 war sie Vorsitzende des Kuratoriums der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung, des Müttergenesungswerks.

->Conrad-Michael Lehment
Bundestagsabgeordneter 1990, FDP

Conrad-Michael Lehment wird am 5. Februar 70 Jahre alt. Der Ingenieur trat 1970 der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in der DDR bei und schloss sich 1990 der FDP an. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember dem Bundestag an. Von 1990 bis 1994 war er Wirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern.

->Walter Sauermilch
Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Die Grünen

Walter Sauermilch wird am 6. Februar 80 Jahre alt. Der Architekt aus Pinneberg war Gründungsmitglied der Grünen in Schleswig-Holstein und engagierte sich darüber hinaus in der Anti-Atom-Bewegung und im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands. Sauermilch gehörte dem Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau an.

->Jürgen Linde
Bundestagsabgeordneter 1976-1983, SPD

Am 7. Februar begeht Jürgen Linde seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Jurist und kommunale Spitzenbeamte trat 1963 der SPD bei und stand von 1974 bis 1983 an der Spitze des Unterbezirks Goslar. Von 1990 bis 1999 amtierte Linde als Chef der brandenburgischen Staatskanzlei und war seit 1994 zugleich Minister für besondere Aufgaben. Linde, von 1981 bis 1983 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, gehörte dem Rechtsausschuss und zuletzt im Auswärtigen Ausschuss an. *brm*



Das Parlament

DOKUMENTATION

Gedenkstunde zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ / 27. Januar 2015

Dr. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident:

Die moralische Aufarbeitung endet nie



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Frau Bundeskanzlerin! Herr Bundesratspräsident! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Exzellenzen! Verehrte Ehrengäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! „Ich hab keinen Ort mehr auf der Welt. Es ist ortlos, wo ich bin.“ Dies sagte von sich Nelly Sachs, die große jüdische Dichterin, später Trägerin des Nobelpreises für Literatur, die in Berlin geboren wurde, hier aufwuchs und sich im allerletzten Moment der bereits angeordneten Deportation entziehen konnte. In Schweden, ihrem Zufluchtsort, entstand unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Verbrechen eine zutiefst berührende Lyrik des Schmerzes. Unmittelbar nach Kriegsende erschienen, beschreiben ihre Verse den Tod als Flucht aus unvorstellbarer Qual; sie verdeutlichen, wie unter den Bedingungen des NS-Terrors Leben nichts mehr galt und elementare Menschenrechte gegenstandslos, „ortlos“ geworden waren.

Meine Damen und Herren, das Verbrechen hingegen hat seine Orte – in den Konzentrationslagern, in den Vernichtungslagern. An diesen authentischen Stätten wird emotional erfahrbar, was rational immer unvorstellbar bleibt. Wie kein anderer Ort steht Auschwitz als Synonym für das, was Men-

schen Menschen antun können. Heute vor 70 Jahren, am 27. Januar 1945, wurden die Lager von Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee befreit.

Seit 1996 nimmt Deutschland, seit zehn Jahren auch die Vereinten Nationen, diesen Tag zum Anlass, an die Verbrechen zu erinnern, die von Deutschen begangen wurden. Befreit werden konnten vor 70 Jahren in Auschwitz und in anderen Konzentrationslagern von russischen, britischen und amerikanischen Soldaten allerdings nur noch wenige der Todgeweihten; denn während hier das Vorrücken der Roten Armee die Maschinerie der Vernichtung stoppte, gingen die Qualen für Hunderttausende weiter. Sie wurden, wie Häftlinge anderer Lager auch, auf Todesmärsche in Richtung Westen durch das zerfallende Reich getrieben. Den Gaskammern entronnen, fanden Tausende von ihnen den Tod – erschossen und niedergeknüppelt, an Er-

Auschwitz steht als Synonym für das, was Menschen Menschen antun können.

schöpfung, Hunger oder Seuchen elendig zu Grunde gegangen. Das alles geschah nicht in der Abgeschiedenheit der Lager, abgeriegelt hinter Stacheldrahtzäunen, sondern häufig öffentlich auf Straßen und Plätzen, in

Dörfern und Städten, unter den Augen der Bevölkerung.

Der 70. Jahrestag der Befreiung rückt Auschwitz besonders ins Zentrum der Aufmerksamkeit, diesen Ort eines historisch beispiellosen, industrialisierten Völkermords. Doch wir vergessen darüber nicht das Netz von Lagern, das die Nationalsozialisten über ganz Europa spannten, die enthemmte Brutalität bei der Unterwerfung großer Teile des Kontinents mit Hinrichtungen, Massenerschießungen, der Einrichtung von Ghettos und gnadenloser Hungerblockade, und wir erinnern uns daran, dass diesem europaweiten Vernichtungskrieg in Deutschland bereits früh die schrittweise Ausgrenzung eines Teils der Bevölke-

rung vorausgegangen war, für alle sichtbar, die sehen wollten: für Nachbarn, Kollegen, Verwandte, Freunde und Bekannte!

Wir gedenken der Entrechteten, Gequälten und Ermordeten: der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der Millionen verschleppter Slawen, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Homosexuellen, der politischen Gefangenen, der Kranken und Behinderten, all derer, die die nationalsozialistische Ideologie zu Feinden erklärt und verfolgt hatte. Wir erinnern heute auch an diejenigen, die mutig Widerstand leisteten oder anderen Schutz und Hilfe gewährten und dafür selbst allzu oft mit ihrem Leben bezahlen mussten. Und unsere Gedanken sind bei all denen, die, wie Nelly Sachs, vom Trauma des Überlebens gezeichnet gewesen und geblieben sind, deren Familiengeschichte vom Verlust ihrer Angehörigen und Freunde geprägt ist.

Ich begrüße auf der Ehrentribüne die zahlreichen anwesenden hochrangigen Repräsentanten der Religionsgemeinschaften und der Institutionen, die sich unserem gemeinsamen Anliegen der Erinnerung an die Opfer besonders verbunden fühlen. Stellvertretend für alle Ehrengäste möchte ich namentlich Marian Turski begrüßen, der als 18-Jähriger nach Auschwitz deportiert wurde und den Todesmarsch nach Buchenwald überlebt hat.

Verehrter, lieber Herr Turski, es ist für uns eine Freude und Ehre zugleich, dass Sie heute bei uns im Deutschen Bundestag sind.

Meine Damen und Herren, für die schreckliche Vergangenheit unseres Landes sind die Nachgeborenen nicht verantwortlich, für den Umgang mit dieser Vergangenheit aber schon. Die Art und Weise, wie wir uns zur eigenen Geschichte verhalten, verweist auf das Selbstverständnis unserer Gesellschaft, darauf, mit welchen Orientierungen wir den Herausforderungen der Gegenwart begegnen und unsere Zukunft gestalten wollen. Deshalb ist es eine bleibende Aufgabe, die Erinnerung an

das, was in der Zeit des Nationalsozialismus geschehen ist, auch unter den nachwachsenden Generationen wachzuhalten.

Sie, Herr Bundespräsident, haben gestern die Gelegenheit wahrgenommen, zusammen mit Marian Turski mit 80 jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, die der Deutsche Bundestag wie in jedem Jahr aus Anlass dieses Gedenktages eingeladen hat. Die jungen Leute aus 13 Ländern besuchten bei ihrer Reise nach Polen die Orte des Verbrechens, trafen Zeitzeugen und gingen der Frage nach, was Auschwitz für uns heute bedeutet. Sie thematisierten dabei auch die universelle Bedeutung der Erinnerung an den Holocaust, die eindringlich mahnt, solche Verbrechen nie und nirgendwo mehr zuzulassen, die uns aber als Deutsche nicht aus unserer ganz besonderen Verantwortung für das Schicksal der Juden und unser Verhältnis zum Staat Israel entlässt.

Meine Damen und Herren, ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne daran, dass es jetzt, in diesem Jahr, 50 Jahre her ist, seit Israel und die Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbarten. Gerade einmal 20 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz war das hier wie dort alles andere als selbstverständlich. Viele Juden in Israel und anderswo auf der Welt haben das damals nicht verstanden, und ohne die Autorität der beiden großen alten Männer David Ben-Gurion und Konrad Adenauer wäre es so früh wohl auch nicht möglich geworden. Es bedeutete einen Vertrauensvorschuss gegenüber einem jungen neuen deutschen Staat, der noch sehr am Anfang einer schmerzhaften Aufarbeitungsgeschichte stand.

Erinnern wir uns: Im selben Jahr, 1965, endeten in Frankfurt die Auschwitz-Prozesse. Mit ihnen hatte das Grauen der NS-Zeit zwar nicht zum ersten Mal in deutschen Gerichtssälen Einzug gehalten; die Verbrechen fanden aber erstmals große öffentliche Aufmerksamkeit. Die juristische Aufarbeitung war längst überfällig. Doch dem Versuch, Verbrechen, die unter den Bedingungen einer Willkürherrschaft verübt wurden, mit den Mitteln des Rechtsstaats

zu begegnen, waren Grenzen gesetzt. Die Urteile, die allein auf dem Nachweis persönlicher Schuld der Angeklagten basierten, erfüllten das Gerechtigkeitsempfinden nicht immer und schon gar nicht bei allen, weder im eigenen Land noch im Ausland.

Die Auschwitz-Prozesse vor 50 Jahren hatten über ihre juristische Dimension hinaus eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. Sie übten nachhaltige Wirkung auf unseren Umgang mit unserer Geschichte aus. Die Zeugenaussagen holten die Opfer und die Täter aus ihrer Anonymität. Sie verhalfen zu erschütternden neuen Einsichten in eine Gesellschaft, die das zugelassen hatte, und sie bestätigten, was selten zugegeben, längst gewusst, aber meist

verdrängt und beschwiegen worden war. „Das Böse bekam ... Namen und Gesicht, Alter und Adresse.“ (Micha Brumlik) Die Prozesse zeigten – in den Worten Fritz Bauers, der als hessischer Generalstaatsanwalt gegen große Widerstände diese Prozesse erst in Gang gebracht hatte – „wie dünn die Haut der Zivilisation war und ist“. Der Holocaust geschah inmitten einer zivilisierten Gesellschaft; die Verbrecher folgten einer eigenen unmenschlichen Verhaltenslogik, ohne jede Moral.

Das Ende der Zeitzeugenschaft betrifft, das wird manchmal vergessen, auch die Tätergeneration und mit ihr die juristische Aufarbeitung. Die moralische Aufarbeitung aber endet nie. Die breite, von zahlreichen Initiativen der Zivilgesellschaft getragene Gedenklandschaft in Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag dazu. Verantwortung zu übernehmen, ist und bleibt zuerst ein persönlicher

Wir gedenken der Entrechteten, Gequälten und Ermordeten.

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Akt. Das zu fördern, gehört aber zu den zentralen Aufgaben des Staates. Das Holocaustmahnmal, das wir vor zehn Jahren hier in Berlin eingeweiht haben, und die Topographie des Terrors mit ihrem vor fünf Jahren eröffneten Dokumentationszentrum zeigen in unmittelbarer Nähe zum Parlaments- und Regierungsviertel beispielhaft die doppelte Aufgabe des Staates: der Opfer zu gedenken und die Täter und ihre Taten zu benennen, als Ausgangspunkt für ein kritisches Geschichtsbewusstsein und als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung, im staatlichen Auftrag konzipierte und organisierte Verbrennen gegen die Menschlichkeit nie wieder geschehen zu lassen, nirgendwo, an keinem Platz der Welt.

Meine Damen und Herren, „Niemand zeugt für den Zeugen“: So endet das Gedicht Aschenglorie von Paul Celan. Diese Zeile gibt einer der beiden Ausstellungen ihren Titel, die ab heute im Paul-Löbe-Haus zu sehen sind, konzipiert vom Zentrum für verfolgte Künste und erarbeitet in Kooperation mit den Gedenkstätten und Museen Yad Vashem, Auschwitz-Birkenau und Theresienstadt. Die Ausstellung, die Kunstwerke von Opfern

und Überlebenden, aber auch von der Generation ihrer Kinder und Enkel zeigt, thematisiert eindrücklich das schwere Erbe des Holocaust.

„Niemand zeugt für den Zeugen“? Celans Gedanke ist verstörend und vielfältig deutbar. Man denkt an die bleierne Einsamkeit des Zeugen, der mit seinen Erinnerungen letztlich immer für sich alleine bleibt eine Erfahrung, die viele selber in den Tod trieb, auch die, die Zeugnis für die Nachwelt abgelegt haben, Primo Levi etwa oder auch Paul Celan selbst.

Die Suche nach Zeugen legt auch den Finger in die Wunde, wie vorhandenen Zeugnissen vonseiten der Gesellschaft begegnet wurde. Schenkte man ihnen überhaupt Glauben? Fanden sie überhaupt Gehör? Die Auschwitz-Prozesse liefern beklemmende Hinweise auf Verdrängung und Leugnung, auch und gerade angesichts der quälenden Schilderungen durch die Opfer.

Was heißt das für das Erinnern an den Holocaust in einer Welt ohne Zeitzeugen des Verbrechens? Elie Wiesel, der Gastredner einer unserer früheren Gedenkveranstaltungen, setzt dem entgegen, dass jeder, der heute einem Zeugen zuhört, selbst ein Zeuge wird. Ist das

eine zu naive Sicht? Biografische Werke der letzten Jahre, literarische wie filmische, in denen sich Kinder und Enkel von Tätern ihrer schwierigen Familiengeschichte stellen, zeigen immerhin, wie auch in diesem schmerzhaften Prozess eine Generation von Zeugen der Zeugen im Entstehen begriffen ist. Auch unsere jährliche Jugendbegegnung bestätigt diese ermutigende Erfahrung.

Historische Verantwortung gilt es anzunehmen. Daran haben Sie, verehrter Herr Bundespräsident, bereits bevor Sie Ihr Amt antraten, immer wieder appelliert. Aber Sie hinterfragen auch, was es heißt, diese Verantwortung gemeinschaftlich auszuüben. In einer Welt, die uns tagtäglich von neuem vor Augen führt, was der Mensch dem Menschen antun kann, sind diese Appelle dringender denn je. Wir sehen furchtbares Leid, teils bestialische Gewalt, und wir müssen uns fragen, wie wir ihr begegnen, wie wir mit den Menschen umgehen, die dieser Hölle entfliehen und Schutz bei uns suchen.

Meine Damen und Herren, wir hören gleich im Anschluss, gespielt von Ib Hausmann, den III. Satz aus dem Quatuor pour la fin du temps des französischen Komponisten Olivier Messiaen, komponiert und uraufgeführt in einem deutschen Kriegsgefangenenlager zum Jahreswechsel 1940/41. Die

ungewöhnliche Besetzung dieser Komposition folgte im Lager anzutreffenden Solisten und den wenigen vorhandenen, meist kaputten Instrumenten. Trotz der Not der äußeren Umstände notierte der Cellist

der Uraufführung im Anschluss auf dem Programmblatt:

Das Lager von Görlitz ... Baracke 27B, unser Theater ... draußen die Nacht, der Schnee und das Elend ... hier, ein Wunder, das ‚Quartett für das Ende der Zeit‘ trägt uns in ein herrliches Paradies, hebt uns aus dieser entsetzlichen Welt ...

Es antwortet in ganz besonderer Weise auf die Verzweiflung von Nelly Sachs und ungezählter Opfer von Verfolgung und Vernichtung, die für sich keinen Ort auf

dieser Welt mehr gehabt haben.

Quartett auf das Ende der Zeit: Sie, Herr Bundespräsident, haben in Ihrer Rede beim Historikertag im vergangenen Jahr betont, dass es natürlich kein Ende der Geschichte gibt, und Sie folgerten daraus:

Wenn die Geschichte keinen Schluss kennt, dann gilt aber auch, dass es nie zu spät ist, gegenwärtiges Leid und Unglück zu wenden. Dann ist Hoffnung sinnvoll, dann kann uns Hoffnung zu entschiedenem Handeln motivieren.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne, und nur in diesem Sinne, kann der heutige Gedenktag, der an eine hoffnungslose Zeit erinnert, Anlass für Hoffnung sein: indem wir uns im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung den drängenden historischen, humanitären Herausforderungen der Gegenwart stellen.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, Herr Bundespräsident, nach der musikalischen Meditation zu uns zu sprechen.

(Beifall)

Dr. Joachim Gauck, Bundespräsident:

Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz



Joachim Gauck (*1940)
Bundespräsident

Herr Bundestagspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Herr Bundesratspräsident! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Marian Turcki! Liebe Jugendliche! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute vor 70 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee befreit. Vor bald zwanzig Jahren versammelte sich der Bundestag erstmals, um mit einem Gedenktag an die Opfer des Natio-

nalsozialismus zu erinnern. Die Erinnerung dürfe nicht enden, forderte damals Bundespräsident Roman Herzog, und er sagte:

... ohne Erinnerung gibt es weder Überwindung des Bösen noch Lehren für die Zukunft.

Viele prominente Zeitzeugen haben seitdem hier vor dem Hohen Haus geredet: Überlebende aus den Konzentrationslagern, aus den Ghettos oder dem Untergrund, auch Überlebende belagerter, ausgehungertes Städte. In bewegenden Worten haben sie uns teilhaben lassen an ihrem Schicksal, und sie haben über das Verhältnis zwischen ihren Völkern und den Deutschen gesprochen, in dem nach den Gräueltaten der Nationalsozialisten nichts mehr war wie zuvor.

Erlauben Sie mir bitte, dass ich auch heute einen Zeitzeugen zu Wort kommen lasse, einen Zeitzeugen allerdings, der den Holocaust nicht überlebt hat. Seine Tagebücher aber sind überliefert und veröffentlicht, wenn auch erst 65 Jahre nach seinem Tod. Ich spreche von Willy Cohn. Er stammte aus einer gut situierten Kauf-

mannsfamilie und unterrichtete an einem Breslauer Gymnasium. Er war ein orthodoxer Jude, tief verbunden mit deutscher Kultur und Geschichte, im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz. Unter dem NS-Regime verlor Cohn seine Arbeit, er verlor Freunde und Verwandte durch Selbstmord und Ausreise; er ahnte das Ende, als ihn Nachrichten von der Errichtung der Ghettos im besetzten Polen und von Massenerschießungen in Lemberg erreichten. Doch obwohl er all dies wusste, bewahrte sich Cohn eine nahezu unerschütterliche Treue zu dem Land, das ihm das seine schien.

Ich liebe Deutschland so, schrieb er, daß diese Liebe auch durch alle Unannehmlichkeiten nicht erschüttert werden kann. ... Man muß loyal genug sein, um sich auch einer Regierung zu fügen, die aus einem ganz anderen Lager kommt.

Cohns Loyalität, deren Unbedingtheit uns heute fast unheimlich erscheint, weil wir den weiteren Verlauf der Geschichte kennen, wurde auf das Allerbitterste

enttäuscht. Am 25. November 1941 verließen willige Helfer seine Familie in einen der ersten Züge, die Juden aus Breslau in den Tod deportierten. Tamara, die jüngste Tochter von Willy Cohn, war gerade drei Jahre alt. Vier Tage später hielt der SS-Standartenführer Karl Jäger fest, dass 2000 Juden im litauischen Kaunas mit Maschinengewehren erschossen worden seien.

Der deutsch-jüdische Schriftsteller Jakob Wassermann, der in den Zwanzigerjahren zu den meistgelesenen Autoren in Deutschland gehörte, hatte bereits Ende des Ersten Weltkrieges desillusioniert geschrieben, es sei vergeblich, unter das Volk der Dichter und Denker zu gehen und ihnen die Hand zu bieten.

Sie sagen, schrieb er, was nimmt er sich heraus mit seiner jüdischen Aufdringlichkeit? ... Es ist vergeblich, für sie zu leben und für sie zu sterben. Sie sagen: er ist Jude.

Der Jude der Antisemiten, das war kein Wesen aus Fleisch und Blut. Er galt als das Böse schlechthin und diente als Projektionsfläche für jede Art von Ängsten, Stereotypen und Feindbildern, manchmal sogar solcher, die sich gegenseitig ausschließen.

Allerdings ist in seinem Juden-

hass niemand so weit gegangen wie die Nationalsozialisten. Mit ihrem Rassenwahn machten sie sich zu Herren über Leben und Tod. Diese sogenannten „Herrenmenschen“ schreckten auch nicht davor zurück, angeblich „unwertes“ Leben zu vernichten, Menschen zu sterilisieren und den politischen Gegner auszuschalten. Sie alle wurden Opfer des nationalsozialistischen Säuberungswahns: Sinti und Roma, die slawischen Völker, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, widerständige Christen, unter ihnen die Zeugen Jehovas, und alle anderen, die sich dem staatlichen Terror widersetzen.

Was uns aber am meisten entsetzt: Nie zuvor hat ein Staat ganze Menschengruppen so systematisch stigmatisiert, separiert und vernichtet, in so großer Zahl, mit eigens geschaffenen Todeslagern und einer präzise durchorganisierten, unerbittlichen und hocheffizienten Tötungsmaschinerie so wie es in Auschwitz geschehen ist, das zum Symbol für den Holocaust wurde. So wie in den übrigen Vernichtungslagern im besetzten Polen: Treblinka, Majdanek, Belzec, Sobibor und Kulm-

Der Jude der Antisemiten, das war kein Wesen aus Fleisch und Blut.

hof. In anderen Lagern wurden die Menschen durch Hunger, Zwangsarbeit und unmenschliche Grausamkeiten dahingerafft, und Zehntausende wurden bei Massensexekutionen in den eroberten Gebieten des Ostens erschossen und in Massengräbern verscharrt: Kamenez-Podolsk, Babi Jar.

Es waren die Truppen der Alliierten, die diesem Morden bei ihrem Vormarsch ein Ende bereiteten. Die Vernichtungslager im Osten wurden von den Sowjetsoldaten befreit. Vor ihnen, die allein bei der Befreiung von Auschwitz 231 Kameraden verloren, verneigen wir uns auch heute in Respekt und Dankbarkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, Gedenktage führen eine Gesellschaft zusammen in der Reflexion über die gemeinsame Geschichte; denn ob wir es nun wollen oder nicht: Einschneidende Ereignisse hinterlassen ihre Spuren bei den Akteuren und Zeitzeugen, aber auch bei den nachfolgenden Generationen.

Eine der wichtigsten Lehren aus dem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit lautet zweifellos, dass Verschweigen offenkundiges Verbrechen und offenkundige Schuld nicht tilgt. Das erlebten West- wie Ostdeutsche in einem ganz unterschiedlichen Umfeld, im Kern jedoch auf ähnliche Weise.

Gleich nach dem Krieg stand der Wiederaufbau im Vordergrund. In den Jahren des Wirtschaftswunders schauten im Westen zu viele Menschen nur nach vorn und zu wenige auch zurück. NS-Verbrechen verfolgte die Justiz nur schleppe und in Einzelfällen. Mochten einzelne Intellektuelle und Schriftsteller, Widerständler und Opfer des Regimes die NS-Zeit auch durchaus thematisieren, mochten einzelne Filme, Romane und Tagebücher auch auf jüdische Schicksale verweisen, etwa auf das von Anne Frank, so blieb die Mehrheit davon doch unberührt. Sie schottete sich ab, sie schützte sich vor Schuld- und Schamgefühlen, indem sie vielfach Erinnerung verweigerte.

All das ist heute ganz schwer zu verstehen, insbesondere dass oft Selbstmitleid an die Stelle von Empathie und Sympathie mit den Opfern getreten war. Im Rückblick ist es beschämend, dass aus den Opfern von einst dann Bittsteller wurden, beschämend, wenn bei Entschädigungen das Leiden von Opfern der Deutschen weniger wert war als das Leiden deutscher Opfer. Die Bevölkerung der jungen Bundesrepublik kannte wenig Mitgefühl mit den Opfern der na-

tionalsozialistischen Gewalt. Das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel war in der Öffentlichkeit damals keineswegs populär.

Das Schweigen wurde erst allmählich durchbrochen, als Ende der 50er-Jahre größere Prozesse gegen die nationalsozialistischen Täter begannen: der Ulmer Einsatzgruppenprozess, der Prozess gegen Adolf Eichmann, die Auschwitz-Prozesse. Sie machten das Ausmaß der Verbrechen sichtbar. Auf Betreiben des unerschrockenen hessischen Generalstaatsanwalts, dessen der Herr Präsident heute bereits gedacht hat, berichteten Hunderte von Zeugen über Gräueltaten, die belegten, dass es ein ganzes System der Vernichtung gab, ein System, das viele nicht für vorstellbar gehalten hatten. Zwar war das Erschrecken in der Öffentlichkeit groß, aber eine wirklich umfassende Betroffenheit stellte sich immer noch nicht ein. Die meisten Deutschen sprachen sich selbst frei, indem sie Schuld und Verantwortung einer kleinen Zahl von Fanatikern und Sadisten zuschrieben, Hitler und seiner aller-nächsten Umgebung. Die Übrigen galten als angeblich hilflose Mädchen in einem Getriebe, als reine Befehlsempfänger, die gezwungen waren, auszuführen, was ihnen im Grunde genommen fremd gewesen sei.

Die juristische Aufarbeitung sollte letztlich sehr unbefriedigend bleiben. Sehr viele Richter und Staatsanwälte waren an verantwortlichen Stellen des nationalsozialistischen Regimes tätig gewesen. Sie sahen keinen Bedarf für Strafverfolgung oder relativierten die strafrechtliche Verantwortung.

Anders hingegen verhielt es sich dann mit der selbstkritischen Reflexion. In den 60er-Jahren setzten Intellektuelle wie Alexander und Margarete Mitscherlich fort, was Hannah Arendt schon früher begonnen hatte. Sie fragten auch nach der Mitschuld des „kleinen Mannes“, der sich einem verbrecherischen Führer verschrieben hatte und dann für die Folgen keine Verantwortung übernehmen wollte. Erst da gewannen die Auseinandersetzungen mit den Verbrechen größere gesellschaftliche Bedeutung. Vorangetrieben und unterstützt durch eine wachsende Zahl kritischer Intellektueller, Künstler und Studenten lernten die Westdeutschen langsam zu akzeptieren, dass es auch ganz „normale“ Männer und Frauen gewesen waren, die ihre Menschlichkeit, ihr Gewissen und ihre Moral verloren hatten, oft Menschen aus der nächsten Nachbarschaft, sogar

Freunde und Mitglieder der eigenen Familie.

Mit der Fernsehserie Holocaust Ende der 70er-Jahre erschloss sich einer wirklich breiten Öffentlichkeit schließlich die Perspektive der Opfer. Nie zuvor hatten sich in West und Ost, obwohl vorher zahlreiche wissenschaftliche Publikationen erschienen waren, so viele Deutsche dem Schicksal einer jüdischen Familie gestellt. Niemals zuvor hatten sich so viele so tief davon berühren lassen. Ich weiß das auch aus meinem eigenen Umfeld im Osten, wo ich lebte.

Seit jener Zeit ist das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu einem festen Bestandteil unseres Selbstverständnisses geworden. Jede Generation, ja jedes Jahrzehnt hat sich dieses Themas auf eigene Weise vergewissert, oft in heftigen Debatten; ich erinnere an den Historikerstreit oder an die Auseinandersetzung um das Holocaust-Mahnmal. Und weil auch künftige Generationen ihren eigenen Zugang suchen und finden werden, bin ich sicher, dass die Erinnerung an die Verbrechen aus der nationalsozialistischen Zeit lebendig bleiben wird.

Nun ein Blick auf den anderen Teil Deutschlands. Ich weiß zwar, dass die junge DDR viele Menschen an sich zu binden verstand, weil sie als das antifaschistische, als das bessere Deutschland galt. Viele von denen, die belastet waren, wurden tatsächlich durch Kommunisten und Antifaschisten ersetzt. Antifaschistische Lektüre und antifaschistische Filme bewegten zu Mitgefühl mit ermordeten Widerstandskämpfern. Loyalität gegenüber der DDR erschien als moralisches Gebot.

Die DDR, mein Vaterland, ist sauber immerhin.

Die Wiederkehr der Nazizeit ist

absolut nicht drin.

So dichtete Wolf Biermann noch in den 60er-Jahren.

Der staatliche Antifaschismus der DDR diente allerdings auch als Ersatz für eine fehlende demokratische Legitimation. Und indem er die Gesellschaft pauschal von der rechtlichen und moralischen Verantwortung für die Nationalsozialisten freisprach, beförderte er auch das Verdrängen von Versagen und Schuld auch des sogenannten „kleinen Mannes“. Er ersparte ihm die Selbstreflexion und ermöglichte dem Belasteten und teilweise sogar noch dem Schuldigen, sich auf die Seite der Guten zu schlagen, zu den antifaschistischen Siegern. Das Gedenken galt zudem fast nur den Widerstandskämpfern. An die jüdischen Opfer, die aus Gründen der Rassenideologie ausgelöscht worden waren, erinnern die Gedenkstätten im Osten Deutschlands angemessen erst seit dem Untergang der DDR.

Die zweite Schuld, von der Ralph Giordano sprach, also der Unwille, sich der Aufarbeitung der Verbrechen zu stellen und die Opfer zu entschädigen, diese zweite Schuld gab es also in Deutschland zweimal – in der frühen Bundesrepublik wie auch in der DDR.

Meine Damen und Herren, im Laufe der Zeit hat die Bundesrepublik, auch die wiedervereinigte, die Konfrontation mit den Verbrechen der Vergangenheit zu einem Kernbestand ihrer Geschichtszählung gemacht. Auch dadurch ist sie zum glaubwürdigen Partner für ein friedvolles und gleichberechtigtes Zusammenleben von Bürgern und Nationen geworden,

akzeptiert sogar von vielen Opfern und ihren Nachkommen. So haben in den 90er-Jahren Abertausende von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion die jüdischen Gemeinden in Deutschland belebt und neue gegründet, weil sie an dieses Deutschland glauben. Und der frühere israelische Staatspräsident Schimon Peres hat hier an dieser Stelle von der einzigartigen Freundschaft zwischen Deutschland und Israel gesprochen. Ohne den Blick zurück, ohne die Bereitschaft zu wirklicher, ernsthafter

Aufarbeitung schuldhafter Vergangenheit wäre uns dieses Geschenk nicht zuteil geworden.

Zugleich wissen wir auch: Gedenktage können zu einem Ritual erstarren, sogar zu einer

leeren Hülle, gefüllt mit stets gleichen Beschwörungsformeln. Wir wissen auch: Gedenktage allein bewahren uns nicht davor, im Hier und Heute gleichgültig zu werden.

Ich erinnere mich an eine Feier anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Zu den Rednern damals gehörte Thomas Burgerenthal. Mit knapp elf Jahren hatte er den Todesmarsch von Auschwitz nach Sachsenhausen überlebt. Nach dem Krieg war er in die Vereinigten Staaten emigriert, hatte sich als Jurist auf Völkerrecht und Menschenrechte spezialisiert und war als Richter beim Internationalen Gerichtshof an der Verfolgung von Völkermord beteiligt.

Er war Redner auf dieser Veranstaltung. Mir sind seine Worte damals sehr nachgegangen; denn er konfrontierte das Auditorium mit

**Gedenktage
bewahren uns
nicht davor, im
Hier und Heute
gleichgültig zu
werden.**

**Verschweigen
tilgt nicht
offenkundiges
Verbrechen und
offenkundige
Schuld.**



lb Hausmann begleitete die Gedenkstunde musikalisch.

einer unbequemen Wahrheit. Was ist es wert, so fragte Buergenthal, dieses „Nie wieder“, das zentrale Versprechen nach Auschwitz? Gab es nicht, so Buergenthal damals, Kambodscha, Ruanda, Darfur? Gab es nicht, so könnten wir hinzufügen, Srebrenica? Und gibt es nicht heute Syrien und Irak und all die anderen Schreckensorte? Auch wenn hier die Verbrechen nicht die Dimension nationalsozialistischen Mordens erreichten und erreichen, so sei es doch schrecklich entmutigend, erklärte Thomas Buergenthal und ich zitiere, „wenn Genozid und Massenmord fast Routine werden“, wenn die Welt „Nie wieder“ erkläre, aber „die Augen vor dem nächsten Genozid“ verschließe. Gestatten Sie mir, nicht einfach bei der Konstatierung dieser beunruhigenden und bedrückenden Tatsache stehen zu bleiben, sondern einmal weiter nachzufragen: Sind wir denn bereit und sind wir fähig zur Prävention, damit es gar nicht erst zu Massenmorden kommt? Sind wir überhaupt imstande, derartige Verbrechen zu beenden und sie zu ahnden? Fehlt manchmal nicht auch der Wille, sich einzusetzen gegen solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit?

Es ist ein großer Erfolg, dass Völkermord seit 1948 verfolgt werden kann, nämlich seit der Verabschiedung der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords. Internationale Strafgerichtshöfe sind mehrfach tätig geworden. Sie können gegen jene ermitteln, die danach

trachten ich zitiere, „eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“.

Zugleich konfrontiert uns die Entwicklung aber auch mit der bitteren Erkenntnis, dass Strafe nur selten abschreckend wirkt und Prävention bislang selten rechtzeitig erfolgte. Ist die mörderische Dynamik erst einmal in Gang gesetzt, ist sie nur schwer zu stoppen. Oft ist Hilfe sogar unmöglich. Weil wir nicht allmächtig sind, haben wir zu leben mit der moralischen Bürde, das Leben von Menschen nicht immer und überall schützen zu können. Ebenso wenig wie der Schalom, der Zustand der ewigen, umfassenden Glückseligkeit, jemals auf Erden zu erreichen ist, wird sich das „Nie wieder“ gänzlich erfüllen. Als moralisches Gebot, als innerer Kompass, bleibt es dennoch unverzichtbar. Denn das Streben nach friedlichem und gerechtem Zusammenleben von Menschen und Völkern ist eine wichtige, ja wohl die wichtigste Richtschnur im Zusammenleben der Völker, wichtige Richtschnur unseres Handelns. Und wenn wir das Unheil schon nicht gänzlich zu bannen vermögen, so sind wir doch angehalten, es zu ächten und dafür zu arbeiten, dass es nicht so weit kommen kann.

Sehr verehrte Damen und Herren, gewiss werden nachfolgende Generationen neue Formen des Gedenkens suchen. Und mag der Holocaust auch nicht mehr für alle Bürger zu den Kernelementen

deutscher Identität zählen, so gilt doch weiterhin: Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.

Er gehört zur Geschichte dieses Landes. Und es bleibt etwas Spezifisches: Hier in Deutschland, wo wir täglich an Häusern vorbeigehen, aus denen Juden deportiert wurden, hier in Deutschland, wo die Vernichtung geplant und organisiert wurde, hier ist der Schrecken der Vergangenheit näher und die Verantwortung für Gegenwart und Zukunft größer und verpflichtender als anderswo.

In manchem Gespräch und in mancher Studie begegnet mir die Befürchtung, das Interesse der jungen Generation an den nationalsozialistischen Verbrechen werde schwinden. Ich teile diese Sorge nicht, bin mir aber bewusst, dass sich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit weiter verändern wird und auch verändern muss. Viele Zeitzeugen hatten die Vergangenheit verdrängt und ihre Kinder die Verdrängung beklagt. Dann kommt die Enkelgeneration. Bei den Enkeln zeigt sich jetzt, dass zunehmende Distanz durchaus ein Vorteil sein kann. Die Jungen können sich der schambehafteten Vergangenheit oft offener und uneingeschränkter stellen. Es überrascht immer wieder, in welchem Maß gerade Enkel und Urenkel verschüttete, tabuisierte Familiengeschichten erforschen, die jüdische Vergangenheit ihrer Wohnhäuser und Stadtteile erkunden und sich in Biografien von Verfolgten und Verfolgern versenken und wie sie in Menschen, die Juden retteten, nicht allein moralische Vorbilder sehen, sondern auch den Gegenbeweis zu der al-

ten These: Man hätte ja doch nichts tun können!

Selbst wenn wir in Zukunft auf die Begegnung mit Zeitzeugen verzichten müssen, so muss die emotionale Betroffenheit nicht verloren gehen. Auch Angehörige der dritten und vierten Generation, auch Menschen ohne deutsche Wurzeln fühlen sich tief berührt, wenn sie etwa in Auschwitz auf Koffern der Ermordeten die Namen ihrer einstigen Besitzer entdecken, wenn sie in der verlorenen Weite von Birkenau auf die Reste der gesprengten Krematorien stoßen, wenn sie das Tagebuch der Anne Frank lesen oder den Film *Der Pianist* sehen. Wir erleben immer wieder, dass Autobiografien, Dokumentationen, Spielfilme, Interviews mit Überlebenden oder Besuche an ehemaligen Stätten des Grauens auch jungen Menschen vergangenes Leid erschließen und ihre Seelen öffnen. Betroffenheit stellt sich auch nicht nur bei jungen Menschen ein, die einen familiären Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit haben. Betroffen reagieren auch Menschen, die in der deutschen Geschichte erkennen, was menschenmöglich ist und dass sich Menschenfeindlichkeit, Fanatismus und Mordbereitschaft in anderem Gewand anderswo wiederholen können.

„Das haben Menschen Menschen angetan“ – auf diesen so einfachen wie erschreckenden Nenner brachte die polnische Schriftstellerin Zofia Nałkowska, was sie als Mitglied einer internationalen Untersuchungskommission unmittelbar nach der Befreiung in den Konzentrationslagern gesehen hatte. Diese universelle Dimension des Holocaust ließ die Vereinten Nationen 2005 den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust beschließen als eine Verpflichtung des Menschen gegenüber dem Menschen.

Der Holocaust als Menschheitsverbrechen diesen Weg der Annäherung haben auch Eingewanderte, selbst wenn sie sich nicht oder noch nicht als Deutsche fühlen. Dieser Weg ist nicht immer leicht; er ist auch nicht selbstverständlich. Manche Einwanderer erlitten in ihren Herkunftsländern selbst Verfolgung. Manche kommen aus Ländern, in denen Antisemitismus und Hass auf Israel verbreitet sind. Wo derartige Haltungen bei Einwanderern nachwirken und die Wahrnehmung aktueller Ereignisse bestimmen, haben wir ihnen beharrlich die historische Wahrheit zu vermitteln und sie auf die Werte dieser Gesellschaft zu verpflichten.

Wir alle, die Deutschland unser Zuhause nennen, wir alle tragen Verantwortung dafür, welchen Weg dieses Land gehen wird. Eine junge Frau aus einer Einwandererfamilie hat es in einem privaten Brief wunderbar formuliert: „Ich habe keine deutschen Vorfahren, aber ich werde deutsche Nachfahren haben. Und die werden mich zur Rechenschaft ziehen, wenn heute Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten auf unserem Boden ausgeübt werden.“ Hier ist jemand eingetreten in eine Verantwortungsgemeinschaft, die nicht aus einer Erfahrungsgemeinschaft herrührt. Aber wir finden uns wieder in einem gemeinsamen Willen.

Solange ich lebe, werde ich darunter leiden, dass die deutsche Nation mit ihrer so achtenswerten Kultur zu den ungeheuerlichsten Menschheitsverbrechen fähig war. Selbst eine noch so überzeugende Deutung des schrecklichen Kulturbruchs wäre nicht imstande, mein Herz und meinen Verstand zur Ruhe zu bringen.

Denn da ist ein Bruch eingewebt in die Textur unserer nationalen Identität, der im Bewusstsein quälend lebendig bleibt. Wer „in der Wahrheit leben“ will, wird dies niemals leugnen. Und doch konnten wir nach den dunklen Nächten der Diktatur, nach aller Schuld und später Scham und Reue ein taghelles Credo formulieren. Wir taten es, als wir dem Recht seine Gültigkeit und seine Würde zurückgaben. Wir taten es, als wir Empathie mit den

Opfern entwickelten. Und wir tun es heute, wenn wir uns jeder Art von Ausgrenzung und Gewalt entgegenstellen und jenen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror zu uns flüchten, eine sichere Heimstatt bieten.

Meine Damen und Herren, liebe Landsleute, die moralische Pflicht, die auf uns liegt, erfüllt sich nicht nur im Erinnern. In uns existiert auch eine tiefe und unauslöschliche Gewissheit: Aus diesem Erinnern ergibt sich ein Auftrag. Er sagt uns: Schützt und bewahrt die Mitmenschlichkeit! Schützt und bewahrt die Rechte eines jeden Menschen! Das sagen wir gerade in Zeiten, in denen wir uns in Deutschland erneut auf das Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu verständigen haben. Die Gemeinschaft, in der wir alle leben wollen, wird nur dort gedeihen, wo die Würde des Einzelnen geachtet und wo Solidarität gelebt wird.

(Beifall)

Sind wir überhaupt imstande, derartige Verbrechen zu beenden und sie zu ahnden?



Blick auf die Tribüne während der Gedenkstunde

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Sigmar Gabriel, SPD, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Wir müssen und werden Kreativität und Mut fördern



Sigmar Gabriel (*1959)
Bundesminister

Die deutsche Wirtschaft ist in guter Verfassung. Trotz eines schwierigen internationalen Umfelds rechnen wir nach zwei schwächeren Jahren – 0,4 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2012 und 0,1 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 – nun zum zweiten Mal in Folge mit einem Wachstum von 1,5 Prozent. Besonders wichtig ist, dass diese wirtschaftliche Entwicklung bei den Menschen in Deutschland ankommt. Nach 370 000 zusätzlich Beschäftigten im letzten Jahr erwarten wir im Jahr 2015 nochmals einen Beschäftigungsaufbau um 170 000. Wir erreichen damit einen erneuten Rekord mit 42,8 Millionen Beschäftigten.

Die Zahl der Arbeitslosen lag im Dezember des letzten Jahres auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, und sie wird auch in diesem Jahr weiter leicht abnehmen. Die längerfristigen Gründe für diese gute wirtschaftliche Entwicklung sind erstens hochflexible und innovative Unternehmen, vor allem im deutschen Mittelstand, zweitens hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, drittens der Erhalt von Industrie und verarbeitendem Gewerbe als wirtschaftliche Basis unseres Landes. Während andere Länder in Europa über Reindustrialisierung diskutieren müssen, ist das Gott sei Dank in Deutschland nicht nötig, meine Damen und Herren.

Zu den Erfolgsfaktoren gehören sicher auch – viertens – die Verbindung von Arbeitsmarkt- und

Sozialreformen mit Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung im Zuge der Reformpolitik der Agenda 2010 und fünfens natürlich auch eine außerordentlich solide Finanz- und Haushaltspolitik, die uns ja schon im letzten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt beschert hat.

Aktuell wird das wirtschaftliche Wachstum getragen von einer starken Binnenkonjunktur und Binnennachfrage. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nehmen endlich wieder spürbar zu; sie werden um 2,7 Prozent steigen. Dazu leisten die guten Tarifabschlüsse, aber auch der Mindestlohn und die Rentenreform des letzten Jahres ihre Beiträge. Das zeigt: Die Teilhabe möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger am Wirtschaftswachstum durch eine gute Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung ist die zentrale Bedingung für Wohlstand, aber auch für den kulturellen und politischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Daran werden wir weiter arbeiten müssen. Wir brauchen beides, wirtschaftliches Wachstum, Innovationsbereitschaft, Veränderungsbereitschaft, aber eben auch, dass möglichst alle daran teilhaben. Das muss fühlbar werden; denn noch immer müssen viel zu viele Menschen in Deutschland mit zu geringen Einkommen klarkommen. Vor allem Familien und Alleinerziehende mit Kindern sind davon betroffen, aber zunehmend auch Rentnerinnen und Rentner.

So richtig und notwendig viele der Sozialreformen der Agenda 2010 waren und so sehr sie heute Grundlage für die gute wirtschaftliche Entwicklung sind: Die Entwicklung des Niedriglohnssektors in Deutschland ist eindeutig zu weit gegangen.

Meine Damen und Herren, wenn Menschen in qualifizierten Berufen mit 1 200 Euro brutto auskommen sollen, wenn Rentnerinnen und Rentner nach 40 Arbeitsjahren gerade mal das Rentenniveau der Sozialhilfe erreichen und wenn dann noch in Großstädten die Mietpreise so explodieren, dass mit Normalein-

kommen kaum noch eine Wohnung zu bezahlen ist, dann spaltet das die Gesellschaft und bringt manchmal auch Menschen gegeneinander in Stellung.

Deshalb ist es richtig, Tarifverträge zu stärken. Deshalb ist es richtig, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach 45 Arbeitsjahren einen fairen Zugang zur Rente ohne Rentenkürzung zu ermöglichen.

Deshalb ist es richtig, sich um Mietpreispensen und den Bau bezahlbarer und übrigens auch alters- und pflegerechter Wohnungen zu kümmern. Und natürlich ist es deshalb auch richtig gewesen, den Mindestlohn einzuführen.

Ich glaube, in diesem Haus gibt es niemanden, der etwas gegen die Einführung des Mindestlohns hat.

Wir haben eine Diskussion über die Frage, ob der mit der Kontrolle des Mindestlohns verbundene Aufwand eigentlich zwingend erforderlich ist, damit der Mindestlohn auch durchgesetzt wird – es nützt ja nichts, ihn ins Gesetz zu schreiben und dann seine Einhaltung nicht zu kontrollieren –, oder ob an einigen Stellen der Kontrollaufwand zu weit geht. Ich finde, das kann man doch entspannt miteinander bereden; das muss doch möglich sein.

Niemand wird etwas am Mindestlohn ändern, niemand wird die Kontrollen so reduzieren, dass er in Wahrheit nicht stattfindet.

Wir sollten aber jetzt einmal ein paar Wochen und Monate Erfahrungen sammeln, und dann werden wir aus, ob es notwendig ist, an dem Bürokratieaufwand etwas zu ändern, oder ob es nicht notwendig ist.

Das, finde ich, ist ein entspannter Umgang mit dem Thema.

Meine Damen und Herren, das alles ist nicht nur Sozialpolitik, sondern das ist auch Wirtschaftspolitik. Nur in einem Land, in dem sich Arbeit lohnt und Menschen an den Möglichkeiten der Gesellschaft teilhaben können, gibt es auf Dauer Leistungsbereitschaft, Anstrengung und auch Risikobereitschaft.

Das ist der Grund, warum Ludwig Erhard sein Modell der sozialen Marktwirtschaft mit dem Aufruf „Wohlstand für alle“ verbunden hat. Das ist auch heute der richtige Aufruf in unserer Gesellschaft und in unserer Wirtschaft.

Neben der guten Binnenkonjunktur wird unser Wirtschaftswachstum allerdings auch ganz wesentlich von zwei externen Faktoren getragen: von niedrigen Ölpreisen und einem schwachen Wechselkurs des Euro, der vor allem der mittelständischen Exportwirtschaft zugutekommt. Das wiederum zeigt aber auch die Verwundbarkeit unseres Wirtschaftswachstums.

Gerade im letzten Jahr haben wir erlebt, dass gute Wachstumsprognosen schnell das Papier nicht mehr wert sind, wenn sich die internationale Lage auf einmal verschlechtert. Natürlich bleibt diese unsichere Lage zum Beispiel aufgrund des Russland-Ukraine-Konflikts oder der Situation im Nordirak ein Unsicherheitsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Hinzu kommt die schwächere Entwicklung in für den Export unseres Landes wichtigen Ländern und Regionen wie China und Lateinamerika. Alle relativ guten Prognosen dürfen uns also nicht davon abhalten, die Aufgaben schnellstens anzugehen, die wir nicht nur im eigenen Land, sondern auch in Europa dringend angehen müssen, um unsere eigene Stärke zu verbessern. Denn nur wenige führende Wirtschaftsnationen der Welt stehen vor so grundlegenden Herausforderungen wie Deutschland. Ich möchte beispielhaft nur die wichtigsten Herausforderungen nennen:

Die demografische Entwicklung – das Arbeitskräftepotenzial unseres Landes nimmt in den kommenden zehn Jahren um bis zu 6,7 Millionen Menschen ab. Kein Industrieland der Erde hat bisher ein solches Experiment vor sich gehabt. Es ist wahrscheinlich die größte Herausforderung der kommenden Jahre, mit der wir umgehen müssen.

Die europäische Integration: Was in den letzten Jahren die deutsche Stärke in Form von Wohlstand und Stabilität ausgemacht hat, nämlich wachsender Wohlstand und wachsende Stabilität in Europa, ist immer noch fragil. Hinzu kommt die enorme Herausforderung durch die Inter-

vention Russlands in der Ukraine.

Natürlich hat niemand in Europa und ganz sicher nicht in Deutschland ein Interesse an weiteren und schärferen Sanktionen, und natürlich brauchen Europa und die ganze Welt einen Partner wie Russland für die Lösung globaler Konflikte und für die Bewältigung globaler Herausforderungen. Aber der Weg zu einem neuen Aufbruch in den europäisch-russischen Beziehungen, also zum Beispiel der Weg zu freiem Handel zwischen Lissabon und Wladiwostok, führt eben über Minsk und die Umsetzung der dort vereinbarten Schritte zur Beendigung der bewaffneten Intervention in der Ukraine.

Deutschland gehört zu den Ländern, die am energischsten für eine Verhandlungslösung eintreten – durch den Bundesaußenminister und die Bundeskanzlerin. Es gibt aber keine Alternative zur Rückkehr zu all dem, was vor rund 40 Jahren in der KSZE-Schlussakte von Helsinki vereinbart wurde und was vermutlich in ganz Europa die größte Leistung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war, nämlich die Erklärungen zur Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und zum Gewaltverzicht.

Aber auch im Inland stehen wir vor großen Herausforderungen. Die Investitionskraft unseres Landes muss steigen; sowohl bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur als auch bei privaten Investitionen in Unternehmen. Deshalb ist es richtig, nachdem die Koalition zusätzliche Verkehrsinvestitionen in Höhe von 5 Milliarden Euro vereinbart hat, jetzt noch einmal – diese Möglichkeit hat der Finanzminister aufgrund der soliden Finanzpolitik – 10 Milliarden Euro zusätzlich zu investieren. Dazu kommt eine Entlastung der Kommunen in dieser Legislaturperiode um rund 10 Milliarden Euro. Das ist deshalb so wichtig, weil mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen von den Gemeinden getätigt werden. Außerdem wollen wir jetzt im Frühjahr die Ergebnisse der Expertenkommission vorlegen, wie wir private Investitionen steigern können, in den privaten Sektor selbst und auch in die öffentliche Infrastruktur.

Natürlich ist es auch weiterhin nötig, sich um den Aufbau Ost zu

kümmern. Ja, da hat sich vieles verbessert. Aber gerade der Mindestlohn ist für Ostdeutschland wichtig. Das in der Koalition vereinbarte Projekt zu einer Solidarrente übrigens auch; es ist vor allen Dingen für Ostdeutschland und für Frauen von Bedeutung. Wir haben deshalb auch das Zukunftsinnovationsprogramm Mittelstand im Wirtschaftsministerium ausgebaut, durch die wesentliche Förderung in Ostdeutschland geschieht. Das Gleiche gilt auch für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Eines muss auch klar sein: Was immer bei den Verhandlungen über die Fortführung des Solidarpaktes ab 2019 herauskommt – wir werden nicht an einer besonderen Förderung von Ostdeutschland vorbeikommen, meine Damen und Herren. Der Aufbau dort muss weitergehen, aber eben auch in vielen anderen Regionen stärker werden, die heute benachteiligt sind.

Zu unseren Aufgaben gehört auch, junge Unternehmen in ihrer Wachstumsphase besser zu fördern. Ich bin der Deutschen Börse dankbar für ihre Initiativen. Wir begleiten das durch den Ausbau der Förderinstrumente. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen auch den regulatorischen Rahmen anpassen. Es kann doch nicht sein, dass wir den Einstieg in junge deutsche Unternehmen für Kapitalgeber auf Dauer durch hohe Hürden im Einkommensteuerrecht erschweren und damit international überhaupt nicht wettbewerbsfähig sind.

Dazu zählt auch der Abbau von Bürokratie. Wir werden in diesem Frühjahr ein Gesetzespaket zum Bürokratieabbau vorlegen.

Eine der großen Herausforderungen wird die Digitalisierung unserer Wirtschaft sein. Den digitalen Sektor gibt es schon lange nicht mehr. Die Digitalisierung hat längst alle Bereiche des Lebens und der Wirtschaft erreicht. Sie verändert Qualifikations- und Wertschöpfungsstrukturen, schafft neue Chancen, aber eben auch neue Herausforderungen und Risiken. Deutschland unterstützt die Schaffung eines gemeinsamen digitalen Binnenmarktes in Europa und baut selbst seine digitale Infrastruktur aus. Wir öffnen Deutschland auch weiter digital. Wir sorgen für freies WLAN, freie Routerwahl, wirksame Verankerung der Netzneutralität, investitionsfreundliche Netzregulierung und für einen Ordnungsrahmen für die digitale Ökonomie.

Die Neuordnung unserer Energiepolitik gehört auch zu den innerdeutschen Herausforderungen. Wir müssen die Umstellung eines der weltweit führenden Industriestandorte auf eine neue, klima-

schonende, nachhaltige, aber eben auch bezahlbare Energiebasis weiter voranbringen. Für den Industriestandort Deutschland ist es elementar, dass sich die Energiekosten im Vergleich zu unseren Wettbewerbern nicht immer weiter verteuern, meine Damen und Herren.

Nach der Einführung einer Zielsteuerung beim Zubau der Erneuerbaren müssen wir deswegen jetzt die Architektur des Marktes und der Netze an die Energiewende anpassen. Mit unserem Grünbuch haben wir die Diskussion über die Zukunft des Strommarktes eröffnet. Dazu kommen die Entscheidungen über die Zukunft von KWK und Stadtwerken. All das werden wir in diesem Jahr nicht nur voranbringen, sondern auch abschließen müssen.

Meine Damen und Herren, jede der genannten Veränderungen bringt Herausforderungen an das heutige Modell Deutschland mit sich. Wer ehrlich ist, der weiß, dass sich unser Land ändern muss, um seine Werte zu sichern und weiterhin erfolgreich zu sein. Um selbstbewusst in die Zukunft zu blicken, muss sich Deutschland öffnen und Barrieren abbauen.

Wir müssen Deutschland weiter öffnen: einmal nach innen, um mehr Menschen die Erarbeitung von Wohlstand, aber auch die Teilhabe an diesem Wohlstand zu ermöglichen. Das wichtigste Instrument dabei ist Bildung. Viel zu viele junge Menschen in Deutschland wachsen in zweiter und dritter Generation in Stadtteilen auf, in denen sie keine Erfahrung von Aufstieg durch Bildung machen; und das gilt für Deutsche wie für Zuwandererkinder, meine Damen und Herren.

Deshalb ist es richtig gewesen, dass die Koalition entschieden hat, den Ländern 6 Milliarden Euro mehr für Bildungsinvestitionen zur Verfügung zu stellen. Die sind genau in diesen Stadtteilen am besten aufgehoben.

Zur Öffnung nach innen gehört aber auch mehr Gleichberechtigung. Es ist nicht nur ungerecht, immer noch viel zu vielen Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur beruflichen Karriere zu verbauen, wenn sie Kinder haben, sondern es ist auch wirklich ökonomischer Unfug.

Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen für mehr Gleichberechtigung und Gleichstellung erhöhen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Akzeptanz neuer Erwerbsbiografien, die Integration von Zuwanderern, die Toleranz gegenüber neuen Familienmodellen, religiöser Zugehörigkeit und gleichgeschlechtlichen Ehen sowie die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft – all das gehört zur Öffnung nach innen.

Wir brauchen auch die Bereitschaft, uns mehr nach außen zu öffnen, eine Bereitschaft zu mehr und nicht zu weniger Internationalität. Dazu gehört auch Freihandel, meine Damen und Herren, der natürlich in Deutschland und in Europa weder Standards absenken darf, noch an irgendeiner Stelle das Recht privatisieren darf oder die demokratischen Rechte von Parlamenten und Regierungen einschränken darf.

Der Verweis auf schlechte Freihandelsabkommen der Vergangenheit darf uns doch nicht daran hindern, bessere für die Zukunft zu machen.

Wenn wir uns als Europäer von den Entwicklungen abkoppeln, die heute das asiatische oder das pazifische Jahrhundert genannt werden, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung dahin verschiebt, wir uns aber keine Partner suchen, mit denen wir gemeinsam ein Gegengewicht dazu bilden, dann werden wir uns den internationalen Standards, über die andere entscheiden, anpassen müssen, statt sie selber jetzt mutig zu gestalten. Darum geht es bei der Debatte.

Noch einmal: Nicht jedes Freihandelsabkommen ist gut. Es gibt Dinge, die wir nicht machen dürfen und auch nicht machen werden; diese habe ich eben schon genannt. Aber eine Verweigerungshaltung zwingt uns später zur Anpassung.

Wir sollten die vermutlich letzte Chance nutzen, dass Europa diese Standards im Sinne Europas definiert, statt sich später anderen Standards anpassen zu müssen.

Zur Öffnung gehört auch, dass sich Deutschland dazu bekennen muss, ein Einwanderungsland zu sein, um seine wirtschaftliche Stärke beizubehalten.

Dazu gehören klare Regeln, die festlegen, wen wir aufnehmen, weil er Hilfe und Schutz vor Verfolgung und Krieg braucht, um wen wir weltweit werben, weil er bislang nicht bereit ist, zu uns zu kommen, wir ihn oder sie aber brauchen. Übrigens auch Regeln diesbezüglich, wen wir nicht in Deutschland aufnehmen können oder wollen. Manches davon ist bereits geregelt, anderes nicht. Deshalb ist die Debatte über ein modernes Einwanderungsgesetz meines Erachtens außerordentlich sinnvoll. Wir sollten sie mutig und offen führen, meine Damen und Herren.

Aber Gesetze alleine helfen nicht. Wir müssen in der Praxis ein Einwanderungsland werden. Zur Bildung habe ich schon etwas gesagt. Es muss zum Beispiel aber auch darum gehen, dass wir nicht jedes Jahr erneut um die Finanzierung kämpfen müssen, damit ausreichend Sprachförderkurse vorgehalten werden können.

Ich bin es, ehrlich gesagt, leid, dass wir diese Debatte immer wieder führen müssen, und bin außerordentlich froh, dass wir die Haushaltsmittel für Integrationskurse 2014 um 40 Millionen Euro auf inzwischen immerhin 244 Millionen Euro aufstocken konnten. Wir müssen und wollen das fortschreiben.

Meine Damen und Herren, für nachhaltiges Wachstum in Deutschland ist ein starkes Europa die entscheidende Voraussetzung. Dazu müssen wir dringend die notwendigen Strukturformen durch eine ambitionierte Wachstumspolitik in Europa ergänzen.

Ich begrüße es sehr, dass der Europäische Rat im letzten Dezember die mit bis zu 315 Milliarden Euro ausgestattete europäische Investitionsoffensive von Kommissionspräsident Juncker beschlossen hat. Ich finde es – das sage ich ausdrücklich – richtig, dass die Kommission die Möglichkeiten der Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt nutzt und sich dieser Debatte nicht verweigert hat.

Wir wollen, dass diese Investitionsoffensive ein Erfolg wird. Deshalb werden wir unseren Beitrag zum Gelingen dieser Offensive leisten, indem wir uns über die KfW mit bis zu 8 Milliarden Euro – möglicherweise sogar darüber hinaus – an der Projektfinanzierung beteiligen. Ich bin meinem Kollegen Wolfgang Schäuble außerordentlich dankbar, dass er das mitträgt und im Ecofin-Rat in dieser Woche vertreten hat. Wir haben dank unserer soliden Finanzpolitik die Möglichkeit, uns daran zu beteiligen. Das sollten wir nicht kleinreden. Deshalb sage ich herzlichen Dank an den Kollegen Schäuble für diese Initiative.

Wir haben vereinbart, dass Deutschland und Frankreich die europäische Investitionsoffensive nach Kräften unterstützen und durch eigene Initiativen und Reformen voranbringen wollen. Ziel darf kein konjunkturelles Strohfeuer sein, sondern Ziel müssen Investitionen in Nachhaltigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents sein, also in digitale Infrastruktur, in Energieeffizienz, in den Energiebinnenmarkt, in Forschung und Entwicklung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahlen in Griechenland am letzten Sonntag rufen uns allerdings auch in Erinnerung, wie sehr Europa von der Kooperationsbereitschaft seiner Mitgliedsstaaten abhängt, und auch, dass wir bei Fragen der wirtschaftlichen Erholung und der wirtschaftlichen Stabilität und den dafür notwendigen Reformschritten nicht vergessen dürfen, dass es nicht nur um ökonomische Lehrmeinungen geht, sondern immer auch um Menschen. Ohne Hoffnung und

nur mit äußerem Druck gelingen keine Reformen.

Griechenland hat einen beachtlichen Fortschritt bei der Sanierung seines Haushalts und auch beim Wirtschaftswachstum gemacht. Ich finde, man darf jetzt auch einmal sagen, dass die Menschen dort ungeheuer viel ertragen und erduldet haben; auch das zu sagen gehört dazu.

Ich erinnere mich noch ganz gut, welche Debatte wir bei der Agenda 2010 in unserem Land hatten. Wer ehrlich ist, der muss doch sagen: Gegenüber dem, was Griechenland zu schultern hatte und hat, ist die Agenda 2010 in unserem Land ein laues Sommerlüftchen gewesen. Gerade wir sollten die Bereitschaft zu Reformen in diesem Land und das, was Menschen dort dafür zu ertragen hatten, hochschätzen und das öffentlich zum Ausdruck bringen.

Ich hoffe sehr, dass es der neuen Regierung in Griechenland gelingt, das System von Korruption, persönlicher Bereicherung und Vorteilsnahme, das sich ungeachtet der Reformprogramme in Griechenland hartnäckig hält, endlich zu zerstören. Das ist dringend notwendig.

Dieses Land ist viel zu lange die Beute von einigen Familien gewesen, die sich jeder Verantwortung für dieses Land entzogen haben.

Deswegen sind nicht die Troika und Europa an den Problemen in Griechenland schuld. Das ist eine falsche Interpretation.

Jedenfalls hoffe ich, dass es gelingt, eine gerechtere Verteilung der Lasten zu erzielen. Es ist immer noch traurige Realität, dass die Vermögensverteilung in Griechenland eine der ungerechtesten in Europa ist.

Ich finde, wir Deutschen haben auch diesbezüglich eine Erfahrung anzubieten: Der Lastenausgleich dieses Landes nach 1945 war eine Maßnahme, in deren Folge diejenigen, die nach dem Zweiten Weltkrieg noch Vermögen hatten, von ihrem Vermögen etwas abgegeben haben, um denen, die alles verloren hatten und als Flüchtlinge in dieses Land kamen, zu helfen, sich in diesem Land zu integrieren. Das ist ein Beispiel, dem auch in Griechenland diejenigen folgen sollten, die über große Vermögen verfügen.

Ich sage deshalb auch klar: Wir wollen Griechenland in der Euro-Zone halten, nicht, weil es alternativlos ist, sondern, weil es das Richtige ist, um Europas wirtschaftliche und politische Zukunft zu sichern. Gleichzeitig aber erwarten wir, dass die neue griechische Regierung ihren Verpflichtungen nachkommt.

Natürlich muss jeder Demokrat die demokratische Entscheidung von Wählerinnen und Wählern genauso akzeptieren wie das Recht

einer neu gewählten Regierung, ihren Kurs neu zu bestimmen. Allerdings gilt ebenfalls, dass natürlich auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger Europas erwarten können, dass Veränderungen in der griechischen Politik nicht zu ihren Lasten vorgenommen werden. Darum geht es.

Was immer die griechische Regierung an den zwischen den europäischen Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und

Griechenland vereinbarten Maßnahmen, Programmen und Reformen ändern will, sie muss die Konsequenzen dieser Änderungen im eigenen Land bewältigen und darf sie nicht auf die Bürgerinnen und Bürger anderer Länder abwälzen. Darum geht es in der Debatte.

Denn Europa lebt von Berechenbarkeit und Kooperationsbereitschaft, allerdings auch von gegenseitiger Fairness.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 zeigt: Wir stellen uns den vor uns liegenden Herausforderungen. Richtschnur des Handelns dieser Bundesregierung ist die Öffnung der Gesellschaft auf Grundlage der Idee der sozialen Marktwirtschaft und der Zusammenarbeit aller in unserem Land. Ich bin fest davon überzeugt, dass Deutschland von mehr Offenheit profitieren wird. Sie schafft Freiheit, und zwar nicht nur die Freiheit, sich um seine

wirtschaftlichen Belange zu kümmern, sondern vor allen Dingen Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens. Das ist die Voraussetzung für Kreativität und Leistungsbereitschaft. Das gehört zu einer modernen sozialen Marktwirtschaft.

Im Übergang zur vierten industriellen Revolution spielen Grenzen des Denkens und Grenzen hinsichtlich der Zugehörigkeit der Länder kaum noch eine Rolle.

Aber Kreativität und Mut spielen genauso viel eine Rolle wie in der Vergangenheit. Wir müssen und werden das fördern. Wenn wir an einem Strang ziehen, dann – da bin ich mir sicher – werden wir es schaffen, in Deutschlands und Europas Zukunft zu investieren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Klaus Ernst, DIE LINKE:

Sie machen ein Renditeprogramm für die Reichen



Klaus Ernst (*1954)
Landesliste Bayern

Herr Minister, nachdem Sie sich jetzt doch zu einer Aussage verstiegen haben, was die Verhältnisse in Griechenland angeht, mache ich zwei, drei kurze Bemerkungen dazu.

Der erste Punkt ist: Was wäre die Alternative gewesen? Die Alternative in Griechenland wären Neuwahlen gewesen. Dann hätten wir im Ergebnis noch instabilere Verhältnisse, die sich mit Sicherheit auf Europa nicht positiv ausgewirkt hätten.

Der zweite Punkt, der mich sehr ärgert: Es waren Ihre Partnerparteien – Pasok ist eine sozialdemokratische Partei; Nea Dimokratia ist die konservative Partei –, die diesen Saustall in Griechenland verursacht haben – das haben Sie vorhin selber gesagt –: Korruption, die Reichen werden nicht besteuert. Vielleicht hätten Sie vorher einmal nach Griechenland fahren und denen sagen sollen, dass sie anständige Politik machen müssen. Dann müssten Sie sich hinterher nicht darüber aufregen, dass unsere Partnerorganisation dort das einzig Mögliche macht, nämlich diese Verhältnisse wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen und dafür zu sorgen, dass tatsächlich die Reichen besteuert werden, dass tatsächlich andere Verhältnisse in Griechenland herrschen als die, die Sie kritisiert haben.

Aber das, meine Damen und Herren, ist nicht unser Thema.

Im Zusammenhang mit der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichtes haben Sie heute betont, die deutsche Wirtschaft sei in guter Verfassung, und haben viele Punkte angesprochen, die auch uns freuen, zum Beispiel die Entwicklung von Beschäftigung und Wachstum. Ich bin Ihnen dankbar, Herr Gabriel, dass Sie aber auch darauf eingegangen sind, was nicht in Ordnung ist. Auf diesen Punkt möchte ich schon hinweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wer, bitte, ist denn eigentlich die Wirtschaft? Sind das nur die Zahlen, die wir hier vorgelegt bekommen, oder stecken auch Menschen dahinter?

Wenn man sich anschaut, wie sich die Entwicklung der Wirtschaft darstellt, dann merkt man: Sie ist äußerst unterschiedlich. Von 2000 bis 2013 ist der Umfang der Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 24 Prozent gestiegen; das ist ein Viertel mehr. Im selben Zeitraum war bei den abhängig Beschäftigten ein reales Minus von 3,1 Prozent zu verzeichnen. Wir haben hier also eine vollkommen unterschiedliche Entwicklung. Die Menschen nehmen nicht mehr gleichermaßen an der wirtschaftlichen Entwicklung teil, sondern ein großer Teil von ihnen ist abgehängt, nämlich diejenigen, die das Ganze erarbeiten: durch Schichtarbeit, durch Samstagsarbeit, durch Sonntagsarbeit, oft auch indem sie ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen. Wenn man diese Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppelt und sagt: „Die Wirtschaft ist in guter Verfassung“, wird dies dem Zustand des Landes nicht gerecht, meine Damen und Herren.

Im Übrigen haben wir die Situation – Sie haben ja auch etwas zum Thema Renten gesagt, Herr Gabriel –, dass die Renten von

2000 bis 2012 um real 19 Prozent gesunken sind, im Osten um 24 Prozent. Wir sehen also, dass Sie nicht nur die abhängig Beschäftigten, sondern auch die Älteren, die unser Land aufgebaut haben, nicht an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen.

Weil Sie auch etwas zur Agenda 2010 gesagt haben, Herr Gabriel: Wenn man Gesetze macht, durch die die Löhne gedrückt werden, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Beschäftigten geringere Löhne gezahlt bekommen. Das ist die Wahrheit.

Wie kommen wir wieder voran? Sie haben den Mindestlohn angesprochen, Herr Gabriel. Ja, 8,50 Euro sind besser als nichts. 10 Euro wären bei weitem besser und angemessener gewesen.

Ich sage Ihnen, was jetzt aber überhaupt nicht geht: vollkommen zu verharmlosen, dass selbst diese 8,50 Euro von Teilen Ihrer eigenen Regierung bzw. von einem Teil der Fraktionen, die die Regierung stellen, offensichtlich sabotiert werden. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU/CSU: Sie sabotieren Ihre eigenen Gesetze, die Gesetze, die Sie selber hier beschlossen haben.

Nichts anderes ist es, wenn Sie sagen: Wir wollen, dass in bestimmten Bereichen nicht mehr kontrolliert wird, wie lange die Leute eigentlich arbeiten.

Es geht doch um die Dokumentationspflicht.

Ich sage: Wenn Sie nicht dokumentieren, wie lange die Menschen arbeiten, wissen Sie auch nicht, welchen Lohn sie pro Stunde bekommen, weil Sie den Lohn dann gar nicht auf die Arbeitszeit umrechnen können.

Deshalb sagen wir: Hören Sie mit diesem Unsinn auf! Halten Sie sich wenigstens an das, was Sie selber beschlossen haben!

Um die Verhältnisse wieder vernünftig zu gestalten, wäre es notwendig, dafür zu sorgen, dass es

am besten gar keine Leiharbeit mehr gibt, dass aber zumindest gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird, und zwar ab der ersten Stunde. Wir müssen Regelungen zur Befristung treffen, und wir müssen vor allen Dingen beim Thema Werkverträge vorankommen. Hier haben Sie bisher nur heiße Luft von sich gegeben.

Das große Problem in unserem Land sind die Investitionen; Sie haben den Titel Ihres Berichts – „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“ – erwähnt. Wenn Sie es nur tun würden, meine Damen und Herren! 5 Milliarden Euro soll es zwischen 2014 und 2017 für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur geben, 10 Milliarden Euro im selben Zeitraum für Infrastruktur und Energieeffizienz. Angesichts dieser Zahlen reibt man sich wirklich die Augen. Ich möchte, damit die Höhe des Investitionsbedarfs auch Ihnen bewusst wird, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zitieren. Dort heißt es – ich zitiere –:

Im Vergleich mit dem Durchschnitt der Eurozone ... hat sich in Deutschland seit 1999 eine Investitionslücke von drei Prozent

– ich betone: jährlich – des Bruttoinlandsprodukts gebildet. Kumuliert seit 1999 entspricht dies etwa einer Billion Euro ...

Ich wiederhole: Das Investitionsdefizit beträgt laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung 1 Billion Euro. Aber Sie betreten die Bühne mit 5 und 10 Milliarden Euro. Für wie dumm halten Sie die Leute eigentlich? Glauben Sie wirklich, die Leute denken, dass man damit tatsächlich etwas bewegen kann?

Notwendig wären tatsächlich Investitionen. Die muss man finanzieren. Aber statt nun die niedrigen Zinsen auszunützen, um für mehr Investitionen staatlicherseits zu sorgen, kommen Sie mit der schwarzen Null. Ich habe langsam den Eindruck, die großen schwarzen Nullen sitzen in dieser Regierung. Leider geht das zulasten der Bevölkerung.

Sie hätten auch die Möglichkeit, bei denen, die wirklich zu viel haben, Steuern zu erhöhen; denn die Vermögensverteilung läuft ausei-

einander. Auch das tun Sie nicht. Sie verweigern höhere Steuern. Obwohl Sie sich vor der Wahl, Herr Gabriel, noch dafür ausgesprochen hatten, sah die Welt kurz nach der Wahl wieder vollkommen anders aus.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen Sie auf die fantastische Idee – ich zitiere aus Ihrem Jahreswirtschaftsbericht –: Für die Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur sollen nun „private Finanzierungsmöglichkeiten“ einbezogen werden. – Was machen Sie denn da nun? Obwohl wir wissen, dass die Privaten sozusagen Geld wie Heu haben und dennoch nicht investieren, wollen Sie, dass jetzt die Privaten die Infrastruktur des Staates erneuern, den Straßenbau übernehmen. Was Sie hier machen, ist der direkte Griff in die Taschen der Steuerzahler. Ich sage Ihnen auch, warum. Nehmen Sie einmal den Bericht des Bundesrechnungshofs, der dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vorgelegt wurde. Dort lesen Sie – ich zitiere –:

Vielmehr haben Berechnungen des Bundesrechnungshofs zu fünf der sechs bereits vergebenen ÖPP-Projekte ergeben, dass allein diese um insgesamt über 1,9 Mrd. Euro teurer sind, als es eine konventionelle Realisierung gewesen wäre.

Er kommt zu dem Ergebnis – ich zitiere weiter –:

Der Bundesrechnungshof ist der Auffassung, dass die bisherigen ÖPP-Projekte unwirtschaftlich sind.

Was bedeutet das? Die Projekte, die es schon jetzt in dieser Art und Weise gibt, wo sozusagen private Investoren für öffentliche Investitionen gewonnen werden sollen, kosten den Steuerzahler viel mehr Geld, als wenn wir das über Kredite des Staates finanzieren oder die Reichen entsprechend besteuern. Was Sie machen, ist ein Renditeprogramm für die Reichen, für die Besserverdienenden, für die großen Unternehmen. Was Sie verweigern, ist eine vernünftige öffentlich finanzierte Infrastruktur für die Leute in diesem Land. Das ist eine unmögliche Politik.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

Es braucht ein vernünftiges Freihandelsabkommen



Michael Fuchs (*1949)
Wahlkreis Koblenz

Es fällt natürlich ein bisschen schwer, nach einem solchen Unsinn überhaupt noch ernst zu bleiben; Herr Ernst, mir fällt das schwer.

Denn was ich da von Ihnen hören musste, das ist nun mal durch nichts zu belegen. Sie haben es immer noch nicht kapiert. Sie reden davon, dass der Staat das alles besser könne. Das haben Sie ja mit der SED in der DDR bewiesen: Da ist er dann zusammengebrochen.

Meine Damen und Herren, Deutschland geht es gut. Wir haben eine Situation, wie wir sie so gut in Deutschland eigentlich noch nicht gehabt haben: 42,8 Millionen Erwerbstätige in Deutschland – der Bundesminister hat es eben gesagt –, das ist eine Erfolgsstory. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Das ist für mich eines der wichtigsten Signale, dass es Deutschland gut geht; denn es gibt nichts Schlimmeres, als wenn junge Menschen keine Hoffnung haben. Das haben wir Gott sei Dank in Deutschland verändert.

Wenn Sie sich anschauen, wie es im europäischen Umfeld aussieht, dann sehen Sie: Wir sind auf einem guten Weg. In Frankreich liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 25 Prozent, in Spanien bei 42 Prozent. Bei uns liegt sie durchschnittlich bei 6,7 Prozent. In vielen Regionen Deutschlands gibt es keine Jugendarbeitslosigkeit mehr. Im Gegenteil: Wir sind dabei, nach Wegen zu suchen, wie wir für diese Regionen unter Umständen junge Leute aus dem Ausland anwerben können.

Dies zeigt: Wir haben die richtige Wirtschaftspolitik betrieben. Wir haben dafür gesorgt, dass es läuft. Die Unternehmer wie die Arbeitnehmer in den Betrieben haben eine gute Arbeit geleistet.

Wir haben einen Konsolidierungskurs gefahren, der bemerkenswert ist: Wir haben bereits

letztes Jahr die schwarze Null erreicht. Dieses Jahr wird es dann sicherlich – Überraschungen des Finanzministers sind ja bekannt – auch noch ein nettes Plus geben; wir gehen mal davon aus, dass das so sein wird. Ich finde, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Das ist allerdings – das sollten wir auch sagen – keine gottgegebene Sache und auch kein Automatismus. Wir müssen schon daran arbeiten, dass das so weitergeht. Ich habe das Gefühl, dass wir im letzten Jahr das eine oder andere Mal ein bisschen zu viel über Verteilungsgerechtigkeit nachgedacht haben, aber zu wenig darüber, wie wir die wirtschaftliche Situation in Deutschland verbessern und verstärken. Das sollten wir jetzt machen. Die Worte des Wirtschaftsministers in diesem Zusammenhang habe ich gehört.

Wir dürfen bei der Bürokratie nicht immer weiter draufsatteln. Das haben Sie selbst gesagt, Herr Gabriel, und ich bin Ihnen dankbar dafür. Allerdings habe ich das Gefühl, dass das nicht in allen Ministerien so verstanden wird.

Zu den Dokumentationspflichten beim Mindestlohn sage ich Ihnen: Das geht ein gutes Stück zu weit, verehrte Frau Andreae. Das geht nämlich so weit, dass wir alle Unternehmer – und das stört mich vor allen Dingen bei der Linken besonders – unter den Generalverdacht stellen, dass sie Verbrecher und Betrüger sind. Das ist nicht in Ordnung, und das möchte ich nicht. Wir haben in Deutschland einen Mittelstand, der hervorragende Arbeit leistet, indem die Unternehmen gut zusammenarbeiten. Sie alle unter einen Generalverdacht zu stellen, das ärgert mich schon ganz gewaltig. Auch darüber sollten wir nachdenken. Ich will kein Misstrauensklima in Deutschland haben. Bleiben wir bitte beim Bürokratieabbau. Das muss unser gemeinsames Ziel sein; denn es macht überhaupt keinen Sinn, Bürokratie aufzubauen, parallel dazu aber davon zu reden, dass wir sie abbauen wollen. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir da unbedingt herangehen müssen.

Ich finde, dass wir auch in Europa ein gutes Stück weitergekommen sind. Es ist erfreulich, dass viele Länder jetzt aus den Programmen, die wir hier in diesem Hohen Haus beschlossen haben, herausgekommen sind. In Irland sind wir auf einem sehr gu-

ten Weg. Selbst in Portugal und in Spanien sind wir auf einem guten Weg. Die Kanzlerin hat am Wochenende ja gesagt, dass auch Italien langsam, aber sicher merkt, dass wir nur über Reformen aus der Krise herauswachsen können. Ich hoffe, dass das in allen anderen Ländern genauso wird.

Wenn nun aber in Griechenland eine neue Regierung antritt und sagt, die geringe Reform, die gemacht wurde, wolle man zurückdrehen und ein Antispar bzw. Antireformprogramm oder gar einen Anti-Merkel-Pakt beschließen, dann macht mir das schon erhebliche Sorgen. Das ist nicht der Weg, mit dem Europa wettbewerbsfähig wird, und das ist auch nicht der Weg, mit dem wir die Zukunft in Europa gestalten können.

Wenn dann Linksradikale mit Rechtspopulisten koalieren, dann frage ich mich, ob ich nicht im falschen Film bin.

Wenn ich mir dann angucke, was diese Linksradikalen zusammen mit den Rechtsradikalen da machen wollen, wird es mir angst und bange. Und dann, Herr Ernst: Wenn es eine Partei ist, die Antisemitismus, Rassismus und einen Chauvinismus in ihrem Programm hat, der nicht akzeptabel ist, dann kann ich nur sagen: Eine Koalition mit einer solchen Partei zu akzeptieren, zeigt den ganzen Charakter der Linken und stört mich ganz gewaltig. Ich möchte nicht, dass wir solche Verhältnisse jemals in Deutschland bekommen, und ich sage Ihnen eines: Gott sei Dank wird diese Linke zusammen mit der AfD und der Pegida in Deutschland niemals mehrheitsfähig sein – und das wünsche ich Ihnen auch nicht.

Wir stehen vor einer Reihe großer Herausforderungen; der Minister hat schon eine ganze Menge genannt. Eine der Herausforderungen ist sicherlich die Energiewende. Wir haben im letzten Jahr eine vernünftige EEG-Reform durchgeführt. Ich würde mir wünschen, der Herr Krischer würde sich heute bei Ihnen, Herr Gabriel, entschuldigen; denn er hat am 27. Juni 2014 hier im Hohen Hause gesagt – ich zitiere das einmal –:

Sigmar Gabriel ist die Abrissbirne, die die erneuerbaren Energien in diesem Land kaputt macht ...

Das war eine Unverschämtheit.

Wenn Sie einmal nachgucken würden, was im letzten Jahr passiert ist, dann wüssten Sie, dass

das, was Sie erzählt haben, Unsinn war. Wir haben für neue Investitionen gesorgt, was allein im Bereich der Onshorewindenergie zu einer Ausweitung der Kapazität im Umfang von brutto 4.700 Megawatt und netto 4 300 Megawatt geführt hat. Das ist gewaltig viel und sogar viel mehr, als wir uns in dem Zielkorridor von 2 400 Megawatt bis 2 600 Megawatt vorgenommen hatten. Wir hatten 2.400 bis 2.600 Megawatt geplant, und es sind netto 4.300 Megawatt geworden. Das zeigt ja wohl, dass wir die Energiewende nicht kaputt gemacht, sondern dass wir, im Gegenteil, in gewaltigem Maße Möglichkeiten geschaffen haben, in Deutschland in erneuerbare Energien zu investieren.

Ich kann nur sagen: Wir müssen uns schon genau überlegen, ob das richtig ist. Verehrte Kollegen von den Grünen, diese zusätzlich gebauten Anlagen kosten 250 Millionen Euro pro Jahr mehr an EEG-Umlage. Wir liegen zurzeit bei 22 Milliarden Euro. Zu dieser Summe kommen in diesem Jahr 250 Millionen Euro mehr dazu, und zwar nur aufgrund der Tatsache, dass wir beim Ausbau der Windenergie deutlich über das selbstgesteckte Ziel hinausgeschossen sind.

Herr Minister, wir sollten darüber nachdenken, ob wir den Ausbau in den Folgejahren leicht reduzieren, um diesen nicht gewollten Anstieg bei den Mitteln zu kompensieren. Ich halte das für eine sinnvolle Maßnahme; denn wir müssen in irgendeiner Weise die gewaltigen Mehrausgaben in diesem Bereich kompensieren. Die Firmen können das nicht bezahlen, und auch die Bürger können das nicht bezahlen.

Ich halte es für vollkommen richtig, dass Sie heute in diesem Hohen Hause gesagt haben, dass unsere Mehrausgaben bei den Energiekosten gedeckelt werden müssen, dass wir aufhören müssen, zu glauben, wir könnten die Energiekosten immer und immer weiter steigen lassen. Das gilt für KWK. Das gilt aber auch für alles, was erneuerbare Energien in diesem Zusammenhang ausmacht.

Ich meine, es ist allerhöchste Zeit, das zu tun; denn in vielen Bereichen hat der Ausbau nichts gebracht. Mittlerweile gibt es mehr chinesische PV-Module auf deutschen Dächern als Module aus Deutschland. Das wird nicht zu unserer Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Der Ausbau hat zwar für Bayern ein erfreuliches Ergebnis erzielt, weil es dadurch zu einer Umkehr des Länderfinanzausgleichs gekommen ist. Aber ob das sinnvoll ist, müssen wir noch einmal diskutieren.

Auch der Netzausbau muss mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien in irgendeiner Art syn-

chronisiert werden. Es macht keinen Sinn, wenn wir ständig weitere Anlagen im Norden bauen, aber den Strom nicht in den Süden transportieren können.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. In Schleswig-Holstein werden wir Ende dieses Jahres wahrscheinlich eine installierte Leistung von 12 Gigawatt bei den erneuerbaren Energien erreichen. In Schleswig-Holstein werden aber maximal 2,8 bis 3 Gigawatt an installierter Leistung gebraucht. Das heißt, dort gibt es 9 Gigawatt zu viel. Wohin mit dieser Leistung? Sie muss wegtransportiert werden. Wenn es uns nicht gelingt, diese wegzutransportieren, dann haben wir ein Problem. Dann müssen diese Anlagen nämlich permanent abgeschaltet werden – das können Sie jetzt schon beobachten –, und das kostet enorm viel Geld. Das müssen alle Verbraucher bezahlen. Das kann nicht unser Ziel sein. Deswegen muss das gesamte Hohe Haus dafür sorgen, dass der Netzausbau so schnell wie möglich vorankommt. Das dauert mir bei weitem zu lange. Das kann so nicht weitergehen. Ich bin der Meinung, dass wir auf diesem Sektor Defizite haben, und zwar in allen Bundesländern, auch in Bayern.

Es ist klar, dass wir nur dann, wenn wir ein vernünftiges Freihandelsabkommen mit den Amerikanern aushandeln, in der Zukunft Standards und Normen setzen. Die Amerikaner verhandeln zurzeit sehr intensiv mit den ASEAN-Staaten über TPP. Wer die State-of-the-Union-Rede von Obama gelesen hat, der wird feststellen, dass sich Obama mehr um TPP als um TTIP kümmert. Wenn es so sein sollte, dass dieses Abkommen zuerst geschlossen wird, dann werden die Amerikaner mit den ASEAN-Staaten Normen und Standards setzen, an denen wir dann nicht mehr vorbeikommen. Das ist nicht meine Vorstellung.

Meine Vorstellung ist, dass wir mit den Amerikanern europäische Standards aushandeln und dass diese dann anschließend auf Asien übertragen werden. Das wäre für die deutsche Wirtschaft eine Chance. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Deswegen ärgere ich mich so, wenn alle NGOs, die Linke sowieso und auch Teile der Grünen das TTIP-Abkommen schlechtreden. Dahinter steckt Ideologie, dahinter steckt Antiamerikanismus. Dagegen wehren wir uns. Wir wollen nämlich genau das Gegenteil. Wir wollen, dass ein vernünftiges Freihandelsabkommen zwischen unseren Ländern geschlossen wird, das den Menschen hilft und das auch den Unternehmen bessere Chancen ermöglicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kerstin Andreae, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Propaganda gegen den Mindestlohn



Kerstin Andreae (*1968)
Landesliste Baden-Württemberg

Herr Gabriel, ich erinnere Sie an das dritte Wort der Debatte. Dieses lautete „roter Anorak“.

Sie sollten sich an damals erinnern, als Sie als Bundesumweltminister die Klimakrise wirklich ernst genommen haben und im roten Anorak vor den Polarbergen erklärt haben: Wir haben ein Problem, das wir weltweit angehen müssen. – Das war damals die richtige Haltung. Diese Haltung sollten Sie auch heute als Bundeswirtschaftsminister einnehmen. Das wäre effektive, sinnvolle Wirtschaftspolitik.

Sie haben viel von zusätzlich notwendigen Investitionen gesprochen. Wir teilen das ausdrücklich. Ja, wir brauchen zusätzliche Investitionen. Aber was im Jahreswirtschaftsbericht zu lesen ist, ist nichts anderes als aufgewärmter Kaffee. Sie reden von 5 Milliarden Euro an Zusatzinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Aber der große Teil fließt in alte Projekte. Da wird Ramsauers Spatenstichpolitik fortgeführt. Hier von Zusatzinvestitionen zu sprechen, ist ein glatter Etikettenschwindel. Von Zukunftsinvestitionen zu sprechen – dieses Wort wird auch im Jahreswirtschaftsbericht verwendet –, geht erst recht nicht. Man könnte nur dann von Zukunftsinvestitionen in den Verkehrsbereich sprechen, wenn das Programm, das zum Ziel hat, 1 Million Elektromobile auf die Straße zu bringen, forciert angegangen und wenn eine Infrastruktur aus Ladestationen finanziert würde. Dann gäbe es eine echte Verkehrswende. Zukunftsinvestitionen bedeuten Umsteuern in Richtung Zukunft und Nachhaltigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen. Das machen Sie hier nicht.

Die Mittel dazu wären doch vorhanden. Die wirtschaftliche La-

ge ist so gut, wie seit langem nicht mehr. Der niedrige Ölpreis, der teilweise bedauerlich schwache Euro – es ist nicht nur schön, dass der Euro so schwach ist – und auch die niedrigen Zinsen verschaffen Ihnen einen Puffer, der es Ihnen ermöglicht, in die Zukunft zu investieren. Sie müssen jetzt handeln, denn der Ölpreis wird nicht immer so niedrig sein. Die Investitionen nehmen gerade ab. Das heißt, dass auch das Angebot abnehmen wird und die Preise wieder steigen werden. Aus Klimaschutzgründen ist es sowieso notwendig, den Ölverbrauch zu senken; das dürfen Sie nicht vergessen. Sie müssen nun das Zeitfenster und die steigenden Einnahmen – der niedrige Ölpreis wirkt wie ein Konjunkturpaket von 20 Milliarden Euro – nutzen und dafür sorgen, dass tatsächlich konsequente Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz getätigt werden.

Gerade bei der Energieeffizienz sind Sie weit von dem entfernt, was wir brauchen. Sie haben auf den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz verwiesen. Aber was wir fordern und brauchen, sind konsequente Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz. Der Klimaschutz eröffnet neue Geschäftsfelder. Wir erleben das in anderen Ländern. In Indien und in China werden die Subventionen für herkömmliche Energiequellen heruntergefahren. Auch Sie könnten die Mineralölsubventionen zugunsten der chemischen Industrie, die ebenfalls von dem niedrigen Ölpreis profitiert, herunterfahren. Klimaschutz ist ein Chancenfaktor und kein Kostenfaktor. Das müsste sich doch durchsetzen lassen.

Ja, es geht um Deutschlands und um Europas Zukunft. Deutschland muss mehr Verantwortung für Europa übernehmen. Derzeit zieht die Europäische Zentralbank den Karren aus dem Dreck. Sie musste handeln, weil die Bundesregierung nicht gehandelt hat.

Die Wahlen in Griechenland zeigen doch nur, dass die Menschen frustriert sind, Angst haben und keine wirtschaftliche Perspektive und Zukunft für sich sehen.

Deswegen geht es vor allem darum, hier Investitionen für wirtschaftliche Perspektiven auf den Weg zu bringen, die Energienetze auszubauen, die Bildung zu fördern sowie kleine und mittlere

Unternehmen zu unterstützen, aber auch Armut zu bekämpfen.

Herr Gabriel, Sie haben angekündigt, dass sich die KfW mit 8 Milliarden Euro an der zweiten Stufe der Projekte beteiligen soll. Das ist nicht der richtige Weg. Sie haben uns im Haushaltsausschuss gesagt, dass Sie sich am Investitionsfonds von Herrn Juncker erst dann beteiligen, wenn die anderen europäischen Länder nachziehen. Wollen Sie wirklich auf Estland und Portugal warten? Nein, richtig wäre, 12 Milliarden Euro in den Investitionsfonds von Herrn Juncker einzuzahlen. Das wäre ein klares, starkes proeuropäisches Signal. Dann würde Deutschland Verantwortung für Europa übernehmen.

Führen wir uns einmal die Debatte über den Mindestlohn vor Augen. Sie sagen, dass Sie Erfahrungen sammeln und dann auswerten wollen. Wir haben Ihnen beim Mindestlohngesetz vorgeschlagen, es genau andersherum zu machen. Evaluieren Sie kontinuierlich mit Beginn des Mindestlohns! Natürlich gibt es am Anfang an der einen oder anderen Stelle noch gewisse Schwierigkeiten. Wenn aber der Wirtschaftsrat der Union und Sie, Herr Fuchs, schon zehn Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes unter dem Deck-

mantel des Bürokratieabbaus versuchen, die Axt anzulegen, dann ist das nichts anderes als Propaganda gegen den Mindestlohn.

Wir würden Sie dabei unterstützen, Bürokratie abzubauen.

Das ist ganz einfach: Lassen Sie diesen CSU-Irrsinn mit der Ausländermaut. Das ist das größte bürokratische Programm, das Sie gerade auf den Weg bringen. Lassen Sie diese Bürokratie weg.

Im Jahreswirtschaftsbericht wird der demografische Wandel als Problem erkannt. Die Diskussion über den Fachkräftemangel gibt es seit vielen Jahren. Ich zitiere:

Der demografische Wandel in Deutschland geht einher mit einer abnehmenden Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter.

Guten Morgen! Genau deshalb ist die Rente mit 63 das falsche Signal an den Arbeitsmarkt gewesen. Es ist diese Koalition, die mit einem falschen Rentenpaket die Probleme des demografischen Wandels verschärft hat. Es ist diese Koalition, die den zukünftigen Generationen Kosten in Höhe von 10 Milliarden Euro pro Jahr aufbürdet. Das war die bisher teuerste sozialpolitische Fehlentscheidung dieser Koalition.

Natürlich brauchen wir eine Fachkräftesicherung im Inland, aber auch Fachkräfte aus dem Ausland. Sie, Herr Gabriel, haben einen bemerkenswerten Artikel im -Tagesspiegel mit der Überschrift „Mut zur Einwanderergesellschaft“ geschrieben. Da finden Sie unsere volle Unterstützung. Aber ich würde mir wünschen, dass sich ein Wirtschaftsminister dieses Landes, der dieses Problem erkennt, auch

in einem Jahreswirtschaftsbericht klar zu einem Einwanderungsgesetz bekennt. Wir brauchen ein Signal, ein Signal für ein weltoffenes, modernes und zukunftsfähiges Deutschland mit Einwanderung, mit einem Einwanderungsgesetz. In diesem Jahreswirtschaftsbericht findet sich nichts darüber. Reden Sie sich nicht damit heraus, dass Thomas de Maizière in seinem Zuwanderungsbericht schreibt, es sei doch alles in Ordnung, es sei zufriedenstellend, und er ein Einwanderungsgesetz ablehnt.

Sie haben viele Sachen angesprochen, die Sie im Kabinett noch nicht durchbekommen haben oder die Sie noch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen diskutieren. Aber ein Wirtschaftsminister muss in der Lage sein, zu sagen: „Wir werden moderne Bedingungen für Einwanderung schaffen, wir werden ein Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen“, und dieses auch im Jahreswirtschaftsbericht benennen und darf sich nicht auf Placebos beschränken, wie Sie es hier getan haben. Das wäre im Übrigen eine Investition in die Zukunft, die keinen Pfennig Geld kostet, sondern die im Gegenteil viel Geld bringt. Was sie kostet, ist Mut und Durchsetzungsfähigkeit. Wir fordern Sie jetzt auf: Stellen Sie die Weichen richtig – für Deutschland und für Europa, für die Zukunft dieses Landes und für die Zukunft nachfolgender Generationen, nicht nur hier, sondern auch in Europa!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hubertus Heil, SPD:

Viele Gründe für den Erfolg



Hubertus Heil (*1972)
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Eigentlich sollten wir über die wirtschaftliche Lage reden, Frau Kollegin Andreae. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Man kann sich doch auch einfach einmal freuen, dass wir eine or-

dentliche wirtschaftliche Entwicklung haben: 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum,

Rekordbeschäftigung, zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Einfach einmal sich fröhlich freuen, würde auch Ihnen den Tag versüßen, sage ich einmal an dieser Stelle.

Es ist natürlich richtig – und das ist ein Verdienst des Bundeswirtschaftsministers –, dass man sich angesichts dieser guten wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur hinstellt und sagt: Es ist schön. – Denn klar ist: Es gibt sehr unterschiedliche Gründe, warum wir so gut aufgestellt sind. Das ist die Folge von Reformen in der Vergangenheit gewesen, das hat etwas mit der aktuellen internationalen Situation zu tun und auch mit der

Arbeit dieser Bundesregierung, die aktuell im Amt ist. Da kommt vieles zusammen.

Aber es ist vor allen Dingen das Verdienst von fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land. Dieser Bundeswirtschaftsminister macht mit dem Jahreswirtschaftsbericht, im Übrigen auch schon mit dem letzten, Dinge anders als Vorgänger. Ich finde es richtig, dass er eben nicht nur sagt, was jetzt ist, sondern auch, was kommen muss, und ganz offen und ehrlich auch Herausforderungen benennt. Genau das ist es.

Aber, liebe Kerstin Andreae, ei-

Fortsetzung auf nächster Seite

nes muss ich doch noch loswerden: Bei bestimmten Fragen habe ich bei der Rede, die ich eben gehört habe, das Gefühl gehabt, dass man geradezu Pappkameraden aufbauen muss, weil es ganz schön schwierig ist, Dinge zu fordern, die es schon gibt. Ich finde das ganz schön schwierig. Mich erinnert das ein bisschen an eine Szene aus den Buddenbrooks, als Arbeiter vor das Haus des Senators ziehen und rufen: Wir wollen eine Republik. – Da sagt der Senator: Wir sind in der Freien und Hansestadt Lübeck, wir sind schon eine Republik. – Daraufhin sagt einer: Dann wollen wir noch eine Republik. – Das ist ein bisschen problematisch.

Sie fordern zusätzliche Investitionen. Genau die haben wir auf den Weg gebracht.

Ich kann sie Ihnen im Einzelnen benennen: 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur; 6 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung, weil wir nicht nur in Beton denken; 3 Milliarden Euro zusätzlich für Forschung; 10 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen bringen wir jetzt auf den Weg. Wir entlasten die Kommunen in dieser Legislaturperiode um über 5 Milliarden Euro. Also einfach mit einer Tonnenideologie immer mehr zu fordern, ist der falsche Weg. Sie könnten zumindest einmal anerkennen, dass diese Regierung massiv mehr als Vorgängerregierungen in die Zukunft investiert.

Wenn wir über Investitionen in diesem Land reden, dann reden wir zum einen über die Investitionen der öffentlichen Hand, also über die Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen, in die Infrastruktur dieses Landes. Ich habe vorhin von Investitionen im Bereich der Bildung gesprochen: Zusätzlich stehen 6 Milliarden

Euro zur Verfügung, vor allen Dingen durch Entlastung der Länder, damit in Kitas, in Schulen, in Hochschulen investiert werden kann. Hinzu kommen zusätzlich 3 Milliarden Euro für Forschung. Das ist eine gigantische Leistung. Man kann immer mehr wünschen – gar keine Frage –; aber wir wollen es eben schaffen – das ist nachhaltige Politik –, die Balance zwischen Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen zustande zu bringen. Dieser Weg scheint richtig zu sein.

Wir haben es geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und wir haben es geschafft, ihn durchzusetzen und auch durchzuhalten. Natürlich ist das Glück manchmal auch mit den Tüchtigen; gar keine Frage. Die internationale Situation ist beschrieben worden, und wir haben das Glück der Tüchtigen an dieser Stelle. Aber es ist nicht so, dass sich diese Bundesregierung auf dem Erreichten ausruht; vielmehr gehen wir die Dinge an, die vor uns liegen. Auch das ist vorhin beschrieben worden.

Mehrere große Herausforderungen liegen vor uns. Es geht nicht nur darum, dafür zu sorgen, dass wir bei den öffentlichen Investitionen vorankommen, sondern zum anderen darum, dass wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Privatwirtschaft in Deutschland investiert. Aber auch

da, Kerstin Andreae, ist der Befund, dass weniger investiert wird, falsch. Die Bruttoanlageinvestitionen in diesem Land sind gestiegen. Auch die Investitionen in der Privatwirtschaft in diesem Land sind gestiegen; auch das ist ein Befund des Jahreswirtschaftsberichts.

Wir haben also einige Aufgaben zu bewältigen. Das Thema Fachkräftesicherung ist vorhin angesprochen worden. Hier sind wir – Kollege Fuchs hat es angesprochen

– ganz kräftig vorangekommen, auch was die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit in diesem Land betrifft. Das ist hochehrfrohlich.

Ich füge hinzu: Es gibt in diesem Bereich noch Potenziale, die wir heben müssen. 50 000 junge Menschen verlassen Jahr für Jahr unsere Schulen ohne Schulabschluss. 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 haben keine Ausbildung. Damit darf man sich nicht abfinden; das werden wir auch nicht. Deshalb ist es gut, dass dieser Bundeswirtschaftsminister im vergangenen Dezember mit Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften die Allianz für Aus- und Weiterbildung geschlossen hat, um dafür zu sorgen, dass wir kein Kind in diesem Land zurücklassen, dass wir versuchen, jedem, auch den Benachteiligten in diesem Land, unter die Arme zu greifen. Das geht nur im Schulterschluss zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Ich finde, auch als Opposition hätte man diese Leistung einfach einmal anerkennen können, Frau Kollegin Andreae.

Sie haben über Einwanderung gesprochen. Ich finde, es ist nicht fair, zu sagen, dass dieser Wirtschaftsminister dazu keine Vorschläge mache; er hat es nämlich in seiner Rede vorhin getan. Wir werden uns miteinander darüber zu unterhalten haben, wie wir das Einwanderungsrecht in diesem Land modernisieren. Ich finde, das ist eine ganz wesentliche Botschaft an diejenigen, die glauben, dass wir unseren Wohlstand national abgeschottet verteidigen können. Das können wir nicht! Wir müssen ein offenes, ein weltoffenes Land sein. Aber die Diskussion darüber müssen wir miteinander führen.

Ich glaube, dass es neben der Frage der gesetzlichen Bedingungen für Einwanderung in diesem Land einfach darum geht, eine offene Gesellschaft zu haben, die Menschen willkommen heißt und die Zuwanderer nicht abstößt.

Deshalb sage ich ganz deutlich: Wir müssen Rechtsradikalen und Rechtspopulisten aus sehr unterschiedlichen Gründen entgegentreten. Wir müssen auch Ängsten entgegentreten, die es in der Bevölkerung aus sehr unterschiedlichen Gründen gibt; schließlich geht es um Menschen, und es ist nicht in Ordnung, gegen Minderheiten zu hetzen. Aber wir müssen auch deswegen weltoffen sein, weil es sich unser Land ökonomisch nicht leisten kann, national vernagelt zu sein. Unsere Wirtschaft ist exportorientiert, und wir brauchen eine qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland. Dies wollen und werden wir organisieren.

Ich sage das auch im Hinblick auf den anderen Aspekt der Zukunftsfähigkeit unseres Landes: die digitale Infrastruktur. Wir haben durch die Haushaltskonsolidierung, durch die wirtschaftliche Entwicklung Spielräume bekommen: Zusätzlich stehen 10 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung. Wir müssen schauen, wie wir das vernünftig einsetzen. Auch da geht es darum, mit knappem Geld vernünftig umzugehen. Es ist richtig, dass in Energieeffizienz investiert wird; denn gerade in diesem Bereich können private Investitionen vernünftig gehebelt werden. Das ist ökologisch und auch wirtschaftlich vernünftig. Wir müssen etwas für die Verkehrsinfrastruktur tun. Auch da gilt unser Prinzip „Erhalt vor Neubau“, weil wir von der Substanz im Bereich der Verkehrsinfrastruktur leben; denn es ist für einen Wirtschaftsstandort wichtig, eine gute Verkehrsinfrastruktur zu haben.

Aber ich füge hinzu: Wir müssen auch mehr in die digitale Infrastruktur in diesem Land investieren.

Auch das wird Teil der Aufgabe sein: mit öffentlichem Anstoß privates Kapital in den Ausbau von Breitbandinfrastruktur gerade in ländlichen Räumen in Deutschland zu bringen.

Nächster Punkt: die Frage der Internationalisierung. Es ist vorhin angesprochen worden: Wir sind Export-vizeweltmeister. Wir dürfen nicht vernagelt sein. Wir müssen auch darüber reden, wie die Regeln für einen fairen und freien Welthandel gestaltet werden. Das sind schwierige Debatten, die wir in Sachen CETA und TTIP zu führen haben. Aber wir stellen uns den Debatten. Ich finde, man hätte auch einmal anerkennen können, dass wir diesen kritischen Diskurs miteinander führen und aushalten.

An einem Punkt – da beißt die Maus keinen Faden ab – dürfen

wir nicht national vernagelt sein. Man muss sich die Entwicklung in Fernost einfach einmal anschauen, um zu begreifen, dass auch unsere Interessen berührt sind. Es geht darum, welchen Zugang deutsche Unternehmen, vor allen Dingen mittelständische Unternehmen, auf den Märkten der Welt haben, wenn darüber verhandelt wird, Zollgrenzen einzureißen und auch nichttarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen. Das ist in unserem Interesse, und auch das ist wirtschaftlich vernünftig.

Der Kollege Kriecher hat vorhin über Energiepolitik gesprochen.

Wir haben noch genug Gelegenheit in diesem Jahr, über Energiepolitik zu diskutieren. Ich finde, Oliver Kriecher, es ist auch nicht unehrenhaft, wenn man Prognosen, die man bei Reden hier im Bundestag sozusagen im Überschwang abgegeben hat, was den Ausbau der erneuerbaren Energien betrifft, einfach einmal korrigiert und Zahlen zur Kenntnis nimmt.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht in diesem Land kräftig weiter.

Aber es geht nicht darum, einfach nur kräftig Gas zu geben, sondern es geht darum, das System vernünftig weiterzuentwickeln. Die Frage der Bezahlbarkeit scheint die Grünen nicht so richtig zu interessieren, wenn es um die Energiewende geht. Das unterscheidet uns möglicherweise.

Wir wollen eine sichere, aber auch eine saubere und bezahlbare Energieversorgung in diesem Land.

Das ist der Weg, den wir fortsetzen werden. Das ist wirtschaftlich vernünftig. Es ist auch eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes, dass wir die Energiewende miteinander hinbekommen. Da liegt viel Arbeit vor uns.

Der Jahreswirtschaftsbericht zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir werden nicht nachlassen, im Interesse unseres Landes weiter daran zu arbeiten, dass wir wettbewerbsfähig bleiben, dass wir erfolgreich bleiben und dass möglichst viele Menschen am Wohlstand in diesem Land teilhaben können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht in diesem Land kräftig weiter.

Sie fordern zusätzliche Investitionen. Genau die haben wir auf den Weg gebracht.



Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) während der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2015

©dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem Joachim Pfeiffer (CDU/CSU), Michael Schlecht (Linke), Sabine Poschmann (SPD), Katharina Dröge (B90/Grüne), Andreas Lenz (CDU/CSU), Dirk Becker (SPD) und Andreas G. Lämmel (CDU/CSU).

Debatte zum Antrag „Soziale Wohnungswirtschaft entwickeln“ /82. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages vom 29. Januar 2015

Heidrun Bluhm, DIE LINKE:

Neustart für den sozialen Wohnungsbau



Heidrun Bluhm (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Diese Bundesregierung ist nun nicht mehr neu; die Schonzeit ist vorbei.

Aber leider ist sie in der Frage des sozialen Wohnungsbaus immer noch im Ankündigungsmodus. Selbst unter den wohnungspolitisch und mietenpolitisch hoffnungsvollen Euphorikern machen sich langsam die Ernüchterung und die Enttäuschung breit. Man fragt sich nämlich zu Recht: Was ist denn nun mit der wohnungspolitischen Offensive? Wo bleibt denn nun der mehrfach angekündigte Dreiklang aus Stärkung der Investitionstätigkeit, Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und der ausgewogenen mietrechtlichen und sozialpolitischen Flankierung? So steht es ja auf Seite 80 des Koalitionsvertrages, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition. Vielleicht sollten Sie den Koalitionsvertrag ab und zu wieder einmal in die Hand nehmen.

Ein Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ist gegründet worden. Schön! Das haben wir auch begrüßt. Aber was tut dieses Bündnis eigentlich? Nach seiner Gründung haben wir nichts weiter davon gehört. Selbst die lange angekündigte und schon fast wieder zerredete Mietpreisbremse schwimmt noch immer in parlamentarischen Gewässern. Es ist zu befürchten, dass am Ende nicht der Mietanstieg, sondern das Gesetz gedämpft wird, und zwar so lange, bis die Mietpreisbremse vollständig verdampft zu sein scheint.

In der gestrigen Ausschusssitzung vermittelten die Koalitionsredner den Eindruck, als sei das Gesetz schon in Kraft. Nein, meine Damen und Herren, Sie haben noch nicht geliefert. Die Kollegin-

nen und Kollegen von CDU und CSU versuchten auch im Ausschuss, uns weiszumachen, dass die Mietpreisbremse und die Wohngelderhöhung geeignet seien, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Zwischenzeitlich haben wir, die Linke, mit den heute hier zu behandelnden Anträgen schon vier Anträge zum sozialen Wohnungsbau und zur Mietpreisbegrenzung zur Beratung und Abstimmung vorgelegt. Während wir hier Monat um Monat debattieren, nutzen Vermieterinnen und Vermieter fleißig die Gelegenheit, jede Mieterhöhungsmöglichkeit auszuschöpfen und ihre juristischen Batterien in Stellung zu bringen, bevor das Gesetz irgendwann das Licht der Welt erblickt. So wird das nichts mit der wohnungspolitischen Offensive dieser Bundesregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit ordnungspolitischen Maßnahmen zu beginnen, ohne die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine solide Wohnungspolitik grundlegend zu verändern, heißt, ein Pferd von hinten aufzuzäumen. Wir alle wissen, dass das meistens nicht gelingt.

Es wird also Zeit, dass sich endlich etwas dreht. Eine wirkliche wohnungspolitische Offensive unter marktwirtschaftlichen Bedingungen müsste damit beginnen, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage vor allem in angespannten Wohnungsmärkten in Ordnung zu bringen. Jetzt ist es nämlich so, dass gerade dort jede Wohnung, egal ob energetisch saniert oder nicht, egal ob Familienwohnung, Studentenwohnung oder altersgerechte Wohnung, zu Höchstrenditen vermietet werden kann. Andererseits gibt es selbst in schrumpfenden oder ländlichen Regionen mit wachsendem Wohnungsleerstand Wohnungsnot, weil nur noch das gebaut wird, wofür es eine zahlungskräftige Nachfrage gibt. Wirklich bedarfsgerechte, also für alle bezahlbare, barrierearme, klima- und altersgerechte Wohnungen fehlen auch hier massenhaft.

Hier ist auch die Bundespolitik gefordert, die im Koalitionsvertrag versprochene „sozialpolitische Flankierung“ tatsächlich praxistauglich zu machen. Auch Herr Gabriel hat heute Morgen in sei-

ner Rede zur Wirtschaftslage darauf aufmerksam gemacht, dass wir hier, die Bundesebene, für den sozialen Wohnungsbau verantwortlich sind, Länderverantwortung hin oder her. Wozu beschließen wir sonst hier Bundesgesetze, und warum sonst steht die Bundesverantwortung im Koalitionsvertrag? Sie können sich also nicht herausreden, wie Sie es gestern im Ausschuss versucht haben.

Den sozialen Wohnungsbau wiederzubeleben, wie es die Bundesregierung angekündigt hat, das wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Bisher fehlt aber die Richtung, und von Schritten dahin kann überhaupt keine Rede sein.

Unverändert 518 Millionen Euro Kompensationszahlungen seit 2006, seitdem die Föderalismusreform beschlossen ist, befristet bis 2019 und ohne soziale Zweckbindung, das ist doch keine Wiederbelebung, sondern bestenfalls eine Notbeatmung des Patienten „sozialer Wohnungsbau“, um ihn vor dem Tode zu retten.

Ein wirklicher Neustart im sozialen Wohnungsbau ist dringend geboten, und das ist auch das Hauptanliegen unserer hier vorge-

legten Anträge. Es müssen jährlich mindestens 150 000 Sozialwohnungen – ich betone: Sozialwohnungen – zusätzlich auf den Markt. Sie sind allein erforderlich, um den kontinuierlichen Schwund an Sozialwohnungen seit den 1970er-Jahren durch den Wegfall der Sozialbindung zu kompensieren. Mindestens 700 Millionen Euro jährlich, verlässlich, langfristig durch den Bund bereitgestellt und durch die Länder bedarfsgerecht und dauerhaft zweckgebunden kofinanziert, sind dafür notwendig. Es muss nicht überall Neubau sein; es kann auch die Sanierung von vorhandenen Wohnungsbeständen sein. Anderswo ist möglicherweise auch der Ankauf von Belegungsbindungen die bessere Lösung.

Gute und zudem preiswerte Chancen, wenigstens einen kleinen Beitrag zu einer sozialpolitisch flankierten wohnungspolitischen Offensive zu leisten, hätte die Bundesregierung bei einem entsprechenden Umgang mit ihren eigenen Liegenschaften. Beim Verkauf der TLG im Jahr 2012 hat die damalige Bundesregierung diese Chance allerdings gründlich versemelt. Die jetzige Bundesregierung würde diesen Fehler wiederholen, wenn sie beim Verkauf der BImA-Wohnungen stur am Höchstpreisgebot festhielte.

Hier in Berlin scheint die Chance zu bestehen, einmal über den Rand der schwarzen Null hinauszublicken und einen konzeptgebundenen Verkauf dieser Woh-

nungen an kommunale Wohnungsunternehmen – natürlich zu akzeptablen Preisen – zu organisieren.

Das wäre – das sage ich hier ganz klar – der richtige Weg.

Wir begleiten die betroffenen Mieterinnen und Mieter in diesem Prozess nicht nur mit Sympathie, sondern unterstützen auch ihre Forderung nach Erhalt ihrer Wohnungen und ihres Kiezes – gegen den Privatisierungs- und Verwertungswahn. Darauf können sich sowohl die Mieterinnen und Mieter als auch die Bundesregierung verlassen.

Beides zusammen, der Neustart des sozialen Wohnungsbaus, finanziell gut ausgestattet, dauerhaft zweckgebunden und am besten in kommunalen Wohnungsgesellschaften konzentriert, und ein sozial verantwortlicher Umgang mit öffentlichem Eigentum an Wohnungen und für Wohnzwecke geeigneten Liegenschaften, das kann der bescheidene Anfang für eine grundlegende Korrektur in der heutigen Systematik der Wohnungswirtschaft sein. Die fast ausschließlich privat dominierte Wohnungswirtschaft mit Gewinnmaximierung muss gebremst werden.

Die Wohnung darf nicht ausschließlich eine Ware bleiben, sondern muss wieder zu einem hohen, schützenswerten Sozialgut werden und damit ein wirkliches Zuhause für alle sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Kai Wegner, CDU/CSU:

Die Bundesregierung wird Kurs halten



Kai Wegner (*1972)
Wahlkreis Berlin-Spandau – Charlottenburg Nord

Nachdem Frau Bluhm die Anträge der Linken hier nochmals begründet hat, sehe ich mich in meiner Einschätzung bestätigt, zu der ich gekom-

men bin, als ich die Anträge gelesen habe: Das, was in den Anträgen nicht ganz falsch, vielleicht sogar gut ist, das ist nicht neu, Frau Bluhm, und das, was neu ist, das ist definitiv nicht gut.

Nichtsdestotrotz begrüße ich, dass wir diese Debatte heute im Hohen Hause führen, da das Thema Wohnen für die Menschen in unserem Land von ganz großer Bedeutung ist. Liebe Frau Bluhm, vielleicht lernen Sie in der Debatte noch etwas dazu; denn die Bundesregierung ist auf diesem Weg sehr erfolgreich und sehr aktiv.

Wir von der Koalition wissen, dass Wohnen mehr bedeutet, als ein Dach über dem Kopf zu haben. Wir wissen, dass eine Wohnung der Lebensmittelpunkt für

die Menschen ist. Sie dient als Rückzugs- und Erholungsraum. Die Behaglichkeit der eigenen vier Wände bietet den Menschen auch Lebensqualität.

In den Problembeschreibungen, liebe Frau Bluhm, stimme ich den Linken in einigen Punkten durchaus zu. Ja, wir stehen in der Wohnungspolitik vor großen Herausforderungen. Ja, wir haben eine wachsende Nachfrage nach Wohnraum und deshalb auch steigende Mieten, insbesondere in großen Städten, in Ballungsräumen, aber auch in kleineren Universitätsstädten.

Angesichts des demografischen

Fortsetzung auf nächster Seite

Wandels müssen große Teile des Wohnungsbestandes altersgerecht umgebaut werden. Auch müssen wir weiter in die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes investieren, um diese weiter voranzutreiben.

Die Große Koalition hat sich dieser Herausforderungen angenommen und ist längst aktiv geworden. Ja, Frau Bluhm, wir haben die Mietpreisbremse auf den Weg gebracht. Wir wollen verhindern, dass einige Bevölkerungsgruppen ganze Stadtteile nicht mehr bewohnen können. Wir wollen verhindern, dass Menschen in Stadtvierteln nach Einkommen getrennt leben. Das zerstört die Vielfalt in unseren Städten. Das zerstört die Kreativität, und das spaltet auch die Gesellschaft. Meine Damen und Herren, ich sage es sehr deutlich: Wir wollen keine Pariser Verhältnisse in unseren Städten. Wir wollen nicht, dass Menschen einiger Einkommensgruppen an die Ränder der Städte verdrängt werden. Wir wollen vielmehr eine gute soziale Durchmischung in unseren Städten auch auf dem Wohnungsmarkt.

Frau Bluhm, das beste Mittel gegen steigende Mieten, gegen Gentrifizierung ist nun einmal der Wohnungsneubau. Nachdem ich Ihre Anträge gelesen habe, freue ich mich, dass die Linken das ganz offensichtlich auch endlich verstanden haben.

Wir müssen aber – das sage ich ganz deutlich, und damit will ich nichts zerreden – darauf aufpassen, dass sich die Mietpreisbremse gerade vor dem Hintergrund des Wohnungsneubaus nicht zu einer Investitionsbremse entwickelt. Da-

rauf achtet die Koalition, und das werden wir sicherstellen.

Ich erwarte auch von den Ländern, dass sie gerade in den Gebieten, in denen die Mietpreisbremse gelten wird, -dafür Sorge tragen werden, dass dort neuer, bezahlbarer Wohnraum entsteht. Auch das dient der sozialen Mischung in unseren Städten.

Weiterhin haben wir, Frau Bluhm, das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ins Leben gerufen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir in diesem Bündnis die unterschiedlichen Akteure, nämlich Bund, Länder, Kommunen, aber auch die Verbände, an einen Tisch bringen; denn die wohnungspolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, werden nur alle Akteure gemeinsam bewältigen können.

Für uns ist es gerade im Rahmen des Bündnisses ganz wichtig, eine Baukostensenkungskommission einzusetzen. Es geht darum, Kostensteigerungen im Baubereich zu analysieren. Preistreibende und überdimensionierte Standards müssen dabei auf den Prüfstand. Wir als Koalition machen uns dafür stark, dass wir beim Bauen -sinkende Kosten haben, dass wir ein investitionsfreundliches Klima erreichen. Dass dies letztlich den Mieterinnen und Mietern dient, davon sind wir felsenfest überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich würde es in der Tat begrü-

ßen, wenn die Bundesregierung zeitnah einen Zwischenbericht über die bisherigen Aktivitäten dieses Bündnisses vorlegt. Wir brauchen erste Ergebnisse; denn die Herausforderungen sind groß.

Auch auf den demografischen Wandel reagieren wir. Sie tun immer so, als würden wir hier gar nichts tun. Wir haben das Programm „Altersgerecht Umbauen“ aufgelegt, und dieses leistet einen ganz wichtigen Beitrag für die älter werdende Gesellschaft in unserem Land. Durch dieses Programm können gerade ältere Menschen in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben, in der sie sich wohlfühlen und in der sie sozial integriert sind.

Ich glaube, das ist eine gute Investition, die den Menschen vor Ort ganz konkret hilft.

Meine Damen und Herren von der Linken, ich möchte mich jetzt mit der einen oder anderen Forderung aus -Ihren Anträgen beschäftigen. Zunächst betrifft dies den sozialen Wohnungsbau. Frau Bluhm, es ist und bleibt so: Auch die Länder sind hier in der Verantwortung.

Der Bund gibt den Ländern für den sozialen Wohnungsbau zusätzlich 518 Millionen Euro.

Sie fordern jetzt eine Aufstockung auf 700 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, dies rufe ich den Ländern zu: Es würde sehr helfen, wenn die zur Verfügung gestellten Mittel des Bundes endlich auch für den sozialen Wohnungsbau genutzt würden.

Es kann doch nicht sein, dass die Mittel in den Länderhaushalten versickern und dann nach dem Bund gerufen und gesagt wird: Ihr müsst mehr tun. – Nein, die Mittel, die der Bund jetzt zur Verfügung stellt, müssen die Länder angemessen abfordern. Ich wünsche mir, dass die Länder zu den 518 Millionen Euro, die der Bund zur Verfügung stellt, selbst noch etwas drauflegen, damit wir im sozialen Wohnungsbau mehr tun.

Sie haben auch das Thema BImA angesprochen, Frau Bluhm. Am Beispiel Berlin sieht man doch, dass im Rahmen der bestehenden Gesetze etwas geht. Wir haben in Berlin knapp 5 000 Wohnungen im BImA-Bestand. Derzeit gibt es Verhandlungen zwischen der BImA und dem Land Berlin. Ich wünsche mir sehr, dass der Verkauf der bundeseigenen Liegenschaften und die Verhandlungen mit dem Land Berlin gelingen, und zwar zum Verkehrswert. Das wäre im Interesse der Mieterinnen und Mieter und sollte ein Stück weit Schule machen in Bezug auf die restlichen Bestände.

Auch das sage ich sehr deutlich.

Meine Damen und Herren von der Linken, Sie heben in Ihren Anträgen die Städtebauförderung hervor. Ja, die Städtebauförderung ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadtentwicklungspolitik. Sie ist unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Städten, und sie ist unverzichtbar für die Integration. Frau Bluhm, dass wir dies auch so sehen und darauf -einen Schwerpunkt setzen, sehen Sie doch an der starken Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung, nämlich von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro. Wir kritisieren das nicht, wir finden das richtig. Wir haben das ja auch gemacht. Sie von den Linken haben das nicht gemacht.

Sie fordern nun in Ihren Anträgen, die Mittel des Programms „Soziale Stadt“ vermehrt für nicht-investive Maßnahmen zu verwenden. Das lehne ich entschieden ab. Gerade die investiven Maßnahmen sind es doch, die die Lebensqualität in den Städten sichern. Gerade die -investiven Maßnahmen sind es doch, die eine Hebelwirkung haben, die weitere Investitionen nach sich ziehen, die in die Wohnumfeldverbesserung einfließen, die der Lebensqualität der Menschen in Ballungsräumen direkt zugutekommen. Das dient dem Mittelstand und dem Handwerk und schafft Arbeitsplätze. Deshalb ist es wichtig, bei der Städtebauförderung gerade die investiven Bereiche nicht zu vernachlässigen.

Sie sprechen auch von der energetischen Sanierung und wollen hier die Umlage der Kosten auf die Mieter begrenzen. Mit Umsetzung Ihrer Forderungen würde erreicht, dass im Bereich der energetischen Gebäudesanierung nichts mehr passiert, Frau Bluhm. Sie würden dafür sorgen, dass die Vermieter keinen Cent mehr investieren. Wir hätten dann große Probleme bei der Klima-gerechtigkeit. An Ihrem Antrag sieht man einmal mehr: Was gut gemeint ist, ist nicht immer gut gemacht.

Frau Bluhm, vielleicht erinnern Sie sich einfach einmal: Sie von den Linken haben auch schon Regierungsverantwortung in den Ländern getragen und tragen sie immer noch, und in Berlin haben Sie zehn Jahre Zeit gehabt. Was passiert, wenn die Linke Verantwortung für Wohnungsbaupolitik mitträgt? Sie haben in Berlin in zehn Jahren Ihrer Regierungsbeteiligung 100 000 Wohnungen privatisiert;

30 Prozent des Bestandes an öffentlichen Wohnungen wurden

verkauft. In Ihrer Regierungszeit gab es im Wohnungsneubau in Berlin so gut wie keine Investitionen. Wenn wir in Berlin über steigende Mieten, über die Verdrängung der ortsansässigen Bevölkerung, über die Gefährdung einer guten sozialen Durchmischung sprechen müssen, dann ist das immer auch zu einem guten Teil auf die Erblast Ihrer gescheiterten linken Wohnungsbaupolitik zurückzuführen.

Seitdem Sie nicht mehr in Berlin regieren, entstehen wieder Wohnungen. Wir haben einen Wohnungsbauförderfonds aufgelegt. 10 000 neue Wohnungen jährlich im sozialverträglichen Segment werden wir errichten. Es ist gut, wenn Sie keine Verantwortung für die Wohnungsbaupolitik haben.

Meine Damen und Herren von der Linken, gerade kam in einem Zwischenruf von Ihnen zum Ausdruck: Wir haben es schon immer so gesehen, dass wir Wohnungsneubau brauchen. – Ich erinnere ungern an den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld. Aber auch da haben Sie eine unrühmliche Rolle gespielt. Dort hätten 5 000 neue Wohnungen entstehen können; aber Sie haben populistisch dagegehalten, haben Wohnungsneubau verhindert. Sie reden in Sonntags-reden von Wohnungsneubau. Da, wo er konkret stattfinden kann, Frau Bluhm, verhindern Sie ihn. Deswegen sind die Anträge, die Sie heute hier vorgelegt haben, auch nicht glaubwürdig.

In der Wohnungspolitik setzt die Koalition auf einen Dreiklang aus einer Stärkung der Investitionstätigkeit, einer Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und einer ausgewogenen mietrechtlichen und sozialpolitischen Flankierung. Diesen Kurs werden wir entschieden fortsetzen. Wir sorgen dafür, dass Wohnen für Gering- und Durchschnittsverdiener bezahlbar bleibt und dass ausreichend Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Die Koalition wird hier die Bemühungen der Bundesministerin Hendricks weiterhin unterstützen. Meine Damen und Herren von den Linken, ich empfehle Ihnen, das auch zu tun; denn uns allen hier im Hause sollte doch klar sein, dass Wohnungen nicht irgendeine Ware sind, sondern das Zuhause für die Menschen.

Diese Regierung wird ihren Weg in der Wohnungspolitik konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Sozialer Wohnungsbau geht anders: Der Marco-Polo-Tower in der Hamburger Hafencity. © picture-alliance

Christian Kühn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Brauchen wir ein sozialeres Mietrecht?



Christian Kühn (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Eigentlich hatte ich gedacht, dass wir diese Woche im Plenum die Mietpreisbremse debattieren und auch beschließen würden. Wenn man über Wohnungswirtschaft redet, muss man in diesen Tagen über die Mietpreisbremse reden. Alle, die in der Wohnungspolitik unterwegs sind, haben dieses Thema in den letzten eineinhalb Jahren begleitet.

Nach Ihrer Rede, Herr Wegner, kommt es mir fast so vor, als ob die Mietpreisbremse schon beschlossen wäre. Aber sie ist nicht beschlossen. Herr Maas hat letzte Woche in Hamburg gesagt: Die Mietpreisbremse wird bis zum Sommer in Kraft treten. – Sie wird vielleicht bis zum Sommer beschlossen werden; aber Kraft wird sie vor Ort bis zum Sommer nicht entfalten. Das ist Wahlkampfgetöse, ein Ammenmärchen. Die Mietpreisbremse, die Sie auf den Weg bringen werden, wird nicht schnell eingeführt werden, und sie wird vor Ort nicht schnell umgesetzt werden. Dies zeigt, dass Sie eigentlich nicht verstanden haben, was eine Mietpreisbremse ist.

Die Anhörung im Rechtsausschuss hat gezeigt, dass es keine schnelle Umsetzung der Mietpreisbremse geben wird. Sie haben Hürden gebaut und Steine in den Weg gelegt. Wenn man eineinhalb Jahre braucht, um ein Sofortprogramm auf den Weg zu bringen, dann ist das eine ziemlich lange Zeit. Jede Woche und jeden Monat geht bezahlbarer Wohnraum in Deutschland verloren. Das ist ein Skandal; das ist unsozial und Wählertäuschung. Angela Merkel hat sich im Wahlkampf für die Mietpreisbremse ausgesprochen.

Herr Wegner, ich glaube, dass Sie und Frau Merkel guten Willen gezeigt haben, aber – ich zitiere Sie einmal –: Gut gemeint ist nicht gut gemacht. – Das trifft auf

Ihre Mietpreisbremse zu.

Die Geltungsdauer der Minimietspreisbremse, die Sie auf den Weg bringen, ist zu kurz. Sie hätte mindestens zehn Jahre betragen müssen. Außerdem gibt es große Schlupflöcher. Mit dem Schlupfloch „umfassende Modernisierungen“ treiben Sie hochpreisige Modernisierung an.

Sie leisten damit der Gentrifizierung Vorschub, und das ist ein Skandal.

Es gibt viel zu viele Ausnahmen, zum Beispiel beim Neubau. Es hätte völlig ausgereicht, wenn Sie die erstvermieteten Neubauwohnungen ausgenommen hätten. Die Länder werden die Mietpreisbremse lange nicht umsetzen können. Ich glaube, bis zum Ende dieser Legislaturperiode wird es nicht in allen Städten und Ländern möglich sein, die Mietpreisbremse umzusetzen, weil es große Hürden gibt. Eine völlig unsinnige Regelung, die ich als Skandal empfinde, ist die Rügepflicht.

Das Mietrecht kennt keine Rügepflicht. Es gibt genug Juristen in Deutschland, denen sich bei dem, was Sie mit dem Mietrecht machen, der Magen umdreht. Ändern Sie das, damit diese Mietpreisbremse auch eine mieterfreundliche Mietpreisbremse wird.

Anstatt eines schnellen Rettungsschirmes haben Sie eine Minimietspreisbremse auf den Weg gebracht. Diese Mietpreisbremse wird den wohnungspolitischen Herausforderungen in sozialer Hinsicht nicht gerecht.

Ich komme zum Antrag „Soziale Wohnungswirtschaft entwickeln“ der Linksfraktion. Auch ich finde, dass das markige Worte sind. Es gibt einige Maßnahmen, die ich gut finde, und andere, die ich nicht unterstützen würde. Eigentlich ist es eine Zusammenstellung unterschiedlicher Punkte.

Mir wird nicht klar, was in der Wohnungswirtschaft geschehen soll, Frau Bluhm. Wollen Sie eher eine Verstaatlichung der Wohnungswirtschaft, oder wollen Sie eine öffentlich-gemeinnützige Wohnungswirtschaft? Ich finde Ihren Antrag für dieses Thema zu schmal und deswegen nicht ganz so gut. Viele Forderungen sind wachsweiß. Es sind viele finanzielle Forderungen enthalten. Eine Forderung hätte man noch hineinschreiben müssen, nämlich die Forderung, dass wir in Deutschland eine Debatte darüber brauchen, wie wir wieder mehr Gemeinnützigkeit in die Woh-

nungswirtschaft bringen.

Wir müssen darüber reden, wie wir vielfältige Akteure ins Spiel bringen, wie wir statt Monopolbildung und Schrottimmobilien wieder die Mieterinnen und -Mieter in den Blick bekommen. Ich finde, die zentrale Frage ist: Was ist nach 1988 passiert, als die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft worden ist? Die Ziele, die man damit verfolgt hat, sind, wenn ich mir heute die Wohnungswirtschaft anschau, nicht erreicht worden. Ich glaube deshalb, dass wir dringend eine Debatte darüber brauchen, wie wir wieder Wohnungsgemeinnützigkeit in Deutschland erreichen können.

Das Thema BImA wurde bereits von Herrn Wegner angesprochen. Auch ich finde es gut, dass das Land Berlin die Idee hat, diese Wohnungen aufzukaufen. Aber Ihre BImA-Politik im Deutschen Bundestag hat ja gerade verhindert, dass das nicht schon früher in Angriff genommen wurde. Un-

ter anderem wegen Ihrer Politik sind Wohnungen in der Großgörschenstraße verscherbelt worden. Im Kern ist das neoliberale Wohnungs- und Liegenschaftspolitik, die wir ganz klar ablehnen.

Wir brauchen endlich eine Wohnungsgemeinnützigkeitsdebatte in Deutschland. Wir Grünen wollen Spekulation mit Wohnraum verhindern. Wir wollen gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft. Wir wollen Akteure, die keine reine Renditelogik haben. Wir müssen Genossenschaften, öffentliche Wohnungsunternehmen, Studentenwerke und Baugruppen unterstützen. Sie müssen ein größeres Stück vom Kuchen der Wohnungswirtschaft abbekommen. Darauf müssen wir unser Augenmerk legen.

Leider beobachte ich genau das Gegenteil. Allein durch die jüngste Elefantenhochzeit zwischen der GAGFAH und der Deutschen Annington entsteht ein Wohnungskonzern, der rund 350 000 Wohnungen mit mehr als 1 Million Mieterinnen und Mieter hat. Da frage ich mich schon: Wie soll der einzelne Mieter oder die einzelne Mieterin angesichts einer solchen Marktmarkt seine bzw. ihre Interessen durchsetzen können? Man muss sich nur einmal im Klagefall vorstellen, welche Macht solch ein Konzern gegenüber dem einzel-

nen Mieter hat. Ich frage mich, ob wir angesichts dieser zu beobachtenden Veränderungen in der Wohnungswirtschaft nicht ein Verbandsklagerecht brauchen.

Brauchen wir im Kern nicht ein viel sozialeres Mietrecht? Müssen wir die Mietenrechtsnovelle der schwarz-gelben Regierung nicht eigentlich wieder rückabwickeln?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine letzten Worte zum Bündnis für bezahlbares Wohnen. Das Bündnis für bezahlbares Wohnen ist eine gute Sache. Herr Wegner, Sie haben angekündigt, dass Sie sich einen Zwischenbericht wünschen. Auch ich wünsche mir einen Zwischenbericht, aber nach meinen Erkenntnissen würde er jetzt sehr dünn ausfallen und nur wenige Seiten beinhalten.

Ich hoffe, dass Sie sich im Bündnis für bezahlbares Wohnen einmal über den sozialen Wohnungsbau und anderes unterhalten. Ab 2019 haben wir ein Riesenproblem; denn dann laufen die Bundesmittel aus. 2020 kommt die Schuldenbremse der Länder hinzu. Ich habe keine Lust, dass wir in ein Jahrzehnt gehen, in dem der soziale Wohnungsbau stockt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Florian Pronold, SPD, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bau

Nicht Anträge helfen, sondern konkretes Handeln



Florian Pronold (*1972)
Parl. Staatssekretär

Bezahlbares Wohnen, bezahlbares Bauen ist eines der Hauptanliegen der Menschen in Deutschland. Rentnerinnen und Rentner haben die Sorge, dass sie sich ihre Wohnung von ihrer Rente in Zukunft nicht mehr leisten können. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen haben Angst, dass sie aus den Städten an den Rand gedrängt werden. Deswegen hat diese Große Koalition das Thema be-

zahlbares Bauen und Wohnen so stark im Koalitionsvertrag verankert wie lange keine Regierung vorher.

Liebe Frau Bluhm, ich fand – im Gegensatz zu Ihrem Antrag und zu den Verhältnissen, wie ich sie sonst kenne – die Rede, die Sie hier gehalten haben, sehr ausgewogen und moderat.

Es gibt wohl nichts Schlimmeres, als wenn ich Sie einmal lobe. Aber ich bin mir sicher, dass Sie das in Zukunft auch wieder anders können.

Ich finde, eines muss man hier in aller Deutlichkeit sagen: Durch Ihren Antrag wird die Sicherheit von Mieterinnen und Mietern in Deutschland leider nicht gestärkt. Sie tun auch nichts für den sozialen Wohnungsbau. Das ist die Wahrheit an dieser Stelle.

Zur Wahrheit gehört auch: Wir haben auf dem Wohnungsmarkt unterschiedliche Akteure – private Investoren, die Kommunen, die Länder und den Bund –, und wenn wir die nicht zusammen an einen Tisch bekommen und wenn

wir nicht Politik aus einem Guss machen, dann wird bezahlbares Bauen und Wohnen nicht gelingen. Deswegen können wir das nicht durch Anträge im Deutschen Bundestag erreichen, sondern nur durch konkretes Handeln.

Sie haben das Bündnis für bezahlbares Wohnen angesprochen. Gerade in der letzten Woche hat sich die Arbeitsgruppe „Aktive Liegenschaftspolitik“ getroffen. Eine vernünftige Liegenschaftspolitik ist eine zentrale Voraussetzung für bezahlbares Wohnen und Bauen.

Dabei geht es nicht nur um die BImA, sondern auch um die Grundstückspreise der Kommunen. Es geht darum, was wir vor Ort zur Verfügung stellen können.

Auch die Baukostensenkungskommission arbeitet und wird noch vor dem Sommer einen Bericht vorlegen.

Auch das ist entscheidend; denn nur, wenn die Baukosten bezahlbar sind, kann es nachher auch

Fortsetzung auf nächster Seite

bezahlbare Mieten geben. Die Baukosten zu senken, ist ein zentrales Element des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen, das wir auf den Weg gebracht haben.

Zur Wahrheit gehört, dass dieses Haus 2006 eine Föderalismusreform durchgeführt hat und in diesem Zuge der soziale Wohnungsbau in die Alleinverantwortung der Länder gegeben wurde.

Dazu kann man heute stehen, wie man will. Aber das Grundgesetz ist geändert worden. Der Bund gibt jedes Jahr eine halbe Milliarde Euro an die Länder, damit sie sozialen Wohnraum schaffen. Was ist passiert? Zwischen 2002 und heute hat sich die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung – 2002 waren es noch 2,6 Millionen – fast halbiert. Wir stellen fest, dass die Länder mit dem Geld des Bundes völlig unterschiedlich umgehen.

In der letzten Legislaturperiode ist mit den Ländern vereinbart worden, dass es keine Verpflichtung gibt, diese halbe Milliarde Euro vom Bund so und so auszugeben.

Wir wollen die Länder jetzt wieder an den Tisch holen, weil wir neue Wohnungen mit Sozialbindung brauchen. Anders ist bezahlbares Wohnen vor Ort nicht möglich. Darüber muss man reden. Weil wir kein Druckmittel haben, müssen wir an die Einsicht appellieren. Ich sehe, wie gut das in Hamburg läuft. Dort gibt es Initiativen, eine entsprechende Grundstückspolitik und städtebauliche Verträge. Ein anderes Beispiel ist München, wo man auch auf anderem Wege eine Sozialbindung herstellt. Das ist richtig. Diesen Weg müssen viele mitgehen, damit wir wieder mehr preisgünstige Wohnungen bekommen.

Wir werden eine Wohngeldreform durchführen und mit der Mietpreisbremse dafür sorgen, dass die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland vor Wucher geschützt sind. Wir werden dafür Sorge tragen, dass wir auch beim Neubau vorankommen. Nicht nur Kostensenkung ist wichtig, sondern wir brauchen auch eine Debatte darüber, wie wir als Bund über die Steuerpolitik zusätzliche Anreize schaffen können, damit in Städten mit einem angespannten Wohnungsmarkt mehr neuer sozialer, bezahlbarer Wohnraum entsteht. Diesen Wohnraum brauchen wir, weil die Entwicklung vor Ort dramatisch ist.

Alle bisherigen Redner in dieser Debatte haben gesagt, dass Wohnungen keine Ware sein sollen. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir die Kräfte wieder stärken – das ist in den letzten zwei Jahrzehnten eben nicht passiert –, die dafür Sorge tragen, dass Wohnungen keine Ware sind. Das bedeu-

tet, dass wir auch den Neubau durch Genossenschaften und kommunale Wohnungsbaugesellschaften voranbringen müssen, dass auch dort zusätzliche Aktivitäten entstehen. Schauen wir uns das Beispiel München an: Dort liegt die durchschnittliche Kaltmiete heute bereits bei über 12 Euro pro Quadratmeter. In den städtischen Wohnungsbaugesellschaften beträgt sie gerade einmal die Hälfte. Das kann man übrigens auch hier in Berlin

feststellen, wenn man sich zum Beispiel viele Genossenschaften anschaut. Das macht deutlich, welche wichtige Rolle diejenigen spielen, die die Gemeinnützigkeit im Hinterkopf haben und einen genossenschaftlichen Gedanken verfolgen: für bezahlbares Wohnen in der Stadt. Das ist entscheidend, und da müssen wir wieder

hin. Dafür brauchen wir zusätzliche Initiativen und eine zusätzliche Stärkung. Das können wir aber nicht im Deutschen Bundestag beschließen. Wir können das allenfalls unterstützen.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass das Land im Gleichgewicht bleibt. In vielen ländlichen Räumen ziehen die Leute weg, weil sie den Arbeitsplätzen hinterherziehen. Dadurch verstärken sich in vielen Städten die Probleme, auch hinsichtlich der Bezahlbarkeit des Wohnens. Es muss uns gelingen – das ist aus Nachhaltigkeitsgründen genauso wie aus sozialen Gründen wichtig –, dieses Land im Gleichgewicht zu halten. Wir müssen unsere Politik, zum Beispiel die Infrastrukturpolitik, darauf ausrichten, dass Menschen

in ihrer Heimat wohnen bleiben können, weil sie vor Ort Arbeitsplätze finden oder mit dem ÖPNV oder auf anderem Wege in die Städte kommen, wo die Arbeitsplätze sind, ohne durch Umzug in die Städte zusätzlichen Druck auf die Mietwohnungsmärkte dort auszulösen.

Deswegen bedarf es auch einer weiteren Initiative für den Neubau. Vor wenigen Jahren sind bis auf ein paar Experten, die aber einsame Rufer in der Wüste waren – sie haben immer schon darauf hingewiesen, dass man Neubau braucht –, alle davon ausgegangen, dass das Thema auf dem Wohnungsmarkt erledigt ist. Die Prognosen haben sich geirrt. Karl Valentin hatte recht: Das Gefährliche an Prognosen ist, dass sie auf die Zukunft gerichtet sind. Das ist immer ein Risiko. Alle haben sich vertan. Jetzt müssen wir nachhaken.

Bei den Städten stellen wir fest, dass die privaten Initiativen bisher nur im hochpreisigen Segment

neuen Wohnungsbau schaffen. Ich bin froh über jede Wohnung, die gebaut wird. Wir brauchen aber bezahlbaren Wohnraum auch für die Rentnerin, für den Rentner, für die, die als Polizeibeamte, als Krankenpfleger, als Krankenschwester jeden Tag ihre Arbeit tun und auch in der Stadt zu bezahlbaren Preisen wohnen wollen. Diese Bundesregierung hat mit ihrem Koalitionsvertrag, mit dem, was wir im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen machen, mit der Mietpreisbremse, mit vielen, vielen anderen Initiativen – die Wohngeldreform kommt demnächst – einen Beitrag dazu geleistet, dass Wohnen wieder bezahlbarer wird. Wir werden in dieser Wahlperiode noch eine ganze Menge machen. Ich freue mich auf die Unterstützung auch der Linken und der Grünen an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sylvia Jörrißen, CDU/CSU:

Die Mietpreisbremse wird kommen



Sylvia Jörrißen (*1967)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wohnen ist Leben, Wohnraum ist Lebensraum.“ Das ist ein Zitat aus dem Antrag der Linken, über den wir heute debattieren. Das ist nicht neu.

Ja, Adäquaten Wohnraum zu haben, ist ein Grundbedürfnis menschlichen Lebens. Selbst der Neandertaler hat sich schon seine Höhle geschaffen. Das ist eine Binsenweisheit, aber es stimmt, Frau Bluhm, und deshalb stimme ich Ihnen zu. Aber Sie können versichert sein: In den nächsten elf Minuten – so lange habe ich heute Redezeit – ist das zugleich auch das letzte Mal, dass ich Ihnen zustimme.

Wir sind uns darüber einig: Wohnen ist ein zentrales Element unseres Lebens und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für die

Politik. Dieser fühle ich mich als Baupolitikerin verpflichtet. Aus diesem Grund bin ich sehr froh, dass die Große Koalition dem Thema Wohnen und Bauen einen solch großen Stellenwert im Koalitionsvertrag beigemessen hat.

Lassen Sie mich auf einige Punkte in Ihrem Antrag im Detail eingehen. Mit Ihren Forderungen, die Sie an den sozialen Wohnungsbau stellen, übersehen Sie komplett, dass der Bund überhaupt nicht zuständig ist. Es ist gerade mehrfach ausgeführt worden: Seit der Föderalismusreform 2006 sind hierfür allein die Länder zuständig. Der Bund stellt Kompensationsmittel zur Verfügung. Aber Ihr Ruf nach immer mehr Geld geht doch ins Leere, wenn die Länder ihrer Verpflichtung nicht nachkommen. Sie sollten lieber Ihren Landesregierungen auf die Finger schauen.

Solange Rot-Rot in Berlin regiert hat, wurden die Mittel jedenfalls nicht in sozialen Wohnungsbau investiert, sondern Schlaglöcher damit gestopft. Vielleicht funktioniert es demnächst in Thüringen ja besser.

Sie fordern weiterhin eine pauschale Anzahl von 150 000 neuen mietpreisgebundenen Wohnungen und nennen das bedarfsgerechte Förderung. Ich frage mich: Was ist daran bedarfsgerecht, wenn die Wohnungen am Ende

an den falschen Stellen gebaut werden?

Wie kann es bedarfsgerecht sein, wenn Sie vor Beginn der Bedarfsermittlung bereits wissen, welche Zahl am Ende dabei herauskommen soll? Das ist für mich eher Hellschere. Ich weiß nicht, ob Ihre Erkenntnis aus dem Legen von Tarotkarten entstanden ist.

Aber dass Sie ja gerne zur Planwirtschaft zurückkommen möchten, sieht man auch an anderen Stellen in Ihrem Antrag, zum Beispiel wenn Sie eine staatliche Regulierungspolitik auch für die Bereiche Energie, Wasser, Abwasser und Abfall fordern. Sie scheinen aus Ihrer Vergangenheit nichts gelernt zu haben.

Mit uns wird es das jedenfalls nicht geben.

Ein anderer Punkt in Ihrem Antrag hat mich ganz besonders betroffen gemacht; die Forderungen, die Sie in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen stellen. Werte Kolleginnen und Kollegen der Linken, haben Sie die aktuelle Notlage der Flüchtlinge immer noch nicht erkannt? Wir erleben derzeit einen außergewöhnlich großen Zustrom von Flüchtlingen. Die Zahl der Erstanträge auf Asyl

ist im Jahr 2014 um 60 Prozent höher gewesen als im Vorjahr, und für dieses Jahr ist mit weiter steigenden Zahlen zu rechnen. 200.000 Flüchtlinge stehen vor den Toren unserer Stadt.

Viele Kommunen stoßen angesichts dieser Herausforderungen an das Ende ihrer Kapazität.

Aber wir befinden uns in einer Situation, die sofortiges Handeln erfordert.

Die Unterkünfte müssen heute bereitgestellt werden. Eine Unterkunft in einem Randgebiet ist doch allemal besser als keine Unterkunft im Zentrum.

Ich halte Ihren Antrag an dieser Stelle für eine gewaltige Missachtung der Leistung der Kommunen, die gerade ihr Möglichstes tun, um den Zustrom von Flüchtlingen zu bewältigen.

Ich halte ihn vor allem auch für eine Missachtung der Bedürfnisse der Asylsuchenden.

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Menschen ernst. Die Menschen stehen im Mittelpunkt unserer Politik.

Deshalb schauen wir genau hin. Wir wollen an den richtigen und an den erforderlichen Stellen die notwendigen Anreize setzen.

Sie haben vollkommen recht: Wir stehen vor Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt. Wir haben in Deutschland einen heterogenen Wohnungsmarkt, wir haben in einigen Bereichen mit Leerstand zu kämpfen, und wir haben Ballungsräume, in denen wir zu wenig Wohnraum haben. Aber wir

Wir brauchen neue Wohnungen mit Sozialbindung.

Adäquaten Wohnraum zu haben, ist ein Grundbedürfnis menschlichen Lebens.

als Große Koalition sind diese Herausforderungen bereits angegangen. Auch die Große Koalition möchte die Wiederbelebung der sozialen Wohnraumförderung. Deshalb haben wir die Kompensationsmittel in Höhe von 518 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 verstetigt. Damit ist es den Ländern möglich, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aber die Länder müssen ihrer Verantwortung nun auch nachkommen.

Wir haben weitere zielgerichtete Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die Mietpreisbremse wird kommen; sie befindet sich bereits im parlamentarischen Verfahren. Mit der Mietpreisbremse unterbinden wir zielgenau unverhältnismäßig hohe Mieten bei der Weitervermietung in einigen Ballungsräumen. Aber wir müssen zugleich im Blick haben, dass die Mietpreisbremse nur die Symptome lindert. Die Mietpreisbremse baut keine einzige neue Wohnung.

Des Weiteren werden wir das Wohngeld erhöhen; das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Auch hier ist ein entsprechender Gesetzentwurf auf dem Weg. Damit stellen wir sicher, dass gerade Menschen mit geringem Einkommen direkt unterstützt werden.

Mir ist noch ein Punkt wichtig. Gute Wohnungspolitik ist mehr als nur günstige Mieten. Wohnen muss nicht nur bezahlbar, sondern auch lebenswert sein. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass strukturschwache Ortsteile in ihrer Gesamtheit stabilisiert und aufgewertet werden. Deshalb hat der Bund die Städtebaufördermittel auf insgesamt 700 Millionen Euro erhöht. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Kommunen und zur Schaffung lebenswerter Wohnviertel.

Meine Damen und Herren, bei allem, was wir tun, müssen wir die Menschen im Auge haben, aber nicht nur diejenigen, die mieten, sondern auch diejenigen, die anderen Menschen Wohnraum zur Verfügung stellen. Wir müssen in Deutschland ein Klima schaffen, das Investitionen in den Bau von Wohnungen zulässt und attraktiv macht. Attraktiv wird eine Investition durch steuerliche Förderung.

Daher sollten wir im Rahmen der Möglichkeiten unseres Haushaltes auch über eine Sonderabschreibung nachdenken, die auf die Gebiete, in denen die Mietpreisbremse gilt, beschränkt werden könnte.

Dann würde wieder zielgenau dort die Investition angekurbelt, wo sie benötigt wird.

Es ist bereits mehrfach gesagt worden: Nur der Neubau bringt mehr Wohnungen, dadurch mehr Angebot und damit eine Entlastung der Märkte. Aber das Bauen ist in den letzten Jahren sehr teuer

geworden. Aus diesem Grund gehören auch die preistreibenden Faktoren auf den Prüfstand: Ich nenne als Beispiel die Grunderwerbsteuer. In meinem Heimatland, Nordrhein-Westfalen, ist mit der Erhöhung in diesem Jahr der traurige Spitzensatz von 6,5 Prozent erreicht. Ich nenne als Beispiel das Bauplanungsrecht: langwierige Umwidmungsverfahren und Baugenehmigungsverfahren, die Stellplatzverordnung. Ist es erforderlich, dass bei der Planung einer Seniorenwohnanlage die gleiche Anzahl von Stellplätzen vorgehalten wird wie bei der Entwicklung eines Baugebietes für

junge Familien? Ich bin der Meinung: Nein. Dies treibt die Baukosten in die Höhe und verursacht einen nicht notwendigen Flächenverbrauch.

An diesen Beispielen sehen Sie bereits, dass dies Faktoren sind, die der Bund nicht beeinflussen kann. Der Bund tut deshalb das, was er kann: Er holt alle Akteure an einen Tisch. Im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen sind alle politischen Ebe-

Wohnen muss nicht nur bezahlbar, sondern auch lebenswert sein.

nen – auch die Länder und die Kommunen – und alle handelnden Akteure vertreten: die Bauwirtschaft, die Wohnungswirtschaft und die Mieter. Jeder muss seinen Teil dazu beitragen. Ich erwarte, dass dieses Bündnis zügig konkrete Ergebnisse liefert.

Letztlich müssen sich auch die Bürger entscheiden, was sie wollen: Wenn sie eine innerstädtische Grünfläche wollen, dann kann an dieser Stelle kein

innerstädtisches Baugebiet entstehen; das Tempelhofer Feld hier in Berlin ist das beste Beispiel dafür.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir haben die Problematik erkannt und wir handeln bereits. Die Anträge der Linken sind populistisch, zum Teil blanker Unsinn, und gehen ins Leere.

Es wird Sie daher nicht wundern, dass wir Ihre Anträge ablehnen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Kerstin Kassner, DIE LINKE:

Wir brauchen wieder mehr Spielräume



Kerstin Kassner (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ich wage mal ganz einfach die These: Unter uns sind einfach viel zu wenige Kommunalpolitiker.

Sonst würden wir über die Situation der Kommunen nicht nur reden, sondern auch aktiv etwas tun, dass sich an dieser Situation etwas ändert. Die Situation der Kommunen ist in der Tat sehr unterschiedlich: Es gibt welche, denen es gut geht, die auch tatsächlich gestalten können für ihre Bürgerinnen und Bürger, und es gibt Kommunen, denen es nicht gut geht. Ich komme aus Mecklenburg-Vorpommern; hier gibt es sehr viele Kommunen, denen es nicht gut geht. Ich kenne aus meiner Zeit als Landrätin die Haushalte der Kommunen auf der Insel Rügen ausgezeichnet, und ich weiß auch als aktive Kommunalpolitikerin in meiner Heimatgemeinde, wie die Lage dort ist. Es braucht also tatsächlich Möglichkeiten der Gestaltung. Die Kommunen haben mit ihren Vertretungen sehr wohl einen Gestaltungswillen – daran mangelt es nicht –; aber sie haben oft gar keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr, die sie einsetzen können. Deshalb wäre es gut, wenn wir ein solches so-

ziales Wohnungsprogramm hätten, dass wir wirklich den Kommunen wieder Gestaltungsspielräume eröffnen.

Es ist in der Gegenwart tatsächlich zu beobachten – auf Rügen –, dass Investoren Bebauungspläne bezahlen. Sie wissen ja, wie das ist: Wer die Musik bezahlt, der sagt auch, was gespielt, in diesem Falle: gebaut wird. – Ergebnis sind Wohngebiete, in denen im Winter die Rollläden heruntergelassen sind und wo die Bauämter sehr viel zu tun haben damit, Fehlnutzungen von Wohnungen als Ferienwohnungen hinterherzulaufen. Das darf nicht sein!

Wir wollen, dass die Kommunen das, was für die Bürgerinnen und Bürger und für die Entwicklungsziele der Kommunen notwendig ist, auch tatsächlich gekonnt einsetzen können. Wir brauchen Möglichkeiten der Stadtentwicklung, dass man eben auf Entwicklungen flexibel reagieren kann, auf die älter werdende Einwohnerschaft, auf mögliche Ansiedlung von jungen Familien, natürlich auch auf Flüchtlingsströme. Dies gilt beispielsweise auch für die Situation in der Hansestadt Greifswald, die gleichzeitig eine Universitätsstadt ist. Dort platzt der Wohnungsmarkt aus den Nähten, weil für die Studierenden keine bezahlbaren Räume zur Verfügung stehen. Hier brauchen wir Programme, die auf diese Entwicklungen tatsächlich reagieren.

Nun hat ja der Staatssekretär, Herr Pronold, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land sehr treffend beschrieben. Ich sage Ihnen einmal als Beispiel, wie es bei mir in Mecklenburg-Vorpommern aussieht – übrigens rot-schwarze Regierung. Dort kommen von den 518 Millionen Euro

jedes Jahr 21,3 Millionen an. 11,5 Millionen Euro davon packt die Finanzministerin erst einmal in einen Sparstrumpf. Dort liegen jetzt 50 Millionen Euro, und zwar deshalb, weil 2019 das Programm ausläuft und man gar nicht weiß, was dann passiert. Deshalb sagt man: Wir sparen einmal für diese Zeit nach 2019. – Der Rest wird zu großen Teilen als Darlehen ausgereicht. Das bedeutet, dadurch wird keinerlei Absenkung der Mieten erreicht. Das ist eine absolute Fehlentwicklung.

Deshalb sage ich: Hier muss man sich dringend an den Tisch setzen, und man muss die Länder in die Pflicht nehmen, dass sie das, was ihnen zur Verfügung steht, wirklich für die Gestaltungskraft der Kommunen einsetzen –

das ist meine Forderung –, und das muss schnellstens passieren, nicht erst irgendwann.

Ein weiterer Bereich, bei dem wir Möglichkeiten haben, etwas aktiv zu tun, ist die BImA. Es gab ja den Verkauf der TLG-Wohnungen. Ich sage Ihnen einmal, was in Stralsund passiert ist. Damals sind 240 Wohnungen an die Tegernsee AG verkauft worden. Diese Wohnungen sind knapp zwei Jahre später weiterverkauft worden. Und was hat der Vorstandsvorsitzende dazu gesagt, warum er das tut? „Ich wäre ja verrückt, wenn ich das nicht täte.“ Es ist eine Möglichkeit, ganz schnell Geld zu machen, und das nicht zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger, sondern zu ihrem Schaden.

Deshalb sage ich ganz deutlich: Wir brauchen wieder Gestaltungsspielräume. Ich wünsche mir, dass wir mit solch einem sozialen Wohnungsbauprogramm diese Spielräume tatsächlich wieder bekommen. Tun Sie etwas dafür!

(Beifall bei der LINKEN)



Protestplakat an einer Hausfassade in Berlin

© picture-alliance

Sören Bartol, SPD:

Es geht um die Zukunftsfähigkeit der Städte



Sören Bartol (*1974)
Wahlkreis Marburg

Diese Koalition hat das Thema Mieten, Wohnen und Stadtentwicklung oben auf die Tagesordnung gesetzt. Ich danke den Kollegen von der Linken, dass sie es heute im Bundestag aufgerufen haben. Gutes und bezahlbares Wohnen ist eines der zentralen Vorhaben in dieser Legislaturperiode. Barbara Hendricks und Heiko Maas und natürlich auch die gesamte Koalition sorgen dafür, dass es nun auch Schritt für Schritt umgesetzt wird. Wir haben schon 2014 die Städtebauförderung von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro aufgestockt, das Programm Soziale Stadt von 40 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro.

Soziale Stadt wird zum ressortübergreifenden Leitprogramm für die soziale Integration in den Städten. Heiko Maas hat bereits im letzten Jahr auch die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip für Makleraufträge auf den Weg gebracht. Das parlamentarische Verfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss jetzt endlich abgeschlossen werden.

Der Entwurf für die Wohngeldnovelle liegt vor; er geht in den nächsten Monaten ins Kabinett. Erstmals seit 2009 wird damit das Wohngeld wieder erhöht. Die Wohngeldreform entlastet über 900 000 Haushalte; 360 000 davon bekommen durch die Reform zum ersten Mal oder wieder einen Anspruch auf Wohngeld. Wir sorgen dafür, dass Familien und ältere Menschen nicht allein wegen hoher Mieten Arbeitslosengeld oder Grundsicherung im Alter beantragen müssen.

Barbara Hendricks hat das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen gestartet und arbeitet

gemeinsam mit wohnungswirtschaftlichen Verbänden, den Ländern, dem Mieterbund an Vorschlägen, den Wohnungsbau für Mieter mit geringem Einkommen anzukurbeln. In diesem ersten Regierungsjahr haben wir eben vieles zur Entlastung der Mieter und für die lebenswerten Städte auf den Weg gebracht.

Mit der Mietpreisbremse schaffen wir endlich die Möglichkeit, exzessive Preissteigerungen bei Wiedervermietungen zu begrenzen. Das ist eine wichtige -Ergänzung zur abgesenkten Kappungsgrenze bei den Bestandsmieten, die viele Länder wie Hamburg, Berlin, NRW, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz schon eingeführt haben. Mit der Mietpreisbremse wird es in angespannten Wohnungsmärkten endlich auch bei neuen Mietverträgen eine Grenze nach oben geben. Maßstab dafür ist die ortsübliche Vergleichsmiete. Das dämpft zugleich die Dynamik der Mietentwicklung insgesamt.

Die Mietpreisbremse ist ein ausgewogenes Instrument, das Mieterinnen und Mieter schützt. Neubauten und umfassend modernisierte Wohnungen sind davon ausgenommen, um Investitionen in den Neubau und den Werterhalt nicht auszubremsen. Doch das hält leider manche nicht davon ab, mit einer Verfassungsbeschwerde zu drohen und deutlichen Mieterhöhungen noch vor dem Inkrafttreten das Wort zu reden. Sie übersehen, dass Eigentum verpflichtet.

Es geht nicht darum, den Mietwohnungsmarkt außer Kraft zu setzen. Eine angemessene Rendite ist auch mit Mietpreisbremse weiterhin möglich, überzogene Renditen ohne jede Verbesserung des Wohnwerts aber eben nicht.

Die Statistik zeigt: Je länger angespannte Wohnungslagen anhalten, desto mehr entfernen sich die Angebotsmieten vom Mietspiegel – in teuren Städten im Schnitt um 25 Prozent, sogar in normalen Lagen. Das können sich dann selbst Haushalte mit mittlerem Einkommen nicht mehr leisten.

Hier in Berlin ist die Mietpreisspirale in den gehobenen Wohnlagen wie Charlottenburg mittlerweile an die Grenze dessen geraten, was auch Mieter mit höherem

Einkommen bereit sind, zu zahlen. Sie weichen jetzt in den Wedding oder nach Lichtenberg aus. Die Angebotsmieten in Charlottenburg sinken, aber der Preisdruck in den einfachen Wohnlagen steigt.

Für Haushalte mit niedrigem Einkommen macht die Mietbelastung bis zu 50 Prozent des Einkommens aus. Das trifft vor allem Alleinlebende und Alleinerziehende, aber auch Familien. Sie finden in den Innenstädten keinen bezahlbaren Wohnraum mehr, und das hat natürlich auch Folgen für die soziale Durchmischung der Städte. Deswegen brauchen wir die Mietpreisbremse, und zwar jetzt.

Ich bin optimistisch, dass wir den wichtigen Gesetzentwurf dazu im Bundestag jetzt schnell abschließend beraten werden, und ich sage es auch ganz deutlich: Ich baue hier auch auf das Versprechen der Kanzlerin und das Versprechen dieser Koalition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt auch für das Bestellerprinzip bei den Maklergebühren. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Vermieter die Kosten für den Makler nicht mehr einfach auf den Mieter überwälzen können. Unbenommen ist es wohnungssuchenden -Mieter natürlich, auf eigene Rechnung einen Makler zu beauftragen. In jedem Fall muss es ab jetzt einen schriftlichen Vertrag über den Suchauftrag geben, und ich sage es noch einmal: Wer bestellt, bezahlt. Das ist ein klares und, wie ich finde, faires marktwirtschaftliches Prinzip. Wir wollen einen besseren Mieterschutz, gleichzeitig aber Investitionen in den notwendigen Neubau. Klar ist: Die Mietpreisbremse alleine bringt keinen bezahlbaren Wohnraum.

In den wachsenden Städten brauchen wir Neubau, zumal die Zahl der Haushalte und auch die Ansprüche an die Wohnfläche zunehmen. Neubau – vor allen Dingen im unteren und mittleren Preissegment – kann nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen und mit der Bau- und Wohnungswirtschaft, den Gewerkschaften und dem Mieterbund gemeinsam nach Lösungen dafür suchen, wie Neubau zu vertretbaren Kosten realisiert werden kann.

Barbara Hendricks hat das mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen in Angriff genommen und braucht hier auch

die aktive Unterstützung der Länder und der Wohnungswirtschaft. Vor allem auch genossenschaftliche Wohnungsunternehmen müssen in meinen Augen verstärkt in den Neubau investieren.

Die Bevölkerung in den großen Städten wächst weiter. In den Uni-Städten sorgen doppelte Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht für stärkere Bevölkerungszuwächse. Die Flüchtlingszahlen bleiben absehbar hoch, und auch der Zuzug aus dem europäischen Ausland hält an. Das spricht für die Attraktivität der Städte, und ich finde, das ist auch gut so. Knapper Wohnraum und steigende Mieten sind allerdings die Kehrseite. Deswegen hat die soziale Wohnraumförderung der Länder eine hohe Bedeutung. Wir haben die klare Erwartung, dass die Länder die Bundesmittel für geförderten Neubau oder auch für den Rückkauf von Belegungsrechten in angespannten Wohnungsmärkten einsetzen, und wir brauchen auch eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, der in den 2000er-Jahren vernachlässigt worden ist. Inzwischen haben etliche Länder ganz klar umgesteuert – allen voran Olaf Scholz in Hamburg. Über 6.000 Wohnungen, davon 2.000 Sozialwohnungen, wurden im letzten Jahr fertiggestellt. Ich finde, das ist eine beeindruckende Zahl.

In Städten und Ballungszentren ist Bauland oft der entscheidende Engpass. Grundstückskosten machen zum Teil mehr als 20 Prozent der Kosten von Neubauten aus. Die Liegenschaften von Bund, Ländern und Kommunen können deshalb einen Beitrag leisten, Bauland für bezahlbaren Wohnungsbau bereitzustellen. Ich finde, der Bund muss dort mit gutem Beispiel vorangehen.

In den Koalitionsverhandlungen haben wir die verbilligte Abgabe von Konversionsliegenschaften, insbesondere für Wohnungsbau, erreicht. Das setzen wir auch mit dem Haushalt 2015 um. Flüchtlingsunterbringung wird dabei besonders berücksichtigt. Ich finde, das ist ein erster Schritt. Aber aus Sicht der SPD gehört die Liegenschaftspolitik insgesamt auf den Prüfstand. Unser Ziel ist, dass beim Verkauf von bundeseigenen Grundstücken nicht nur der Erlös, sondern auch soziale, städtebauliche und auch energetische Belange berücksichtigt werden.

Konzeptvergaben sind ein bewährtes Instrument. Hamburg zum Beispiel setzt das erfolgreich um und gibt damit einen Anteil von Sozialwohnungen von bis zu

einem Drittel vor. Wir wollen auch, dass Kommunen ein verbindliches Erstzugriffsrecht auf Grundlage des natürlich von den örtlichen Gutachterausschüssen ermittelten Verkehrswertes bekommen.

Für Mieter von bundeseigenen Wohnungen, die zum Beispiel in Berlin zum Verkauf stehen, fordern wir einen vertraglich abgesicherten Schutz vor Umwandlung in Eigentum oder vor Luxusmodernisierung. Neben dem Neubau ist der altersgerechte und energieeffiziente Umbau der Wohnungsbestände die große -Aufgabe der kommenden Jahrzehnte. Wir schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für die Gebäudesanierung, stocken die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme auf 2 Milliarden Euro auf und entwickeln sie weiter, damit die Förderung stärker als bisher in die Breite wirkt. Das ist zum Erreichen unserer Klimaschutzziele unverzichtbar.

Auch für Eigentümer von Ein- und Mehrfamilienhäusern und Wohneigentumsgemeinschaften soll die Förderung der energetischen Sanierung attraktiver werden. Nicht nur das einzelne Haus, sondern das ganze Quartier

haben wir zum Beispiel beim Programm „Energetische Stadtsanierung“ im Blick. Damit energiesparendes Wohnen für alle bezahlbar bleibt, haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungen in Zukunft begrenzt werden. Das werden wir mit dem zweiten Paket umsetzen. Von besonderer Bedeutung ist natürlich das Programm „Soziale Stadt“. Es richtet sich an Städte und -Gemeinden mit Quartieren, in denen Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut, vernachlässigte öffentliche Räume und soziale Konflikte gehäuft auftreten und die besondere soziale Integrationsleistungen für die gesamte Stadt erbringen.

Es geht eben nicht nur um gute und bezahlbare Wohnungen, sondern um ein gutes Wohnumfeld, um die Zukunftsfähigkeit der Städte insgesamt. Wir wollen lebendige und intakte Nachbarschaften. Dafür steht diese Koalition. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Städten und Ballungszentren ist Bauland oft der entscheidende Engpass.

Gutes und bezahlbares Wohnen ist eines der zentralen Vorhaben.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem: Oliver Krischer (B90/Grüne), Anja Weisgerber (CDU/CSU), Klaus Mindrup (SPD), Yvonne Magwas (CDU/CSU) und Ulli Nissen (SPD).

leicht
erklärt!

Die Bundes-Wehr

leicht erklärt



Die Bundes-Wehr



Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Die Bundes-Wehr ist eine Freiwilligen-Armee.

Das bedeutet:
Die Männer und Frauen arbeiten freiwillig als Soldaten für Deutschland.

Der Leit-Spruch von der Bundes-Wehr heißt:
Wir. Dienen. Deutschland.



Das Zeichen der Bundeswehr ist das Eiserne Kreuz.

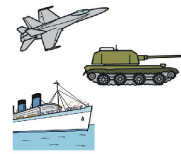
Das sieht man zum Beispiel:
An Panzern oder Flug-Zeugen.

Die Bereiche der Bundes-Wehr



Die Bundes-Wehr hat vier große Bereiche.

Da können Männer und Frauen arbeiten:



- Das Heer,
- die Luft-Waffe,
- die Marine
- und den Sanitätsdienst.



Das Heer bedeutet:
Die Soldaten arbeiten auf dem Boden.

Sie gehen zu Fuß.

Oder fahren mit Fahr-Zeugen.

Zum Beispiel: Mit Panzern.

Dort arbeiten über 60 Tausend Soldaten.



Die Luft-Waffe bedeutet:

Die Soldaten arbeiten auf Flug-Häfen und in Flug-Zeugen.

Sie fliegen mit verschiedenen Flug-Zeugen und Hub-Schraubern.

Bei der Luft-Waffe arbeiten über 29 Tausend Soldaten.



Die Marine bedeutet:
Die Soldaten arbeiten auf Schiffen.

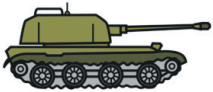
Bei der Marine arbeiten über
15 Tausend Soldaten.



Der Sanitäts-Dienst bedeutet:
Der Sanitäts-Dienst versorgt
die Soldaten.

Wenn sie krank oder verletzt sind.

Im Sanitäts-Dienst arbeiten
20 Tausend Soldaten.

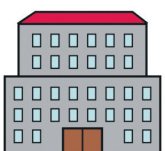


Bei der Bundes-Wehr gibt
es auch noch:
Die Streit-Kräfte-Basis.

Die Streit-Kräfte-Basis hilft den
Soldaten in Deutschland.

Und den Soldaten im Ausland.

Bei der Streit-Kräfte-Basis arbeiten
50 Tausend Soldaten.



Und die Verwaltung:
Sie arbeitet für die ganze
Bundes-Wehr.

Sie kauft zum Beispiel:
Neue Geräte und Materialien für
die Bundes-Wehr.

Dort arbeiten 25 Tausend Menschen.



Bei der Bundes-Wehr arbeiten etwa
200 Tausend Männer und Frauen als
Soldat oder in der Verwaltung.



Aufgaben der Bundes-Wehr

Die Bundes-Wehr soll:
- Deutschland und andere
Länder beschützen
- und bei einem Angriff verteidigen.



Die Bundes-Wehr soll auch bei
Katas-trophen helfen.

Zum Beispiel bei:
- Erd-Beben
- oder Hoch-Wasser.



Die Chefin der Bundes-Wehr heißt:
Ursula von der Leyen.

Sie ist die Bundes-Ministerin der
Ver-teidigung.



In einem Ernst-Fall entscheidet aber
die Bundes-Kanzlerin.

Zum Beispiel:
Wenn Deutschland von einem ande-
ren Land an-gegriffen wird.

Die Bundes-Kanzlerin von
Deutschland heißt:
Angela Merkel.



Der Bundes-Tag sagt:
Wo die Bundes-Wehr kämpfen soll.

Und welcher Bereich von der
Bundes-Wehr kämpfen soll:
- Das Heer,
- die Luft-Waffe
- oder die Marine.

In der schweren Sprache heißt
das auch:

Die Bundes-Wehr ist eine
Parlaments-Armee.



Gründung der Bundes-Wehr

Die Bundes-Wehr gibt es seit dem
Jahr 1955.

Am Anfang gab es Streit in
der Politik.



Es sollte keine Armee mehr geben.

Denn:
Die Soldaten hatten früher
einen Chef.

Er hieß: Adolf Hitler.

Er war Schuld am Zweiten Welt-Krieg.

Dabei starben viele Menschen.
Und es wurden viele Verbrechen
begannen.



Am Anfang nannte man die Armee:
Streit-Kräfte.

Erst im Jahr 1956 gab es den Namen:
Bundes-Wehr.

Wehrpflicht



Ab dem Jahr 1965 gab es eine
allgemeine Wehr-Pflicht.

Das bedeutet:
Alle gesunden Männer mussten für
eine gewisse Zeit zur Bundes-Wehr.

Jeder Mann musste vorher zu
einer Untersuchung.

Man sagte dazu: Musterung.



Um bei der Bundes-Wehr zu arbeiten,
gab es Regeln.

Das bedeutet:
Jeder Mann musste gesund sein.

Und mindestens 18 Jahre alt.

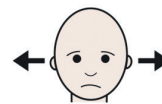
Dann wurde er ausgebildet.

Das heißt:
Die Männer haben gelernt,
was ein Soldat können muss.



Zum Beispiel:
Wie ein Soldat mit Waffen umgeht
und

Deutschland beschützen soll.



Trotz der Wehr-Pflicht konnte sich ein
Mann verweigern.

Das heißt:
Er konnte Nein zur
Bundes-Wehr sagen.



Der Mann musste dafür aber gute
Gründe haben.

Das bedeutet:
Er musste sagen, warum er nicht
zur Bundes-Wehr will.

Zum Beispiel:
Weil er nicht mit Waffen
kämpfen möchte.

Oder er keine Menschen töten will.



Frauen bei der Bundes-Wehr

Seit dem Jahr 2001 dürfen Frauen in
allen Bereichen von der Bundes-Wehr
arbeiten.

Frauen waren dazu aber nicht
verpflichtet.

Das heißt:
Sie mussten nicht zum Wehr-Dienst.



Zivil-Dienst

Männer, die nicht zu der
Bundes-Wehr wollten, mussten
einen Wehr-Ersatz-Dienst machen.

Dazu sagte man auch:
Zivil-Dienst.

Die Männer wurden so genannt:
Zivis.



Die Zivilisten arbeiteten zum Beispiel in einem:

- Alten-Heim,
- Kranken-Haus
- oder Kinder-Garten.

Sie halfen dort den Menschen.

Neu-Regelung Wehr-Dienst

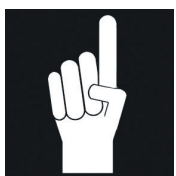


Seit dem 1. Juli 2011 ist die Wehr-Pflicht ausgesetzt.

Das bedeutet:
Männer müssen nicht mehr zur Bundes-Wehr.

Sie machen den Wehr-Dienst dann freiwillig.

Das heißt:
Männer können sich aussuchen, wie lange sie bei der Bundes-Wehr bleiben möchten.



Zum Beispiel:
- 6 Monate
- oder auch 23 Monate.

Wer möchte, kann auch länger bei der Bundes-Wehr bleiben.

Und muss sich dann verpflichten.

Das heißt:
Der Soldat kann dann auch in das Ausland geschickt werden.

Zum Beispiel:
Nach Afghanistan.



Dies können Sie in der Beilage:
Das Parlament,
der Bericht über Afghanistan,
nachlesen.

Wer sich verpflichtet, kann eine Berufs-Aus-Bildung machen.



Und zwar bei der Bundes-Wehr.

Oder er kann studieren.



Bundes-Frei-Willigen-Dienst

Der Zivil-Dienst heißt seit dem Jahr 2011:
Bundes-Frei-Willigen-Dienst.

Das kurze Wort dafür ist: BFD.

Der BFD ist für Männer und Frauen.

Und auch für Jugendliche ab 16 Jahren.



Sie helfen Menschen.

Damit es ihnen besser geht.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichter Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Die Bilder sind von Picto-Selector,
www.bundeswehr.de und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 6/2015